Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

HESSEN

beratungsNetzwerk hessen
Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus

Einblicke in die Praxis

Impressum

Herausgeber: „beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“

Hölderlinstraße 1-5
65187 Wiesbaden
Telefon 0611/83-4483
E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
Internet: www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Redaktion: Reiner Becker, Christa Kaletsch, Christopher Vogel

Wiesbaden 2010

Inhaltsangabe

Grußwort ..... Seite 5

Einleitung ..... Seite 7

Reiner Becker
beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus
Eine Bilanz der ersten 3 Jahre ..... Seite 10

Sylja Wandschneider
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hessen ..... Seite 16

Christopher Vogel
Das ist Vielen gar nicht bewusst ..... Seite 22

Helge von Horn
Informationsveranstaltungen zu rechtsextremer Jugendkultur,
Symboliken und Codes ..... Seite 26

Tami Ensinger/Christa Kaletsch
Die Bedeutung der Opferperspektive für die Beratungsarbeit ..... Seite 29

Angelika Ribler
Beratung und Unterstützung von Sportvereinen im Umgang
mit Rechtsextremismus ..... Seite 33

Torsten Niebling
Beratung von Eltern rechtsaffiner oder rechtsextremer Jugendlicher ..... Seite 38

Peter Korstian
Rechts raus – und dann? Das Aussteigerprogramm IKARus ..... Seite 42

Margarete Bauer/Manfred Forell
Demokratie lernen, Rechtsextremismus und Rassismus bekämpfen -
Eine Bürgerinitiative im Beratungsfeld Schule ..... Seite 46

beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus
Unser Angebot ..... Seite 50

Grußwort

In den vergangenen drei Jahren hatte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durch die Initiierung des Programmes „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ alle Bundesländer finanziell in ihren Aktivitäten unterstützt.

Hessen hatte sich im Jahr 2007 als eines der ersten alten Bundesländer entschieden, das Bundesprogramm umzusetzen. Dazu wurde das „beratungs-Netzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ eingerichtet, in dem ressortübergreifend seit Sommer 2007 der Verfestigung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Gemeinwesen entgegengewirkt wird. Seit Beginn der Umsetzung des Förderprogrammes wird in Hessen qualifizierte Beratung geleistet. Hierzu sind die bestehenden Strukturen zur Beratungsarbeit gebündelt worden. Zahlreiche staatliche Institutionen sowie öffentliche und freie Träger aus Hessen beteiligen sich an dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe.

Einen symbolischen Abschluss der ersten Förderphase des „beratungsnetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ bildete der erfolgreiche Verlauf der bilanzierenden Fachtagung am 23./24.09.2010 in Butzbach.

Bereits nach der Fachtagung hat sich das Hessische Ministerium des Innern und für Sport für die Fortführung des Landesprogrammes (ab 2011) entschieden und den hierfür erforderlichen Antrag beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gestellt.

Das neue Förderprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN" fokussiert auf qualitätsorientierte Beratungsleistungen in den landesweiten Beratungsnetzwerken.
Die erfolgreiche Teilnahme Hessens an einem Testierungsverfahren durch ein unabhängiges Institut bildet hierfür eine richtungsweisende Grundlage.

Diese Broschüre soll über die vielfältigen und ebenso qualitativen Möglichkeiten des durch den Hessischen Minister des Innern und für Sport, gegenüber dem Bund verantworteten „beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ informieren sowie potenziellen Bedarfsträgern eine Entscheidungshilfe für z. B. eine Kontaktaufnahme an die Hand geben.

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport, als Teil der Landesregierung, wird weiterhin derart bedeutsame Initiativen im Aufgabenfeld der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität unterstützen und erhebliche Anstrengungen unternehmen, um den Bürgerinnen und Bürgern in Hessen auch zukünftig ein Höchstmaß an freier Entfaltungsmöglichkeit durch Sicherheit zu bieten. Sicherheit ist ein zentrales Bedürfnis der Menschen und die Basis für eine freiheitliche demokratische Gesellschaft. Daher ist es mir ein grundsätzliches Anliegen, die Innere Sicherheit in Hessen zu stärken und geeignete Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität stetig fortzuentwickeln.

Einer besonderen Aufmerksamkeit bedarf neben dem islamistischen Terrorismus, die Entwicklung des Rechts- und Linksextremismus. Hier geht es darum, auch Einzelaktivisten sowie Spontanaktivitäten, deren Ausmaße nicht zu unterschätzen sind, frühzeitig an der Wurzel zu ergreifen, bevor sie in Straftaten münden.

Es gilt zu verhindern, dass in Hessen Bürger Opfer von politisch motivierten Gewalttaten werden, daher sind die Menschen vor Kriminalität zu schützen.

Konsequentes Handeln der Strafverfolgungsbehörden kann politisch motivierten Straftätern, insbesondere Gewalttätern, ihre Grenzen aufzeigen und dadurch zugleich präventive Wirkung entfalten.

Prävention sowie Demokratiestärkung sind Aufgaben, die sowohl die politischen als auch die gesellschaftlichen Bereiche tangieren und jeden Einzelnen in die Verantwortung nehmen.
Eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft kann nur dort bestehen, wo sich Bürgerinnen und Bürger aus eigener Initiative an der Gestaltung ihres Gemeinwesens aktiv beteiligen. Hierzu kann eine intensive Vernetzung unter Einbindung aller staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure erforderlich sein. Nur wenn Staat und Zivilgesellschaft, mit dem Ziel der Abwehr von Feinden der demokratischen Grundordnung, gemeinsam an einem Strang ziehen, können sich nachhaltige Erfolge einstellen.

Wiesbaden, 2010

Boris Rhein
Hessischer Minister des Innern und für Sport

Einleitung

Vorfälle mit rechtsextremen Hintergrund lösen häufig Unsicherheiten, Unbehagen und Hilflosigkeit aus. Ganz gleich, ob eine Schule, eine Kommune oder ein Verein betroffen ist, immer stellt sich die Frage, wie darauf reagiert werden soll. Vielfach entsteht dabei auch der Impuls, am liebsten gar nichts zu tun und den Vorfall zu ignorieren. Man hofft, dass es nur ein einmaliges Vorkommnis war und sich die „Sache“ quasi von selbst erledigt. Zusätzlich fürchtet man um den Ruf seiner Institution – sorgt sich, von Außen könne der Eindruck entstehen, dass Rechtsextremismus gerade hier weit verbreitet sei und es sich dementsprechend um eine „braune Hochburg“ handele.
Das Thema Rechtsextremismus ist wie kaum ein anderes vor allem von Aufregung geprägt. Presse und Fernsehen greifen häufig einzelne besonders spektakuläre Ereignisse auf. Nicht selten werden dann Forderungen nach entschlossenem Handeln in der Öffentlichkeit laut. Oft bleibt es aber bei einer nur kurzfristigen Welle der Empörung. Straftäter werden verurteilt, es werden Veranstaltungen zum Thema abgehalten und meist ist das Thema danach sowohl aus dem Blick der Öffentlichkeit als auch aus dem Fokus der Akteure vor Ort entschwunden.
Dass Rechtsextremismus meist einer längerfristigen Auseinandersetzung bedarf und nur selten mit kurzfristigen Maßnahmen behandelt, geschweige denn „gelöst“ werden kann, zeigt die Arbeit des beratungsNetzwerks hessen.

Mit dem 2007 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierten Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, wurde der in den Jahren zuvor in Ostdeutschland erprobte Ansatz der Mobilen Beratung nach rechtsextremistischen Vorkommnissen auch in die westdeutschen Bundesländer übertragen.

Hessen war im August 2007 eines der ersten westdeutschen Bundesländer, das ein Beratungsnetzwerk gründete, in dem sich staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen gemeinsam dieser Aufgabe stellten. Nach dreieinhalb Jahren Arbeit zum Thema möchte das beratungsNetzwerk hessen keine abschließende Bilanz ziehen, denn die Arbeit wird im Rahmen des neuen Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ weiter gefördert.

Der vorliegende Band möchte zum Einen die Vorträge dokumentieren, die im Rahmen der Fachtagung „…ermutigt, weiterzumachen. beratungsNetzwerk hessen: Bilanz der Arbeit und Ausblick“ im September 2010 gehalten wurden und zum Anderen einen Einblick in die bisherige Beratungsarbeit, mit ihren Erfolgen, aber auch mit ihren Fallstricken geben.
Die alltägliche Beratungspraxis zum Thema Rechtsextremismus ist im Gegensatz zu der allzu oft täterfixierten Berichterstattung selten spektakulär und geschieht meist nicht unter den Augen der Öffentlichkeit. Wenn Menschen befähigt werden, sich selbstbewusst menschenfeindlichen Einstellungen oder Entwicklungen vor Ort entgegen zu stellen, wenn ein Verein seine Satzung um Paragrafen erweitert, die definieren, wie demokratisches Zusammenleben verstanden wird, wenn Eltern befähigt werden, einen Umgang mit den rechtsextremen Einstellungen ihres Kindes zu finden oder wenn Opfer rechtsextremer Gewalt Unterstützung und Verständnis in ihrer Situation erfahren, dann ist das meist kein medienwirksames Thema. Dabei sind es gerade diese vielen (kleinen) Schritte, die ein Eintreten für Demokratie und Menschenrechte im Spannungsfeld der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungsformen ausmachen. Um dies zu verdeutlichen, geben in der vorliegenden Broschüre die meist zivilgesellschaftlichen Initiativen des beratungsNetzwerk hessen einen Einblick in ihre Praxis.

Die verschiedenen Beiträge machen deutlich, dass Rechtsextremismus auch in Hessen ein verbreitetes Phänomen ist, das zum Teil langfristiger Bearbeitung und Unterstützung von Akteuren vor Ort bedarf. Die Broschüre verfolgt den Zweck, die eigene Arbeit einer breiteren Öffentlichkeit transparent zu machen, als auch zu verdeutlichen, dass die Arbeit gegen Rechtsextremismus viele Facetten hat und nur selten auf kurzfristigen Interventionen beruht. Die Autoren und Autorinnen wollen ermutigen, sich rechtsextremen Tendenzen und Vorkommnissen vor Ort entschieden entgegen zu stellen und aktiv für Demokratie und Menschenrechtsschutz einzutreten. Rechtsextremismus bedroht nicht nur seine erklärten „Feinde“, sondern die gesamte Gesellschaft. Die Arbeit des beratungsNetzwerks hessen und seiner Initiativen kann dabei eine wichtige Unterstützung sein, wie diese Broschüre zeigen möchte.

Die Beiträge im Einzelnen:

**beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus:
Eine Bilanz der ersten drei Jahre/Reiner Becker**

Reiner Becker von der Philipps-Universität Marburg und Landeskoordinator des beratungsNetzwerks hessen bilanziert in seinem Beitrag die ersten drei Jahre der Arbeit des Beratungsnetzwerks. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach den Ausgangsbedingungen für Beratung: Wo wurde beraten, wer wurde beraten und was waren die Anlässe dafür, dass um Beratung nachgefragt wurde? Weiterhin wird der Frage nachgegangen, mit welchen Erwartungen die Beratungsnehmer/-innen in den Beratungsprozess gehen und wie sie diesen nach Abschluss bewerten.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hessen/Sylja Wandschneider

Im Rahmen des auf zehn Jahre angelegten Forschungsprojektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland“ unter Federführung von Prof. Heitmeyer vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld werden jährlich bundesweit Vorurteile gegenüber gesellschaftlich schwachen Gruppen in Deutschland erhoben. Erstmals wurden im Auftrag des beratungsNetzwerks hessen nun Daten ausgewertet, die spezifisch solche Einstellungspotenziale in der hessischen Bevölkerung untersuchen.

„Das ist Vielen gar nicht bewusst“ - Eine Regionalanalyse zu Rechtsextremismus in einem nordhessischen Landkreis/Christopher Vogel

Im Sommer 2008 erregte ein Überfall auf ein Jugendzeltlager in Nordhessen durch Rechtsextremisten, bei der ein 13-jähriges Mädchen lebensgefährlich verletzt wurde, bundesweit Aufsehen. In der Folge beauftragte der Kreistag des Schwalm-Eder-Kreises das beratungsNetzwerk hessen eine Untersuchung durchzuführen, um rechtsextreme Gefährdungen im Kreis festzustellen und qualitativ zu beschreiben, sowie Handlungsvorschläge für ein demokratisches Gemeinwesen zu erarbeiten. Christopher Vogel, Mitarbeiter des Mobilen Beratungsteams Hessen und Mitautor der Studie wird die Ergebnisse zusammenfassen und das Instrument Regionalanalyse beispielhaft vorstellen.

Informationsveranstaltungen zu rechtsextremer Jugendkultur/Helge von Horn

Viele Anfragen, die Beratungsorganisationen zum Themenfeld Rechtsextremismus erreichen, beziehen sich auf Informationsangebote (Vorträge) und kurzfristige Interventionen. Dass z.B. die „88“ ein rechtsextremer Code ist, hat sich zwar mittlerweile herumgesprochen. Codes bzw. Symbole und rechtsextreme Erlebniswelten unterliegen jedoch ständigen Veränderungen und machen daher kontinuierliche Aufklärung nötig. Eine solche Aufklärungsarbeit kann nur der Anfang einer Auseinandersetzung mit dieser Thematik sein und ersetzt nicht die persönliche Auseinandersetzung mit der Frage, wie mit konkreten Vorkommnissen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund umzugehen ist.. Helge von Horn ist freier Referent, der in seiner Arbeit für das Beratungsnetzwerk eine Vielzahl von Vorträgen zum Thema gehalten hat. Über die Möglichkeiten und Grenzen der Bildungsarbeit berichtet er in seinem Artikel.

Die Bedeutung der Opferperspektive in der Beratungsarbeit/Tami Ensinger und Christa Kaletsch

Bei der Wahrnehmung von Rechtsextremismus steht in der Regel die Auseinandersetzung mit dem Verhalten der rechtsextremen Akteure im Mittelpunkt. Die Entwicklung von Handlungsoptionen der von rechtsextremen Erscheinungsformen betroffenen Kommunen und/oder Institutionen ist dabei oft sehr täterfixiert. Die Bedürfnisse von unmittelbar von den Bedrohungsszenarien betroffenen Menschen kommen oft zu kurz. Die von den rechtsextremen Akteuren Demokratie und Menschenrechte in Frage stellenden Normverletzungen werden viel zu selten als solche wahr- und ernstgenommen. Nehmen Beratungsnehmer diese Herausforderung an, können langfristig wirksame Modelle zur Stärkung der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Der Beitrag des Beratungsteams der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank versucht entsprechende Wege aufzuzeigen, in denen durch einen Perspektivwechsel, der die Opferperspektive stärker wahrnimmt, die Demokratie und Menschenrechte aktiv geschützt werden können.

Beratung und Unterstützung von Sportvereinen im Umgang mit Rechtsextremismus/Angelika Ribler

In den letzten Jahren haben Rechtsextremisten/innen verstärkt zivilgesellschaftliche Organisationen als Betätigungsfeld entdeckt. Dies gilt auch für Sportvereine. Auch in Hessen waren und sind Rechtsextremisten in Sportvereinen z.B. als Trainer oder Spieler engagiert. Mit einer angemessenen Reaktion tun sich Sportvereine häufig schwer, weil sie sich meist als unpolitische Vereine verstehen und Personen von ihren Einstellungen trennen. „So lange er sich nicht äußert, sehen wir keinen Handlungsbedarf“ ist eine häufige Aussage in diesem Kontext. Angelika Ribler von der Sportjugend Hessen berät bundesweit Sportvereine, die nach einem Umgang mit rechtsextremistischen Erscheinungsformen bzw. Personen nachfragen.

Beratung von Eltern rechtsaffiner oder rechtsextremer Jugendlicher/Torsten Niebling

Die konzeptionelle und fachliche Integration von Aussteigerarbeit, Eltern- und Jugendarbeit in der Ansprache von Jugendlichen mit rechtsextremer Orientierung wird seit Januar 2010 durch das Modellprojekt „Rote Linie -Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ erprobt und systematisiert. Torsten Niebling stellt in seinem Beitrag anhand von Praxisbeispielen dieses Projekt vor, mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Beratung von Eltern.

Rechts raus - und dann? Das Aussteigerprogramm IKARus/ Peter Korstian

Die Absicht, sich aus rechtsextremen Karrieren und Szenen mit Hilfe eines Ausstiegsprogramms lösen zu wollen, resultiert meistens zunächst einmal aus konkreten, praktischen Faktoren, wie zum Beispiel Beziehungsproblemen, Gefährdungsmomenten und/oder Strafverfolgungsdruck. So bedeutsam und hilfreich derartige Faktoren als initialisierende Ausstiegsmomente auch sind, muss sich nach Einleitung eines Ausstiegsprozesses bei den Klienten frühzeitig ein Bewusstsein dahingehend einstellen, dass sie sich mit sich selbst, das heißt mit ihrer Persönlichkeit, ihren Einstellungs- und Verhaltensmustern und ihren praktizierten „Lebensentwürfen“ offen, reflektiert und selbstkritisch auseinandersetzen müssen, um den Ausstieg nachhaltig bewältigen zu können. Peter Korstian, Mitarbeiter im Programm IKARus, dem staatlichen Aussteigerprogramm des Landes Hessen, stellt in seinem Beitrag die Orientierungen, Bedingungen und Handlungsansätze des Programms dar, mit deren Umsetzung die Klienten beim Ausstieg zum (Wieder-) Einstieg in die Mehrheitsgesellschaft unterstützt werden.

**Demokratie lernen, Rechtsextremismus und Rassismus bekämpfen -
Eine Bürgerinitiative im Beratungsfeld Schule/Margarete Bauer und Manfred Forell**

Nach Vorkommnissen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund reagieren viele Schlüsselakteure in Institutionen, Kommunen und Einrichtungen häufig eher zurückhaltend bis abweisend. Sie fürchten um einen Imageschaden und zögern oft, Problemanzeigen ernst zu nehmen und externe, professionelle Hilfe anzunehmen oder einzufordern. Besondere Beratungszugänge können sich dabei für vor Ort verankerte und engagierte Mitglieder einer „Initiative“ – deren Anliegen von Anfang an die Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, aber auch der Austausch und die Kooperation mit staatlichen Stellen, wie Polizei, Ordnungsämtern und dem Schulamt war – ergeben. Von ihren Erfahrungen als mobiles Interventionsteam im beratungsNetzwerk hessen - insbesondere auch im Kontext von Schule – berichten Margarete Bauer und Manfred Forell in ihrem Beitrag.

beratungsNetzwerk hessen

Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus

Eine Bilanz der ersten drei Jahre

Hessen hatte sich im Jahr 2007 als eines der ersten Bundesländer entschieden, gemeinsam mit dem Bund das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Programm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ umzusetzen. Dazu wurde das „beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ eingerichtet, in dem seit August 2007 der Verfestigung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Gemeinwesen entgegengewirkt wird. Im Beratungsnetzwerk sind 27 staatliche und nichtstaatliche Träger aus Hessen vertreten. Durch das „beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ wird flächendeckend eine orts- und zeitnahe qualifizierte Beratung für Schulen, Kommunen, Vereine aber auch für Eltern oder Pädagogen/-innen angeboten, die von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus betroffen sind.
Für das Beratungsnetzwerk arbeiten derzeit 26 Beraterinnen und Berater mit unterschiedlichen Schwerpunkten, Qualifikationen und Zusatzausbildungen. Seit August 2007 wurden 129 Beratungen durchgeführt (Stand: 13.10.2010). Die Beratungsfälle werden nach einem eigens entwickelten Dokumentations- und Evaluationssystem durch die Beraterinnen und Berater ausführlich dokumentiert.
Es ist das Ziel, eine angemessene Beratung für örtliche Konfliktsituationen mit fremdenfeindlichen, antisemitischen, menschenfeindlichen oder rechtsextremen Hintergrund anzubieten. Als Kennzeichen der Beratungsleistungen können benannt werden:

1. Die Mobile Beratung erfolgt schnell, diskret, kostenlos und professionell und entwickelt in der Lösung von akuten Konfliktsituationen vor Ort Handlungsstrategien für den künftigen Umgang mit Rechtsextremismus.
2. Die Mobile Beratung orientiert sich an den Problemsichten und Bedarfen der Beratungsnehmer/-innen mit dem Ziel der „Hilfe zur Selbsthilfe“.
3. Die Mobile Beratung entlastet die subjektiv unter Druck stehende Beratungsnehmer/-innen und sorgt dafür, dass die Verantwortung von mehreren Schultern getragen wird.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Auswertung von 100 Beratungsfällen der Jahre 2007-2009 und basiert auf der Perspektive der Berater/-innen und der Beratungsnehmer/-innen zu Beginn der Beratung in dem die Ausgangsbedingungen in Form einer Situations- und Ressourcenanalyse erhoben werden. Die Dokumentationen zu den 100 Beratungsfällen wurden in eine Textanalysesoftware importiert und inhaltsanalytisch kategorisiert, danach erfolgte die Analyse der Einzelfälle und der Vergleich der Fälle miteinander.

Die Zusammenschau der Beratungsfälle erlaubt einen Blick auf das Phänomen Rechtsextremismus in Hessen, welcher die jährlichen Zahlen der hessischen Sicherheitsbehörden zur „politisch motivierten Kriminalität – rechts“ ebenso ergänzt, wie die vom beratungsNetzwerk hessen in Auftrag gegebene Teilauswertung zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Hessen“, welche vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Bielefeld im Jahr 2010 durchgeführt wurde (vgl. den Beitrag von S. Wandschneider).

Die im Folgenden präsentierten Ergebnisse sind aus Gründen des Vertrauensschutzes gegenüber den Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer anonymisiert. Die Hinweise zu Vorfällen bleiben daher bei Nennung der Landkreise, in denen Beratungen stattgefunden haben. Vorgestellt werden die Beratungsorte, die Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer, die Beratungsanlässe sowie der idealtypische Ablauf einer Beratung.

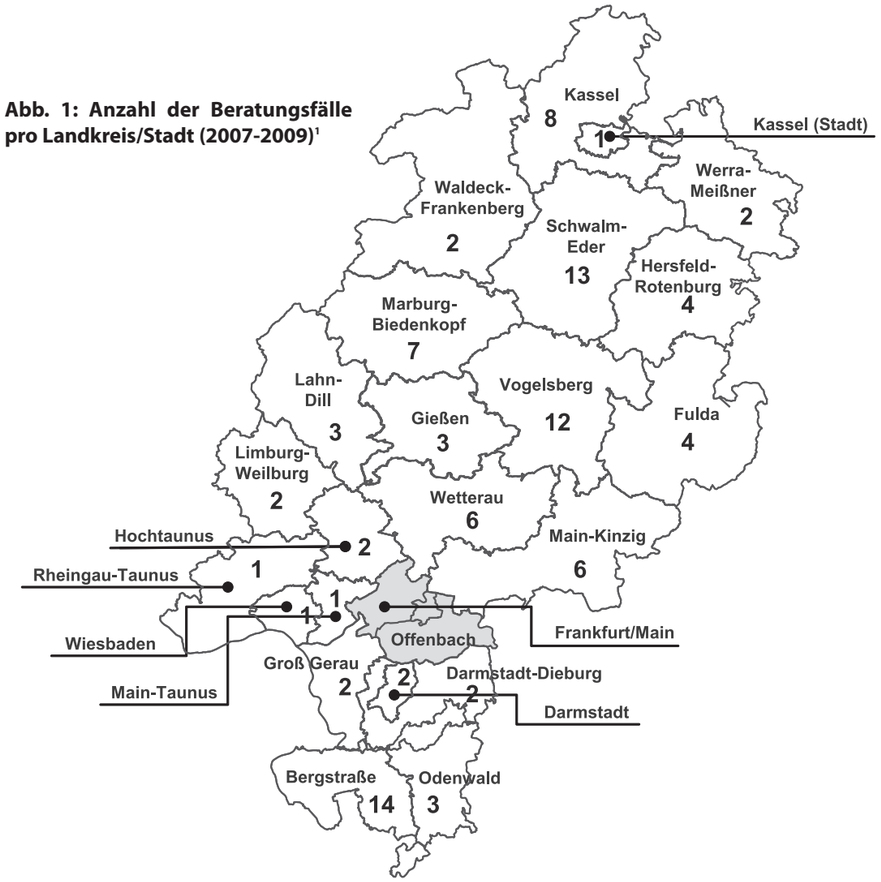
1. Beratungsorte

Die Auswertung der 100 Beratungsfälle dokumentiert, dass es gelungen ist, ein flächendeckendes Beratungsangebot in Hessen zu etablieren. Die nebenstehende Abbildung 1 zeigt die Anzahl der Beratungsfälle pro Landkreis bzw. Stadt.

Es gibt Landkreise mit einer verhältnismäßig hohen Zahl von Beratungsfällen bis hin zu Landkreisen mit wenigen bzw. keinen Beratungsfällen im Berichtszeitraum (Landkreis Offenbach, Stadt Offenbach, Frankfurt/M.). Allerdings lässt eine solche „Hessenkarte“ nicht den Schluss zu, dass eine hohe Fallanzahl mit einer hohen Belastung durch Rechtsextremismus in den entsprechenden Landkreisen einhergeht. Denn eine Beratung erfolgt nur, wenn auch der Bedarf nach Beratung formuliert wird. Hohe Zahlen können vielmehr, das wäre eine andere Lesart, auch ein hohes Problembewusstsein vor Ort dokumentieren.

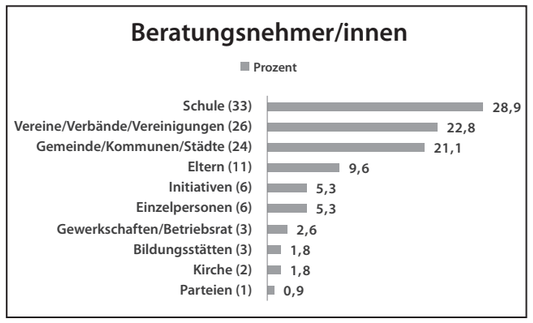
1 Sowohl bei der Darstellung von Fällen auf Ebene der Landkreise wie auch in den folgenden Auswertungsschritten sind Mehrfachnennungen möglich gewesen, so dass die absolute Zahl von 100 Fällen überschritten werden kann.

Abb. 1: Anzahl der Beratungsfälle pro Landkreis/Stadt (2007-2009)[1]



2. Wer wurde beraten?

Das beratungsNetzwerk hessen bietet sowohl Beratungsleistungen für Einzelpersonen an, die direkt von Rechtsextremismus betroffen sind, als auch für örtlich zuständige Ansprechpartner in Schulen, Kommunalverwaltungen oder Vereinen. Die Auswertung der Fälle zeigt folgende Verteilung:



In Klammern: absolute Zahlen

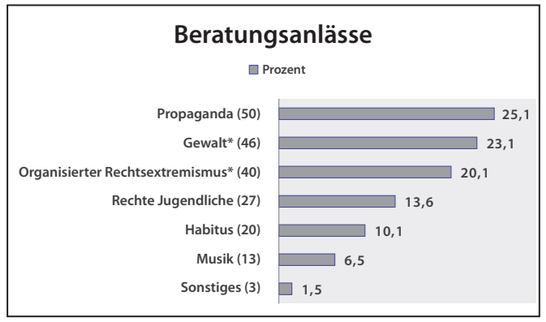
Abb. 2: Verteilung der Beratungsnehmer/-innen (2007-2009)

Die Auswertung zeigt, dass insbesondere Schulen das Beratungsangebot nachgefragt haben. Allerdings ist „Schule“ hier ein Sammelbegriff, denn um Rat suchten sowohl Schulleitungen, Lehrer/-innen als auch Mitarbeiter/-innen der Schulsozialarbeit oder Schüler/-innen. Einen weiteren Schwerpunkt stellte in dem Auswertungszeitraum die Beratung von „Vereinen/Verbänden/Vereinigungen“ dar, wobei hier Beratungen in Sportvereinen nach Vorkommnissen mit rechtsextremem Hintergrund eine große Rolle spielten. Auch die Beratungen von „Gemeinden/Kommunen/Städte“ haben einen wichtigen Stellenwert: Dies betrifft die Beratung von Bürgermeistern und Ordnungsämtern ebenso, wie die von hauptamtlichen Mitarbeiter/-innen in der Jugendpflege.

3. Beratungsanlässe

Das Angebot des beratungsNetzwerks hessen ist nicht präventiv ausgerichtet. Erst nach Vorkommnissen mit rechtsextremen, fremdenfeindlichen bzw. menschenfeindlichen Hintergrund und einem entsprechenden Beratungsbedarf werden

die Berater/-innen aktiv. Welches sind nun die Anlässe für Beratung? Im Rahmen der Auswertung wurden die Beratungsanlässe kategorisiert.
Den größten Anlass zur Beratung gaben „Propagandavorfälle“ (25%). Hierzu zählen „Parolen, Sprüche, Schmierereien“, das Verteilen von Flyern oder das Zeigen des Hitlergrußes. Daran schließt sich die Kategorie „Gewalt“ an (23%). Der „Organisierte Rechtsextremismus“ war in 20% der Fälle Anlass für eine Beratung. Das Auftreten von so genannten „rechten“ Jugendlichen in Jugendräumen oder an Schulen (13,6%), das Auffallen eines rechtsextremen Habitus - Codes, Symbole, Kleidung (10%) sowie Musik (6,5%), wobei hier auch zwei rechte Konzertplanungen eingeschlossen wurden - stellten weitere Anlässe für Beratungen dar. Die Kategorie „Sonstiges“ beinhaltet drei Beratungsanlässe zur Prävention, wie Informationsveranstaltungen oder auch die Bitte um Mithilfe bei einer Gegenveranstaltung zu einer rechten Demonstration. Insgesamt konnten in den 100 Beratungsfällen 199 Beratungsanlässe identifiziert werden.



In Klammern: absolute Zahlen

Abb. 3: Verteilung der Beratungsanlässe (2007-2009)

Die Kategorien „Gewalt“ und „Organisierter Rechtsextremismus“ lassen sich weiter differenzieren. So zählen zu „Gewalt“ 16 Fälle von physischer Gewalt ebenso, wie verbale Gewalt im Sinne von Beleidigungen oder rassistischen Beschimpfungen in 17 Fällen, dann Gewalt gegen Sachen in sechs Fällen. In zwei Fällen wird von regelrechten „Angsträumen“ berichtet, in denen rechtsextreme Gruppen dominierten.
In der Kategorie „Organisierter Rechtsextremismus“ finden sich in 15 Fällen Versuche von Mitgliedern einer Kameradschaft oder einer rechtsextremen Partei, Kontakte zu Jugendlichen herzustellen. In neun Fällen sind versuchte Unterwanderungen von Vereinen und Verbänden Anlässe für Beratung. Das Auftreten von rechtsextremen Strukturen sind in sieben Fällen anlassgebend; Demonstrationen, Infostände und Kundgebungen in sechs Fällen. In drei Fällen waren es Vorkommnisse mit rechtsextremem Hintergrund im Internet, die Anlässe für Beratungen gaben.
Ein weiteres Charakteristikum der Beratungsanlässe besteht darin, dass sie in den meisten Fällen nicht alleine vorkommen, sondern mehrere der genannten Kategorien gleichzeitig in einem Fall auftreten. So fällt beispielsweise auf, dass die Kategorie „Gewalt“ in keinem Fall isoliert auftritt, die Kategorie „Propagandadelikte“ sehr häufig in Kombination mit den anderen Anlässen vorkommt und ein starker Zusammenhang zwischen „Rechten Jugendlichen“ und dem Suchen nach Kontakt seitens des organisierten Rechtsextremismus besteht.
Dies sind zunächst abstrakte Ergebnisse zu den Anlässen der bisherigen Arbeit der Berater/-innen. Wirft man jedoch den Blick auf die konkreten Fallmeldungen, dann werden sowohl die einzelnen Anlässe für Beratungen als auch die spezifischen Herausforderungen plastischer, vor den die Beratung mit jeder Fallmeldung steht, wie die folgenden drei Beispiele demonstrieren.

a) Anlässe im Beratungsfeld Schule

Im Rahmen einer Fallmeldung wird folgender Anlass geschildert:

„Ein Schüler einer 9. Realschulklasse fällt im Unterricht durch fremdenfeindliche Äußerungen auf, streicht mit Mitschülern den Stehpult der Klasse „Schwarz-Weiß-Rot“ und fällt durch Konflikte mit ausländischen Mitschülern auf. Im Jugendzentrum seiner Wohngemeinde hat er NPD-Material verteilt, bei „Wer kennt Wen“ soll er sich in Springerstiefeln mit weißen Schnürsenkeln präsentieren. Die Lehrer und der Schulsozialarbeiter haben den Eindruck, dass der Schüler in seiner Argumentationsweise geschult ist. Sie befürchten, dass er Mitschüler „rekrutieren“ will, zumal er eine Gruppe von vier Mitschülern aus seinem Ort um sich hat.“

Das Beratungsfeld Schule zeichnet sich durch seine komplexe Struktur aus. Dem System gehören Schulleitung, Lehrer/-innen und Schüler/-innen ebenso an, wie Eltern oder Mitarbeiter/-innen der Schulsozialarbeit. Beratung geschieht hier somit im Kontext vielfältiger Problemperspektiven und Interessen. Charakteristisch für das Beratungsfeld Schule ist weiterhin, dass rechtsextreme Vorkommnisse (wie im Beispiel) zu Beginn der Beratung oftmals zu einer „Standortfrage“ stilisiert werden. Dies erschwert und verengt die Möglichkeiten der Beratung, da die Angst, als Schule einen vermeintlichen Imageschaden zu erleiden, wenn sie offensiv mit der Problematik umgeht, den gesamten Beratungsprozess dominieren kann. Ein wichtiges Teilziel der Beratung von Schulen ist somit, die verantwortlichen Akteure zu ermutigen, einen eigenen, offenen Umgang mit der Problematik zu entwickeln. Und schließlich liegt eine große Herausforderung sowohl für Schulen als auch für die Beratung darin, ob rechtsaffine Jugendliche, die an der Schule auffällig geworden sind, mit den Mitteln, die die Schule bietet, eher (re)integriert werden oder – z.B. zum Schutz ihrer Opfer – eher ausgegrenzt werden sollten. Beratung bewegt sich hier zum Einen idealtypisch zwischen den beiden Polen „Ausgrenzung“ bzw. „Integration“. Zum Anderen greift ein solch täterfixierter Blick dann zu kurz, wenn sich die Perspektive nicht auf die Dynamik von Täter, Opfer und Zuschauer erweitert. Daher sind Wege zu finden, die es den beteiligten Dritten wie Schüler/-innen oder auch Lehrer/-innen ermöglichen, das Geschehen zu begreifen und entsprechende Handlungsoptionen zu entwickeln.

b) Anlässe im Beratungsfeld Kommune

Im Rahmen einer Fallmeldung wird folgender Anlass geschildert:

„Die Jugendpflegerin einer Gemeinde berichtet von zahlreichen Vorkommnissen mit rechtsextremem Hintergrund u.a. in den selbstverwalteten Jugendräumen, aber auch in der Gemeinde. Örtliche rechte Jugendcliquen, mit z.T. gewaltbereiten Jugendlichen haben zudem Kontakt zu organisierten Kräften; so fanden in den Jugendräumen gemeinsame Versammlungen statt. Die Gemeinde schloss die Jugendräume und möchte diese mit einem neuen Konzept öffnen. Gleichzeitig weisen die Vorfälle auf Verharmlosung der Problematik in Teilen der Gemeinde hin.“

Das Beratungsfeld Kommune bringt zahlreiche Herausforderungen für die Beratung mit sich und erfordert oftmals eine multiprofessionelle Perspektive. So waren (zeitlich befristet) im o.g. Fall unterschiedliche Professionen des Beratungsnetzwerks in die Beratung eingebunden, von der Gemeinwesenberatung und Mediation über die Beratung im Kontext der Jugendarbeit bis hin zur spezifischen Beratung von zwei Vereinen, denen die Jugendlichen angehörten. Eine weitere Herausforderung für die Beratung von Kommunen stellen die besonderen Beziehungsgeflechte dar, die vor allem für den ländlichen Raum charakteristisch sind. „Man kennt sich“, auch den vermutlichen Rechtsextremisten oder den rechtsaffinen Jugendlichen, der aus demselben Ort stammt, z.B. aus gemeinsamen Schulzeiten, aus der gemeinsamen Mitgliedschaft in einem Verein oder aus anderen persönlichen Bezügen. Solcherlei Beziehungsgeflechte im ländlichen Raum müssen bei Beratungsprozessen berücksichtigt werden, wenn es gelingen soll, dass die Menschen im Gemeinwesen selbst auf Dauer einen belastbaren Umgang mit solcherlei rechtsextremistischen Vorkommnissen finden.

c) Anlässe im Beratungsfeld Familie

Auch das Beratungsfeld Familie bringt spezifische Herausforderungen für die Berater/-innen mit sich. So heißt es in einer weiteren Fallmeldung:

„Die alleinerziehende Mutter eines 17jährigen Jugendlichen, 10. Klasse Realschule, sucht Beratung. Der Sohn sei seit einiger Zeit deutlich rechts orientiert. Sie stellte bei ihm bereits eindeutige rechte Musik und rechte Bekleidung fest (T-Shirts mit Aufdrucken wie „28 Supporters“, „Good Night Left Side“, „Weiße Wölfe“, „No-Go-Area >Ortsname<“). Im Ort nimmt sie einen cliquenhaften Zusammenhang von mehreren gleichgesinnten Jugendlichen wahr, die auch über überörtliche Kontakte verfügen.“
Beratung in Familien findet nicht in einem öffentlichen Kontext wie an Schulen oder in Kommunen statt, sondern vielmehr im privaten Raum. Zahlreiche Eltern zeigen sich beschämt darüber, dass ihr Kind den Weg in die rechtsextreme Szene sucht oder gar gefunden hat und machen sich dabei große Selbstvorwürfe. Die Beratung von Eltern ist weiterhin geprägt von Ambivalenzen im „Beziehungshaushalt“ der Familienmitglieder: Das Entsetzen und die Wut über das Verhalten ihres Kindes, welches mit dessen rechtsextremer Affinität einhergeht, wird begleitet von der Angst, dass eigene, geliebte Kind zu verlieren. Die Folge solcher Ambivalenzen sind große Handlungsunsicherheiten. Und schließlich ist charakteristisch für das Beratungsfeld Familie, dass der (jugendliche) Rechtsextremismus oftmals nur ein Problem von vielen anderen ist. Elternberatung ist daher oftmals psycho-soziale Beratung, treten doch immer wieder andere familiäre Problem- und Konfliktlagen zu Tage.

4. Inhalte der Beratung

Die Auswertung der vorliegenden Beratungsfälle zeigt, dass in mehr als der Hälfte der Fälle die Beratungsnehmer/-innen bereits aktiv waren. Dieser Aspekt ist für die weitere Beratung umso wichtiger, bieten sich doch zahlreiche Anknüpfungspunkte an solche Eigeninitiativen für die weitere Beratung an. So wurden vor der Beratung nach Vorkommnissen mit rechtsextremistischen Hintergrund „Gespräche geführt“ (14,52%), auch mit

denjenigen, die den Anlass für die Beratung gaben (9,68%) oder beispielsweise mit Eltern (9,68%). Weiterhin wird von „Ausschlüssen" berichtet (11.29%) oder von Sanktionen wie der Einziehung von Material (8,06%) und von Verboten (9,68%).
In 68 von 100 ausgewerteten Fällen waren bereits Dritte vorab involviert; in erster Linie die Polizei (35,29%), dann Schule (13,24%), die „politische Ebene" (8,82%) und weitere Akteure wie Eltern (7,35%), oder wichtige Personen des Ortes (5,88%).
Zu Beginn der Beratung werden in einem Gespräch mit den Berater/-innen die Erwartungen diskutiert und dokumentiert, mit denen die Beratungsnehmer/-innen in den Prozess gehen.

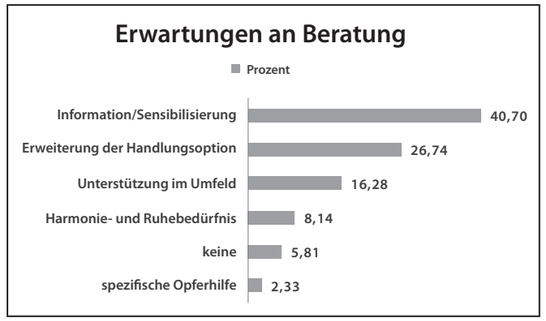


Abb. 4: Erwartungen der Beratungsnehmer/-innen (2007-2009)

Hier zeigt sich, dass ein großer Teil der Beratungsnehmer/-innen mehr Informationen zum Thema Rechtsextremismus benötigt und in seinem Umfeld eine größere Sensibilisierung erzielen möchte. Die Erweiterung der Handlungsoptionen und eine größere Unterstützung im Umfeld markieren die weiteren wesentlichen Erwartungen an die Beratung.

Die bisherigen Ausführungen illustrieren, dass die Beratung im Problemfeld Rechtsextremismus spezifische Ressourcen und Qualifikationen erfordert. Der Prozess einer jeden Beratung ist sehr individuell. Jedoch können idealtypisch drei Elemente genannt werden, die Bestandteil des Beratungsprozesses sind und die deutlich die Erwartungen der Beratungsnehmer/-innen an den Beratungsprozess wiederspiegelt:

a) Information:

Viele Menschen die Beratung suchen, weisen ein großes Informationsbedürfnis auf. Viele wissen wenig oder nichts z.B. über die Codes und Symbole des Rechtsextremismus, über ideologische Facetten und den einhergehenden Handlungsweisen, mit denen sie konfrontiert sind. Informationen hierzu anzubieten, kann ein Bestandteil der Beratung sein und umfasst Angebote wie:

- Unterstützung durch Recherche, Materialien, Informationen
- Fortbildungen, Workshops; Argumentationstraining
- Erstellung von spezifischen Analysen und Arbeitsmaterialien

b) Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten:

Das Vorhalten von Informationsangeboten ist jedoch noch keine Beratung. Im Mittelpunkt steht vielmehr, die individuellen Handlungsmöglichkeiten mithilfe der Beratung zu erweitern. Dieser Aspekt umfasst beispielsweise:

- Einzelfallberatung; systemische Beratung, Elternberatung
- Beratung zur Planung von Handlungsstrategien
- Vermittlung von spezifischer und weiterführender Beratung (z.B. Opferberatung)

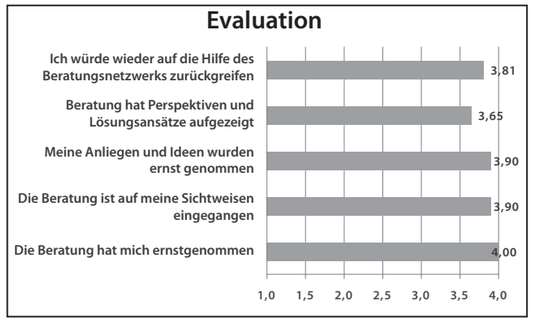
c) Vernetzung:

Ein weiteres wichtiges Ziel der Beratung besteht darin, diejenigen, welche die Beratung nachgefragt haben, dadurch zu entlasten, dass andere Menschen vor Ort bzw. in der Institution sich des Problems mit annehmen und einen Beitrag zur Lösung leisten wollen. Dieser Aspekt von Beratung umfasst unter anderem:

- Konfliktmoderation im Sozialraum
- Coaching und Begleitung der Gründung von Initiativen
- Konzeptentwicklung für Jugendarbeit, Netzwerke u.ä.

Ohne an dieser Stelle weiter auf die doch recht individuellen Beratungsverläufe eingehen zu können, sei auf die Evaluation von abgeschlossenen Fällen durch die Beratungsnehmer/-innen hingewiesen. Mithilfe eines teilstandardisierten Fragebogens wird um eine Rückmeldung gebeten (vgl. Abb.. 5).

Die Partizipation der Beratungsnehmer/-innen in der Beratung hat einen großen Stellenwert. Hier zeigen die Ergebnisse, dass das Beratungsangebot diesem Anspruch gerecht wird, stimmen doch 100% der befragten Beratungsnehmer/-innen der Aussage zu, dass „die Beratung mich ernst genommen hat".
Ebenso überdurchschnittlich zeigen sich die Antworten zu den anderen Fragen bezüglich der Möglichkeit eigene Anliegen und Ideen einzubringen bzw. in den eigenen Sichtweisen ernst genommen zu werden.



N=21 von 83 abgeschlossenen Fällen; 1=„trifft nicht zu", 2=„trifft eher nicht zu"; 3=„trifft eher zu"; 4=„trifft zu"
(Stand: 13.10.2010)

Abb. 5: Evaluation der Beratung durch Beratungsnehmer/-innen (2007-2009)

Auch auf die Hilfe des Angebots des Beratungsnetzwerks würden die meisten wieder zurückgreifen. Und schließlich wird auch die Frage danach, ob die Beratung Perspektiven und Lösungsansätze aufgezeigt hat, überdurchschnittlich positiv beantwortet. Gelungene Beratung misst sich für die Arbeit des Beratungsnetzwerks nicht daran, ob das Phänomen Rechtsextremismus durch die Beratung „verschwindet".
Beratung gelingt vielmehr, wenn Beratungsnehmer/-innen neue Handlungsmöglichkeiten gewinnen, für die spezifischen Problemlagen sensibilisiert werden, hierzu mehr Wissen erlangen und somit eine Erweiterung der persönlichen Perspektive erfahren. Die Beratung ist lösungs- und zielorientiert und ermöglicht den Beratungsnehmer/-innen den Blick nach vorne. Sie gelingt, wenn potenzielle Beteiligte in den Beratungsprozess einbezogen werden. Sie ist somit gemeinwesenorientiert und fördert bürgerschaftliches Engagement.
Die Beratung entlastet schließlich subjektiv unter Druck stehende Beratungsnehmer/-innen und trägt dafür Sorge, dass die individuell empfundenen Belastungsmomente dahin übergeleitet werden, dass die Verantwortung für die Problembewältigung von mehreren Schultern getragen wird.

6. Fazit und Ausblick

1. In den vergangenen drei Jahren ist es gelungen, ein flächendeckendes Angebot der mobilen Beratung im Problemfeld Rechtsextremismus in Hessen zu etablieren. Die erste Auswertung der Beratungsfälle der Jahre 2007 bis 2009 dokumentiert, dass sich das Phänomen Rechtsextremismus in Hessen in vielfältiger und differenzierter Weise darstellt und auch ein differenziertes Beratungsangebot vonnöten ist. Hiervon zeugen die unterschiedlichen Anlässe für Beratung.

2. Die Herausforderungen für die weitere Entwicklung des Beratungsangebots einer schnellen, diskreten, kostenlosen und professionellen Beratung im Problemfeld Rechtsextremismus sind komplex und bedürfen einer stetigen Weiterentwicklung. Dieser Anspruch einer stetigen Weiterentwicklung konfligiert allerdings zum Einen mit den Konjunkturen von zeitlich befristeten Programmen. Zum Anderen scheint die Arbeit des beratungsNetzwerks hessen so diskret von statten zu gehen, dass es in der hessischen (Fach-)Öffentlichkeit noch nicht bekannt genug ist. Eine diskrete, an den Bedarfen der Beratungsnehmer/-innen orientierte Beratung steht allerdings im Widerspruch zu den Konjunkturen der öffentlichen Wahrnehmung von Rechtsextremismus.
Wie in anderen Bereichen auch, sind es die „außergewöhnlichen Vorfälle mit rechtsextremen Hintergrund", die das Thema in den Fokus der öffentlichen Diskussionen rückt und dabei der Druck auf (politische) Verantwortungsträger/-innen umso höher ist. Es wäre jedoch wünschenswert, den Austausch über die Arbeit des beratungsNetzwerks hessen regelmäßig und in „ruhigen" Zeiten zu führen, um die weiteren Gestaltungsmöglichkeiten diskutieren und klären zu können.

3. Neben allen Fragen nach Verstetigung und Weiterentwicklung des Beratungsangebots zeigt der Blick auf die Auswertung der Falldokumentationen und der Evaluationen, dass die individuellen Bedarfe und die einhergehenden Problemlagen der Beratungsnehmer/-innen durch das bisher entwickelte Angebot mit seinem spezifischen Selbstverständnis grundsätzlich adäquat bearbeitet werden können – bei aller Offenheit für die weitere Entwicklung einer qualitativ guten Beratung.

Reiner Becker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Philipps-Universität Marburg und Landeskoordinator des beratungsNetzwerks hessen

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hessen

Im Rahmen der Fachtagung des beratungsNetzwerks hessen „…ermutigt, weiterzumachen", die im September 2010 in Butzbach stattfand, wurden erstmals Ergebnisse einer Studie vorgestellt, die Auskunft über die Verbreitung von Vorurteilen gegenüber gesellschaftlich schwachen Gruppen in Hessen gibt. Im Auftrag des beratungsNetzwerks hessen wurde durch das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld erstmals das Ausmaß von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) in diesem Bundesland untersucht. Der Blick auf die Zustände in Hessen macht deutlich: Die Befragten dort sind denen in den anderen alten Bundesländer im Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Großen und Ganzen ähnlich. Sie weisen zwar keine extremen Werte auf, fallen aber auch nicht durch niedrige Werte auf.
Die Daten aus den GMF-Surveys 2002-2010 wurden für Hessen ausgewertet. Beim Vergleich der Daten in diesem Zeitverlauf zeigen sich zwischen Hessen und den übrigen alten Bundesländern keine deutlichen Unterschiede. Im Zeitvergleich haben Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Hessen ebenso wie in Gesamtdeutschland signifikant abgenommen. Rassismus, Sexismus und Etabliertenvorrechte sind hingegen anders als in den übrigen alten Bundesländern in Hessen stabil geblieben.
In Hessen wie in den übrigen alten Bundesländern werden Etabliertenvorrechte deutlich eingefordert und auch Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und die Abwertung von Obdachlosen weisen, trotz teilweise abnehmender Tendenzen im Zeitvergleich, stets hohe Werte auf. Insbesondere gegenüber Langzeitarbeitslosen bestehen offensichtlich in ganz Deutschland starke feindliche Tendenzen.

Untersucht wurden auch die drei hessischen Regierungsbezirke Darmstadt, Gießen und Kassel. Mit Verweis darauf, dass die Stichprobengrößen zum Teil recht gering ausfallen, vermitteln die Ergebnisse durchaus einen Eindruck vom Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in den Regierungsbezirken. Dabei fällt auf, dass sich hier ein ganz erheblicher Einfluss der Bildung zeigt. Im Vergleich zu den Regierungsbezirken Gießen und Darmstadt weisen die Befragten im Regierungsbezirk Kassel häufiger einen niedrigen Schulabschluss auf. Die Unterschiede im Ausmaß der GMF zwischen den Regierungsbezirken sind also zu einem wesentlichen Teil durch das unterschiedliche Bildungsniveau der Befragten in den Regierungsbezirken bedingt.
Werden die Mittelwerte der GMF-Elemente in den Regierungsbezirken betrachtet, so fällt auf, dass der Regierungsbezirk Kassel meist die höchsten Werte aufweist und damit häufig über den Werten im Regierungsbezirk Darmstadt liegt. Der Regierungsbezirk Gießen weist hinsichtlich rassistischer Einstellungen höhere Werte auf als der Regierungsbezirk Darmstadt und bezüglich der Abwertung von Obdachlosen höhere Werte als die beiden anderen Regierungsbezirke.
Keine Unterschiede bestehen zwischen den Regierungsbezirken hinsichtlich der GMF-Elemente Islamophobie, Abwertung von Behinderten und Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Insbesondere die Abwertung von Obdachlosen und Langzeitarbeitslosen, aber auch die Islamophobie sind in allen drei Regierungsbezirken stark ausgeprägt.

Verschiedene Bevölkerungsgruppen in Hessen

Wie in den anderen Bundesländern, hat auch in Hessen die Schulbildung einen ganz erheblichen Einfluss auf sämtliche Elemente der GMF. Befragte mit hoher Schulbildung äußern gegenüber gesellschaftlich schwachen Gruppen die geringsten Vorurteile. Befragte mit niedriger Schulbildung äußern oft die meisten Vorurteile. Dieser Befund zeigt sich auch über die Zeit hinweg, jedoch fällt beim Zeitvergleich auf, dass die Werte derjenigen Befragten in Hessen, die über einen höheren oder mittleren Schulabschluss verfügen, stabil bleiben, während die feindlichen Einstellungen der hessischen Befragten mit niedriger Schulbildung leicht rückläufig sind. Dieses Ergebnis steht nicht im Einklang mit den Befunden für die übrigen alten Bundesländer, in denen in allen Gruppen eher eine rückläufige Tendenz auszumachen ist.
Es scheint, als sei das formale Bildungsniveau von außerordentlicher Bedeutung für die Bereitschaft zur Abwertung schwacher Gruppen; dieser bekannte Befund hat sich im GMF-Survey noch einmal bestätigt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es nicht das formale Bildungsniveau alleine ist, was sich positiv auf die Neigung zur GMF auswirkt, sondern dass verschiedene, über die Bildung und das Verweilen im Bildungssystem vermittelte Faktoren eine Rolle spielen (s. dazu ausführlicher Hopf 1999; Heyder 2003).
Auch der Einfluss des Alters wurde bereits im GMF-Survey analysiert. Anders als es die öffentliche Wahrnehmung und der Zuschnitt vieler Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vermuten lassen, sind es vielfach eher die Älteren, die zur Menschenfeindlichkeit neigen, während Jugendliche und junge Erwachsene häufig geringere Vorurteile äußern (Endrikat 2006). Auch in Hessen sind es allen voran die Ältesten ab 65 Jahren, gefolgt von denen im höheren Alter zwischen 50 und 64 Jahren, die durch höhere Zustimmung zu den GMF-Elementen auffallen, während Befragte mittleren und/oder jüngeren Alters meist die geringsten Werte aufweisen. Ausnahmen stellen die Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen dar. Abwertende Einstellungen gegenüber diesen Gruppen, denen eine mangelnde Nützlichkeit für die Gesellschaft vorgeworfen wird, sind in ganz Deutschland und in allen Altersgruppen stark verbreitet.
Als ebenso interessant und überraschend hat sich der Vergleich von Männern und Frauen erwiesen. Auch in Hessen wiederholt sich der Eindruck, dass Frauen nicht minder menschenfeindlichen Einstellungen anhängen als Männer. Wie in den übrigen alten Bundesländern auch, erweisen sich Frauen in Hessen signifikant fremdenfeindlicher und ablehnender gegenüber Langzeitarbeitslosen. Für die Männer bestätigt sich der Befund, dass diese homophober sind als Frauen. Im Unterschied zu den übrigen alten Bundeländern erweisen sich in Hessen Frauen jedoch nicht rassistischer als Männer und Männer nicht antisemitischer und sexistischer als Frauen.
Neben den beschriebenen Faktoren zeigt auch die Konfessionszugehörigkeit Einfluss auf das Ausmaß von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – anders als vielleicht zunächst anzunehmen, erweisen sich Angehörige der beiden großen christlichen Konfessionen keineswegs als weniger feindselig (Küpper/Zick 2006). Ähnlich wie im übrigen Deutschland offenbart sich auch in Hessen, dass Religion nicht vor Menschenfeindlichkeit schützt. Angehörige der beiden großen christlichen Konfessionen erweisen sich im Gegenteil eher bereit als Konfessionslose, rassistischen, islamophoben, homophoben und sexistischen Aussagen zuzustimmen und neigen verstärkt dazu, Etabliertenvorrechte einzufordern. In der Tendenz erweisen sie sich für alle GMF-Elemente feindseliger.
Im Zeitvergleich zeigt sich, dass vor allem die feindlichen Einstellungen der Katholiken in Hessen stabil geblieben sind, Rassismus und die Einforderung von Etabliertenvorrechten haben in dieser Gruppe sogar signifikant zugenommen.

Was ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit?

Am Institut für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung der Universität Bielefeld untersucht das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) seit 2002 unter der Leitung von Prof. Wilhelm Heitmeyer, welche Einstellungen in der deutschen Bevölkerung gegenüber verschiedenen schwachen Gruppen vorherrschend sind.
Dabei liegt der Fokus auf einer Menschenfeindlichkeit, die sich auf die Ablehnung und Abwertung von Menschen aufgrund einer zugeschriebenen oder tatsächlichen Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen bezieht. Gemeint sind damit nicht extremistische Ausprägungen, sondern Vorurteile, die in der Mitte der Gesellschaft verbreitet sind, die aber durchaus ein Nährboden für extremistische Erscheinungen sein können.
Das Besondere am Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist seine Spannweite, die sich aus dem Phänomen selbst ergibt. Denn Menschen können aufgrund von ganz unterschiedlichen Merkmalen als abweichend von einer wie auch immer definierten Normalität und damit als ungleich markiert werden. So beruhte die Ausgangskonzeption der Untersuchung (vgl. ausführlicher Heitmeyer 2002, 20f.) zunächst auf sieben Elementen, in denen sich die GMF in Deutschland zeigt. Inzwischen wurde das Syndrom weiter ausdifferenziert und umfasst aktuell zehn Elemente: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus (hier werden die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierter Rollenzuweisungen an Frauen betont, dabei stellt Sexismus einen Sonderfall, dar, weil es nicht um die Ungleichwertigkeit einer zahlenmäßigen Minderheit, sondern einer Mehrheit der Bevölkerung geht), Islamophobie (bezeichnet Bedrohungsgefühle durch Muslime und ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten), Etabliertenvorrechte (umfassen die von Alteingesessenen beanspruchten Vorrangstellungen, die Zugewanderten gleiche Rechte vorenthalten und somit die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzen), Homophobie (bezeichnet feindselige Einstellungen gegenüber Homosexuellen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung), Abwertung von Behinderten, Abwertung von Obdachlosen und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen.

Wie Auswertungen für Gesamtdeutschland gezeigt haben (Küpper/Zick, 2006), steht hinter den beschriebenen Unterschieden bezüglich menschenfeindlicher Einstellungen ein unterschiedliches Ausmaß an Religiosität. D. h., es ist nicht die Konfessionszugehörigkeit per se, sondern die höhere Religiosität, die für die stärkere Bereitschaft, Feindseligkeiten zuzustimmen, verantwortlich ist. Insbesondere die Überzeugung, der eigene Glaube sei anderen Religionen überlegen, steht im Zusammenhang mit einer stärkeren Ausprägung von GMF.
Dass feindliche Mentalitäten keineswegs nur gesellschaftliche Randprobleme darstellen, sondern in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet sind, zeigt sich auch, wenn die Zustimmung zu den GMF-Elementen in Abhängigkeit von der politischen Orientierung der Befragten untersucht wird.
In den GMF-Surveys wird die politische Einstellung über die Rechts-Links-Einstufung definiert. Dabei rechnet sich immer eine deutliche Mehrheit der Befragten der politischen Mitte zu. Personen, die sich der politischen Mitte zuordnen, empfinden sich normativ und deskriptiv als „normal", das heißt, sie sind häufiger als andere der Meinung so zu denken, wie die meisten Menschen und so zu leben, wie es richtig und üblich ist (Zick 2006a). Darin konnte gezeigt werden, dass sich ein nahezu linearer Trend ergibt, wenn die Ausprägung der GMF in Abhängigkeit von der politischen Selbstverortung betrachtet wird: die Werte nehmen in der Regel von links über die Mitte nach rechts deutlich zu.
Die hessischen Befragten, die sich der politischen Mitte zuordnen, unterscheiden sich in ihren Zustimmungen zu Rassismus, Antisemitismus, Obdachlosenabwertung und Sexismus nicht signifikant von den Befragten, die sich selber rechts oder eher rechts verorten. Feindliche Mentalitäten sind also auch in Hessen in der politischen Mitte deutlich ausgeprägt. Die Gefahr hierbei liegt darin, dass die Mitte extreme Einstellungen vertreten kann, die als normal empfunden werden, nur weil sie von vielen geteilt werden. Diese empfundene Normalität kann zur Legitimierung von Vorurteilen und feindlichen Mentalitäten dienen (Zick 2006a), denn was als normal gilt, kann nur noch schwer problematisiert werden.
Zusätzlich zur politischen Orientierung, wird im GMF-Survey auch regelmäßig die Parteipräferenz über die Sonntagsfrage erhoben; die Befragten werden gebeten anzugeben, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre.
Die Wähler und Wählerinnen der beiden großen Volksparteien vertreten in Hessen wie auch in den übrigen alten Bundesländern nicht selten menschenfeindliche Einstellungen. Insbesondere die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, die Einforderung von Etabliertenvorrechten sowie fremdenfeindliche Einstellungen fallen in beiden Gruppen verhältnismäßig hoch aus. Dennoch wird deutlich, dass die hessischen Befragten, die angeben, CDU/CSU wählen zu wollen, feindlicher eingestellt sind als diejenigen, die angeben, sie würden SPD wählen. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus, Islamophobie und Homophobie sind unter den CDU/CSU-WählerInnen signifikant stärker verbreitet. Die beiden Wählergruppen unterscheiden sich nicht in ihren Einstellungen bezüglich des Antisemitismus und der Einforderung von Etabliertenvorrechten sowie gegenüber Langzeitarbeitslosen, Obdachlosen und Behinderten.
Wird der Blick auf die Unterschiede zwischen Hessen und den übrigen alten Bundesländern gelenkt, so zeigt sich, dass unter den CDU/CSU-WählerInnen in Hessen die Islamophobie deutlich stärker ausgeprägt ist als unter denen in den übrigen alten Bundesländern.
Gerade für die präventive Arbeit liegt hier eine besondere Herausforderung, denn es gilt, die Aufmerksamkeit nicht nur auf den rechten oder linken Rand einer Gesellschaft zu richten, sondern gerade auch dort aufmerksam zu bleiben oder zu werden, wo vermeintliche Normalität feindliche Mentalitäten überdeckt.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in sozialräumlichen Kontexten

Im Hinblick auf die Frage, wieso sich in bestimmten Gebieten menschenfeindliche Einstellungen verdichten können, haben sich zwei entscheidende Faktoren herauskristallisiert. Zum einen die wirtschaftliche Entwicklung in der Region und zum anderen die Ortsgröße.
Werden die Regionen in wirtschaftlich aufwärtsstrebende, gleichbleibende und abwärtsdriftende Regionen unterteilt, festgemacht an der Entwicklung der Arbeitslosenquote, dem Steueraufkommen und dem Nettoeinkommen im Kreis, dann zeigt sich, dass in wirtschaftlich abwärtsdriftenden Regionen die menschenfeindlichen Einstellungen häufig stärker ausgeprägt sind als in den beiden anderen Regionentypen (Hüpping/Reinecke, 2007). In den wirtschaftlich abwärtsdriftenden Regionen zeigen sich auch vermehrt Desintegration und Desintegrationsängste. Offenbar schlagen sich die wirtschaftlichen Entwicklungen auf der Individualebene nieder und beeinflussen die Ausprägung von Desintegrationsängsten und menschenfeindlichen Einstellungen. Hüpping und Reinecke (2007) konnten zeigen, dass die auffallenden Unterschiede im Ausmaß der GMF zwischen Ost- und Westdeutschland zu einem großen Teil auf diesen Umstand zurückzuführen sind, denn ein Großteil der abwärtsdriftenden Regionen liegt im Osten Deutschlands.
Eine weitere Rolle spielt die Ortsgröße. Insbesondere das Ausmaß von fremdenfeindlichen Einstellungen fällt in kleinen Gemeinden und kleinen Dörfern häufig höher aus als in großen Städten (vgl. Petzke/Endrikat/Kühnel, 2007). Auch hier spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, in unseren Untersuchungen haben sich vor allem die größere Homogenität und der stärkere Konformitätsdruck in dörflichen Gemeinden als bedingende Faktoren erwiesen. Die größere Homogenität, die in kleinen dörflichen Gemeinden herrscht und die durch den Abwanderungsprozess noch unterstrichen wird, geht einher mit vermehrten Desintegrationspotentialen, die wiederum die Anfälligkeit für feindliche Mentalitäten erhöhen. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass in kleinen Gemeinden ein höherer Konformitätsdruck herrscht, der es dem Einzelnen zusätzlich erschwert sich anders zu positionieren, wenn sich erst einmal entsprechende feindselige Einstellungen verfestigt haben (Petzke/ Endrikat/Kühnel, 2007).

Soziale Desintegration als Boden für GMF

Neben dem Ausmaß der Menschenfeindlichkeit erfasst der GMF-Survey auch andere Entwicklungen als Indizien für den Zustand unserer Gesellschaft. Insbesondere das Ausmaß desintegrativer Prozesse steht im Mittelpunkt der Beobachtung. Dahinter steht die Annahme, dass mangelnde Integration und damit auch mangelnde Möglichkeiten, Anerkennung zu gewinnen, die Abwertung und Ausgrenzung von schwachen Gruppen wahrscheinlicher machen. Dabei können drei Ebenen der Integration bzw. der Gefährdung durch Desintegration unterschieden werden:

a) eine sozial-strukturelle Dimension, bei der es um den Zugang zu materiellen und kulturellen Gütern geht; dieser wird z. B. durch Arbeitslosigkeit oder die Sorge vor Arbeitsplatzverlust eingeschränkt,

b) eine institutionelle Dimension, hier geht es um Teilhabechancen an öffentlichen und politischen Entscheidungsprozessen; diese werden etwa durch mangelnde politische Mitsprachemöglichkeiten begrenzt, und

c) eine sozial-emotionale Dimension, bei der es um die Unterstützung im unmittelbaren privaten Lebensbereich geht, die beispielsweise durch das Gefühl mangelnder enger Bezugspersonen bedroht sein kann (Anhut/Heitmeyer 2000).

In den bisherigen Analysen des GMF-Surveys hat sich gezeigt, dass die Bedrohung durch Desintegration in der Tat mit der Abwertung von schwachen Gruppen verknüpft ist (Zick/Küpper 2006a).

Soziale Desintegration in Hessen

Die Befragten in Hessen, wie auch in übrigen alten Bundesländern, äußern in allen drei Dimensionen deutliche Merkmale von Desintegration. Auffallend sind vor allem die hohen Werte in der sozial-emotionalen Dimension; hier liegen die Werte in Hessen signifikant über denen in den übrigen alten Ländern. Insbesondere das Gefühl der unzureichenden Eingebundenheit in soziale Netzwerke und Beziehungen ist also in Hessen weit verbreitet.
Auch für Hessen gilt: Wer die eigene finanzielle Lage schlecht einschätzt, sich politisch machtlos fühlt und das Gefühlt hat, feste soziale Beziehungen wären immer schwieriger zu knüpfen, äußert sich feindseliger gegenüber schwachen Gruppen der Gesellschaft.

Soziale Desintegration in den drei hessischen Regierungsbezirken

In allen drei Desintegrationsdimensionen zeigen sich innerhalb der hessischen Regierungsbezirke deutliche Anzeichen von Desintegration. Insbesondere die Befragten im Regierungsbezirk Kassel äußern starke Desintegrationsempfindungen und -ängste. Dabei unterscheiden sich die Regierungsbezirke Gießen und Kassel im Ausmaß der Desintegration kaum voneinander, während die Zustimmung zu den Indikatoren der sozialen Desintegration im Regierungsbezirk Darmstadt meist deutlich geringer ausfällt als im Regierungsbezirk Kassel und häufig auch als im Regierungsbezirk Gießen.

Autoritäre Einstellungsmuster

Ein wesentliches Erklärungskonzept für GMF stellt der Autoritarismus dar. Dieses im Ursprung auf Erich Fromm (1932) zurückgehende Konstrukt wurde durch die Arbeiten von Adorno et al. (1950) zum Klassiker der Vorurteilsforschung.
Erklärt wird die Entstehung des autoritären Charakters durch sich in autoritären Familienstrukturen niederschlagende hierarchische Strukturen der Gesellschaft. Der autoritäre Charakter von

Menschen wird demnach in der Kindheit durch Sozialisationsprozesse gebildet und ist durch zwei ambivalente Tendenzen charakterisiert: Zum einen durch die Unterordnung unter Autoritäten und zum anderen durch das Streben nach eigener Autorität, was als eine Haltung des nach oben Buckelns und nach unten Tretens beschrieben werden kann.

Autoritäre Einstellungsmuster in Hessen

Autoritäre Personen neigen dazu, Personen aus schwächeren Gruppen abzuwerten, während sie sich Stärkeren unterordnen. Diese Haltung ist in Hessen, sowie in den übrigen alten und den neuen Bundesländern stark verbreitet. Insbesondere Haltungen der autoritären Aggression fallen über die Zeit hinweg extrem hoch aus. Aber auch die autoritäre Unterwürfigkeit ist stark verbreitet und findet über die Zeit hinweg deutliche Zustimmung, wobei insbesondere Hessen durch einen drastischen Anstieg der Zustimmung zur Bereitschaft sich Autoritäten unterzuordnen auffällt.

Autoritäre Einstellungsmuster in den drei hessischen Regierungsbezirken

Auch innerhalb Hessens zeigen sich in allen drei Regierungsbezirken starke autoritäre Tendenzen. Eine Vielzahl der Befragten in den drei Regierungsbezirken stimmt den Aussagen zur autoritären Aggression und Unterwürfigkeit eher oder voll und ganz zu.
Insbesondere der Regierungsbezirk Kassel weist sehr hohe Werte auf und unterscheidet sich in der Zustimmung zu autoritären Haltungen kaum vom Regierungsbezirk Gießen. Die Zustimmung im Regierungsbezirk Darmstadt fällt im Vergleich zwar stets signifikant geringer aus als im Regierungsbezirk Kassel und meist auch als im Regierungsbezirk Gießen, dennoch stimmen auch im Regierungsbezirk Darmstadt die meisten Befragten den autoritären Aussagen eher oder voll und ganz zu.

Fazit

Auch in Hessen ist zu beobachten, dass die Abwertung einer ganzen Reihe von schwachen Gruppen miteinander zusammenhängt: Wer etwa in Hessen eher bereit ist, der Abwertung und Ausgrenzung von Ausländern zuzustimmen, macht dies auch mit einer größeren Wahrscheinlichkeit, wenn es um Juden und Muslime, Schwarze, Homosexuelle, Behinderte und Frauen oder ganz allgemein um die Zurückstellung von Neuhinzugekommenen geht.
Viele Hessen sind bereit, offenen, traditionellen Vorurteilen zuzustimmen. Innerhalb Hessens erweisen sich die Vorurteile vor allem im Regierungsbezirk Kassel als stark ausgeprägt, wobei hier insbesondere das geringere Bildungsniveau der Befragten eine Rolle spielt. Im Regierungsbezirk Darmstadt fallen die Werte im Vergleich meist am geringsten aus.
Alarmierend hoch erweist sich die Bereitschaft Menschen abzuwerten, die als gesellschaftlich nutzlos stigmatisiert werden. Die Zustimmung zu den GMF-Elementen Obdachlosenabwertung und Langzeitarbeitslosenabwertung fällt in allen Bevölkerungsgruppen in Hessen, sowie in den übrigen alten Bundesländern, sehr hoch aus. Die sich hinter solchen Einstellungen verbergende Gefahr besteht in einer zunehmenden Kopplung von Menschenwürde an ökonomischen Erfolg, an Leistung und Funktionalität. Einer gesellschaftlichen sozialen Verantwortung wird sich so mehr und mehr entledigt und eine die Verantwortung umkehrende Sichtweise legitimiert: Es sei nicht die Gesellschaft in der sozialen Verantwortung, sich um ihre schwachen Mitglieder zu kümmern, sondern Schwache kämen ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft nicht nach, da sie nicht als produktive Mitglieder funktionierten.
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellt auch in Hessen ein Problem in der Mitte der Gesellschaft dar. Es sind nicht nur die extremen Ränder, die menschenfeindliche Einstellungen aufweisen, vielmehr zeigt sich eine deutliche Verbreitung offen vorurteiliger Einstellungen bei Personen, die sich selber der politischen Mitte zurechnen.

Die Ergebnisse machen deutlich:

- Unsere Aufmerksamkeit, bezüglich der Verbreitung von Vorurteilen und Diskriminierung, sollte sich nicht auf die bereits bekannten, möglichen Adressatengruppen an den extremen Rändern der Gesellschaft beschränken, sondern muss sich auch auf mögliche neue oder reaktivierte Gruppen richten, wie es die Analysen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zeigen.

- Integration bedeutet immer auch die Integration ganz unterschiedlicher schwacher Gruppen, die am Rande stehen, gefährdet sind, aus der Gesellschaft herauszufallen oder denen Integration erschwert oder gar verweigert wird. Hierbei zielt Integration auf Minderheiten und Angehörige der Mehrheitsgesellschaft gleichermaßen.

- Unbedachtes oder absichtliches Anheizen von Gefühlen der sozialen Desintegration in Verbindung mit dem Angebot von vermeintlichen Sündenböcken, wie etwa Ausländern oder Hartz-IV-Empfängern, ist gefährlich und unverantwortlich, da so vereinfachende Sichtweisen unterstützt und abwertende Einstellungen legitimiert werden.

- Hier ist nicht allein die „große Politik" auf Bundes- oder Landesebene gefragt, sondern auch einflussreiche Eliten im sozialen Nahraum, wie etwa Bürgermeister, Vereinsvertreter, lokale Medienvertreter oder die Kirchen. Die Stärke von symbolischem Handeln und vorbildhaftem Verhalten ist auch die Vermittlung von Umgangsformen im Miteinander.

Die humane Qualität einer Gesellschaft entscheidet sich am Umgang mit schwachen Gruppen. Die Ergebnisse zeigen, dass es erheblichen Aufklärungsbedarf über die z. T. verdeckt ablaufenden Abwertungs- und Diskriminierungsprozesse gibt, bei denen größere wie kleinere Interventionen im Alltag genauso notwendig sind, wie die deutlichen öffentlichen Stellungnahmen „kalkulationsfreier" Eliten. Vor allem geht es um die Verhinderung von Desintegration und Stärkung schwindender Integrationspotentiale dieser Gesellschaft.

Dipl.-Soz. Sylja Wandschneider ist Mitarbeiterin am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld

Die vollständige Studie kann unter www.beratungsnetzwerk-hessen.de heruntergeladen werden.

Literatur

Adorno, T.W. (1973). Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Altemeyer, B. (1981). Right-wing authoritarianism. Winnipeg: University of Manitoba Press.

Anhut, R./Heitmeyer, W. (2000). Desintegration, Konflikt und Ethnisierung: Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In W. Heitmeyer/ R. Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft (S. 17-75). Weinheim: Juventa.

Babka von Gostomski, C./Küpper, B./ Heitmeyer, W. (2007). Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern: die schwierige Lage in Ostdeutschland. In W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 5 (S. 102-128). Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Endrikat, K. (2006). Jüngere Menschen. Größere Ängste, geringere Feindseligkeit. In W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 101-114). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Fromm, E. (1932). Die psychoanalytische Charakterologie und ihre Bedeutung für die Sozialpsychologie. In: Zeitschrift für Sozialforschung, 1, S. 253-277.
Heitmeyer, W. (Hg.) (2002). Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Heitmeyer W./ Heyder A. (2002). Autoritäre Haltungen. Rabiate Forderungen in unsicheren Zeiten. In W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 1 (S. 59-70). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Heyder, A. (2003). Bessere Bildung, bessere Menschen? Genaueres Hinsehen hilft weiter. In W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 2 (S. 78-99). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Hopf, W. (1999). Ungleichheit der Bildung und Ethnozentrismus. Zeitschrift für Pädagogik, 6, 847-865.

Hüpping, S./ Reinecke, J. (2007). Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 5 (S. 77-101). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Küpper, B./Zick, A. (2006). Riskanter Glaube: Religiosität und Abwertung. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 179-188). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Lederer (1983). Jugend und Autorität. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Oesterreich, D. (1996). Flucht in die Sicherheit: zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion. Opladen: Leske und Budrich.

Petzke, M./ Endrikat, K./ Kühnel, S.M. (2007). Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 5 (S. 52-76). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Zick, A./Küpper, B. (2006a). Politische Mitte. Normal feindselig. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 115-134). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Zick, A. /Henry P.J. (2009). Nach oben buckeln, nach unten treten. Der deutsch-deutsche Autoritarismus. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 7 (S. 190-204). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Zick, A./Wolf, C./Küpper, B./Davidov, E./Schmidt, P./Heitmeyer, W. (2008). The syndrome of group-focused enmity – theory and empirical test. Journal of Social Issues. Special Issue on „Ethnic Prejudice and Discrimination in Europe, 64, 363-383.

„Das ist Vielen gar nicht bewusst“

Eine Regionalanalyse zu Rechtsextremismus in einem nordhessischen Landkreis

Der nordhessische Schwalm-Eder-Kreis hat im Jahr 2008 eine Analyse zu rechtsextremen Erscheinungsformen in Auftrag gegeben. Damit war der Schwalm-Eder-Kreis der erste westdeutsche Landkreis, der eine solche Studie in Auftrag gab, nachdem dieses Instrument zuvor fast nur in Ostdeutschland zur Anwendung kam oder von zivilgesellschaftlichen Institutionen in Auftrag gegeben worden war. [1]
Anlass für die Durchführung der Studie war ein Überfall Rechtsextremer auf ein Zeltlager der Jugendorganisation „solid“ am Neuenhainer See im Juli 2008. Mehrere Täter waren früh morgens auf das Gelände des Zeltlagers eingedrungen. Einer von ihnen verletzte ein 13-jähriges Mädchen dabei lebensgefährlich, weil er mit einem Spaten und einer Flasche auf die schlafende Jugendliche eingeprügelte. Die Brutalität der Tat und das Alter des Opfers erregten bundesweit Aufmerksamkeit. Der Kreistag des Schwalm-Eder-Kreises verurteilte die Tat und rechtsextremistische Tendenzen im Landkreis in der Folge einstimmig (sogar mit der Stimme einer rechtsextremen „Bürgerinitiative Pro Schwalm Eder“) und der Kreisausschuss gab beim *beratungsNetzwerk hessen* eine Studie in Auftrag, um sowohl rechtsextremistische Tendenzen im Kreis aber auch Potentiale, wie dem entgegnet werden kann, untersuchen zu lassen.
Der Landkreis verfolgte damit die Strategie, das Thema „Rechtsextremismus“ nach dem Überfall am Neuenhainer See nachhaltig zu bearbeiten. Hierfür wurden eigene finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen z.B. eine Stabsstelle beim Landrat eingerichtet und das Projekt „Gewalt geht nicht“ ins Leben gerufen wurde. Diese Reaktion ist keineswegs selbstverständlich, zu häufig bleibt spontane Empörung nach öffentlichkeitswirksamen Ereignissen mit rechtsextremem Hintergrund folgenlos. Mit der Durchführung der Regionalanalyse wurde das *Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen* (MBT Hessen) betraut, das seit Jahren Beratungen für Einzelpersonen, Vereine, Schulen oder Gemeinden in Nordhessen und darüber hinaus anbietet.

Regionalanalyse als qualitative Untersuchung

Die vorliegende Regionalanalyse erhebt nicht den Anspruch, repräsentative Ergebnisse zu liefern, sondern stellt eine vertiefende Situations – und Ursachenbeschreibung dar. Die Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung spiegeln dagegen die Einstellungspotentiale oder „Stimmungen“ in der Bevölkerung wieder. [2]
Die vom MBT Hessen durchgeführte Analyse fokussiert auf die Problemsicht lokaler Akteure zu rechtsextremen Erscheinungsformen im Schwalm-Eder-Kreis und fragt nach den demokratischen Potentialen zur Problembewältigung vor Ort. Dazu werden auf Ebene der einzelnen Kommunen Faktoren analysiert, die rechtsextreme Erscheinungsformen und Aktivitäten begünstigen bzw. verhindern.

Die Studie hat folgende Ziele:

1. Rechtsextreme Gefährdungspotentiale im Kreis feststellen und qualitativ aus Sicht der betroffenen Menschen beschreiben;

2. mögliche Ursachen von rechtsextremen Erscheinungsformen und Einstellungsmustern in Teilen der Bevölkerung benennen;

3. Handlungsvorschläge für ein lebendiges, demokratisches Gemeinwesen, die auf Erfahrungen und Empfehlungen von Bürgern im Kreis basieren, erarbeiten;

4. eine externe Expertise für lokale Akteure zur Verfügung stellen und somit eine Arbeitsgrundlage für weitere kreisweite Aktivitäten sein.

Deshalb wurde darauf geachtet, einen möglichst breiten Querschnitt der Gesellschaft für die Studie zu befragen, denn die Ergebnisse sollten weder die Meinung des Autorenteams noch einer Minderheit in der Bevölkerung wiedergeben. Ausgangspunkt waren zunächst die örtlichen Jugendpflegen, die von der zwischenzeitlich eingerichteten Stabsstelle des Kreises zum Thema vermittelt worden waren. Davon ausgehend wurden dann in einem „Schneeballverfahren“ nach weiteren möglichen Interviewpartner/innen gefragt, die zum Thema Auskunft geben könnten. Letztendlich wurden fast 100 Bürger/innen als Experten ihres lokalen Umfeldes und damit auch rechtsextremistischer Tendenzen im Kreis befragt: Sozialarbeiter/innen, Lehrer/innen, Jugendliche, Ortsvorsteher, Polizeibeamte, Mitglieder aus Sportvereinen, Feuerwehren, Kirchen, Eltern und sonstige Bürger/innen usw. aus 21 von insgesamt 27 Städten und Gemeinden des Kreises. Pro Gemeinde wurden ein bis neun Interviews geführt, je nachdem ob und wie stark dort rechtsextremistische Tendenzen aus Sicht der Interviewpartner/innen erkennbar waren. Es gab einzelne Gemeinden, in denen es weder eine Jugendpflege gab und auch keine anderen Gesprächspartner gefunden werden konnten.
Alle leitfadenorientierten Interviews wurden elektronisch aufgezeichnet, transkribiert und nach einem am Leitfaden orientierten Kategorienschema in einem mehrstufigen Verfahren ausgewertet. Für die weitere Analyse wurden Protokolle aus teilnehmenden Beobachtungen und Gesprächen, Internetrecherchen sowie themenrelevante Berichte aus der lokalen bzw. überregionalen Presse herangezogen.

Die Ergebnisse liefern so ein Bild, das zum Teil sehr detailliert rechtsextreme Erscheinungen, ihre Ursachen und mögliche lokal angepasste Gegenstrategien beschreiben kann.

Ergebnisse der Studie [3]

Um zu möglichst umfangreichen und aussagekräftigen Ergebnissen zu kommen, wurde auch nach den Lebensumständen und der politischen Kultur allgemein im Kreis gefragt, aber auch nach Reaktionen auf rechtsextreme Vorkommnisse in der Vergangenheit sowie möglichen Gegenstrategien, die vor Ort als sinnvoll erachtet werden.

Themenkomplexe im Interview waren:

1. Leben im Schwalm-Eder-Kreis
2. Rechtsextreme Erscheinungsformen
3. Ursachen von Rechtsextremismus
4. Reaktionen
5. Gegenmaßnahmen

1. Leben im Schwalm-Eder-Kreis

Zunächst war festzustellen, dass die meisten Befragten (negative Statements kamen tendenziell nur von Jugendlichen) sehr gerne im Kreis leben, die Natur und nachbarschaftliche Nähe wird geschätzt „man hilft einander“. Andererseits wird der Abbau von alltagsrelevanter Infrastruktur und die immer weiteren Wege, die zurückzulegen sind, um das Alltagsleben zu bewältigen, beklagt. Handel und öffentlicher Nahverkehr in den zum Teil sehr ländlichen Gemeinden seien rückläufig, Angebote für Jugendliche spärlich und zum Großteil ohne eigenes Auto kaum zu erreichen. Überhaupt wurden Jugendliche vielerorts tendenziell als Personengruppe gesehen, die „Probleme macht“: Sie seien laut, konsumierten Alkohol in der Öffentlichkeit usw. Ein Vater berichtete über den veränderten Umgang mit Jugendlichen:

„Wir hatten es früher mal so auf dem Dorf ab und zu gemacht, da haste eine Kiste Bier geholt, hast Dich vor 's Dorfgemeinschaftshaus gesetzt, hast eine halbe Stunde gewartet, dann saß auf einmal auch der Pfarrer mit dabei. Das ist hier alles gar nicht. Schnappst Du Dir hier irgendwo eine Kiste Bier, setzt Dich irgendwo vors Dorfgemeinschaftshaus, dann dauert es keine halbe Stunde, dann ist die Polizei da in der heutigen Zeit.“

Insgesamt wurde in vielen Interviews der Eindruck vermittelt, dass es in vielen Orten „bergab“ gehe, auch wenn die Arbeitslosigkeit im Kreis im Vergleich zu angrenzenden Gebieten wie der Stadt Kassel wesentlich geringer ist. Ein Phänomen, das in der Studie „Deutsche Zustände“ der Universität Bielefeld als „relative Deprivation“ [4] beschrieben wird.

Über die politische Kultur wie auch für rechtsextreme Tendenzen lassen sich kaum allgemeingültige Aussagen für den gesamten Kreis treffen. Zu unterschiedlich sind die einzelnen Gemeinden, teilweise differieren die Ergebnisse von Dorf zu Dorf. Während in einem Dorf ein unzureichendes bis nicht vorhandenes Angebot für Jugendliche beklagt wird, diese sich selber überlassen seien und dementsprechend auch „auf dumme Gedanken“ kämen, ist man fünf Kilometer weiter damit sehr zufrieden und rechtsextreme Erscheinungen kaum oder gar nicht vorhanden.

2. Rechtsextreme Erscheinungsformen

Kreisübergreifend wird zunächst eine Gruppe namens „Freie Kräfte Schwalm Eder“ als wichtigste rechtsextreme Organisation benannt, aus der auch die Täter des Angriffs am Neuenhainer See stammen. Diese Gruppe, die schon seit längerer Zeit im Kreis aktiv war und ist, aber auch über überregionale Kontakte verfügt, war immer wieder durch Propagandadelikte und Gewalttaten aufgefallen, die auch nach dem Überfall im Jahr 2008 nicht endeten. So wurden etwa bei Kirmessen „alternative“ Jugendliche und sogar ein Polizeibeamter aus dieser Personengruppe heraus verletzt. Daneben wurden lose Jugendcliquen beschrieben, die rechtsextreme Kleidung trügen und entsprechende Musik hörten. Übereinstimmend wurde berichtet, dass sich auch im Schwalm-Eder-Kreis das Auftreten von Rechtsex-

1 Vgl. die von der IG Metall in Auftrag gegebene Studie "Rechtsextremismus und sein Umfeld" im Baden Württembergischen Rems-Murr-Kreis: Held u.a. 2008. Andere Studien wurden von verschiedenen ostdeutschen Beratungsteams durchgeführt. Mehr Informationen dazu u.a. bei: Kulturbüro Sachsen, Mobiles Beratungsteam Brandenburg oder MBR Berlin (siehe Literaturliste im Anhang).
2 Vgl. u.a. die Studien von Decker/Brähler 2006 und 2010

3 Die vollständige Studie ist unter: http://beratungsnetzwerk-hessen.de/index.php?page=neu-regionalstudie einzusehen bzw. herunterladbar
4 Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1-8. Frankfurt/Main 2002-2010

tremen modernisiert hätte und sie nicht wie früher einfach an Springerstiefel, Glatze und Bomberjacken zu erkennen seien. Auch das Internet sei wichtig bei der Vernetzung bzw. Verbreitung von rechtsextremer Musik und entsprechenden Inhalten.
Die NPD als bundesweit wichtigste rechtsextreme Struktur spielt im Kreis nur eine marginale Rolle. Obwohl sowohl die Freien Kräfte als auch unorganisierte Jugendliche als auffälligste Träger von rechtsextremen Einstellungen bis hin zu Straftaten beschrieben wurden, stellte sich heraus, dass die Befragten Rechtsextremismus nicht als reines Jugendproblem sehen. Stattdessen wird an vielen Orten geschichtsrevisionistische, antisemitische und antidemokratische Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft festgestellt. In praktisch allen Gemeinden wurde auch von Integrationsschwierigkeiten bezüglich Migrant/innen und rassistischen Einstellungen bzw. Äußerungen berichtet.

3. Ursachen von Rechtsextremismus

In den Interviews wird von Dörfern berichtet, in denen diese Einstellungen immer wieder unverblümt in aller Öffentlichkeit von Erwachsenen, vor allem Senioren, geäußert werden, ohne dass diese auf Widerspruch treffen. Es gibt einzelne Dörfer, in denen sich rechtsextreme Jugendkulturen seit mindestens 20 Jahren immer wieder erneuern. Solche verfestigten, undemokratischen Einstellungen in Teilen der Bevölkerung, von denen in den Interviews berichtet wird, begünstigen auch die Herausbildung von Vorurteilen bis hin zu rechtsextremen Einstellungen bei jungen Menschen.
Insgesamt wird der Schwalm-Eder-Kreis von vielen Befragten als konservativer Landkreis bezeichnet. Es herrsche ein „Strukturkonservatismus“, Neuerungen bzw. Neu-Zugezogene würden misstrauisch beäugt. Dies gelte vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund. Integration wird dementsprechend als eine von den Zugezogenen einseitig zu erbringende Leistung gesehen. Als weitere, wichtige, lokale Ursache für moderne rechtsextremistische Erscheinungen wird auch die mangelnde Aufarbeitung des lokalen Nationalsozialismus benannt.
In einem Dorf gab es zum Beispiel bis in die dreißiger Jahre eine kleine jüdische Gemeinde, die auch Antisemitismus ausgesetzt war. Nach der Vertreibung und Enteignung Mitte der 30er Jahre, von der die lokale Bevölkerung profitierte, wurden diese Vorgänge in der Folge nicht thematisiert, so dass es im Dorf nach wie vor gerade in der älteren Bevölkerung offen antisemitische Einstellungen gäbe und auch immer wieder rechtsextreme Äußerungen und Handlungen bei Jugendlichen. Aus einem anderen Dorf wurde berichtet, wie dominant einzelne Familien bezüglich der Stimmung sein können:

„dass eben vier größere Familien, die sehr, sehr angesehen sind, schon seit Generationen eben rechts sind und auch dazu stehen und sich dazu bekennen. Und das auch immer weiter geben. Und mit denen sollte man es sich nicht verspaßen. Die hätten auch im Dorf viel Einfluss.“

Angehörige der „Freien Kräfte“ sind teils in die Dorfgemeinschaft sehr gut integriert und z.B. in Kirmesburschenschaften, im Sportverein oder der Feuerwehr aktiv. Es ist aber nicht erkennbar, dass Rechtsextreme Vereine gezielt unterwandern würden. Gerade „alternative“ Jugendliche und Migranten sind Feindbilder und einzelne Kirmessen wurden als „No go-areas“ für diese Menschen beschrieben.
Gefragt, wie auf solche Vorkommnisse vor Ort reagiert würde, wird bis zum Vorfall am Neuenhainer See ein allgemeines „Wegsehen“ und „Verharmlosen“ als häufigste Reaktion beschrieben. Dies habe aus Sicht der Befragten für Politik, andere Bürger/innen und Polizei gegolten. Nur wenn Vorfälle in die Öffentlichkeit kamen, also z.B. in der Lokalpresse beschrieben wurden, habe es teilweise eine entschiedene Ablehnung gegeben.

4. Reaktionen

Durch die bundesweite Berichterstattung zu dem Überfall am Neunhainer See im Jahr 2008 und durch die Schwere dieser Vorfälle, was allgemeines Entsetzen ausgelöst habe, sei das anders geworden: Straftäter wurden gefasst und verurteilt, es gründeten sich Bündnisse gegen Rechtsextremismus, es fand eine Vielzahl von Veranstaltungen und Fortbildungen zum Thema statt.

Doch natürlich ändern sich gerade Einstellungen nicht von heute auf morgen. Deshalb sei nach Ansicht der Mehrheit der Befragten weitere Aufklärungsarbeit nötig. Dazu sei vorhandenes Engagement zu unterstützen und weiter auszubauen, gerade auch im Bereich Integration von Migranten und Migrantinnen. Aber auch bessere Angebote für Jugendliche seien vonnöten. Es liegen Indizien vor, nachdem da, wo es eine finanziell und personell gut ausgestattete Jugendpflege gibt, rechtsextremistische Tendenzen unter Jugendlichen weniger festzustellen sind, als an Orten, wo es keine Jugendpflege gibt oder diese nur rudimentär vorhanden ist. Insgesamt waren sich die meisten Befragten einig, dass Rechtsextremismus ein Thema für alle Bürger/innen des Kreises sei: *„Das geht jeden an“* und solle dementsprechend nicht allein an die Jugendarbeit delegiert werden.

5. Gegenmaßnahmen

Obwohl übereinstimmend berichtet wurde, dass Rechtsextremismus im Kreis mitnichten ein reines Jugendproblem ist, bezogen sich die meisten Vorschläge, was zu tun sei, auf junge Menschen. Es wurde eine zahlreiche kreative Möglichkeiten genannt, was man tun könne und es gibt im Kreis auch viele Aktionen und Ansätze, die zum Teil seit Jahren praktiziert werden. Dazu zählen jugendkulturelle Angebote, geschichtspolitische Ansätze wie etwa die Verlegung von „Stolpersteinen“ an ehemaligen Wohnhäusern von im Nationalsozialismus verfolgten Bürgern. Auch in Bezug auf integrationspolitische Maßnahmen gibt es im Kreis schon erfolgreiche Beispiele.
Ein Austausch darüber, was in der Vergangenheit erfolgreiche Projekte waren und wie man andernorts damit umgegangen ist, wird als nötig und hilfreich angesehen. Man muss das Rad nicht immer neu erfinden.

Wie weiter?

Seit dem Überfall im Jahr 2008 ist im Schwalm-Eder-Kreis viel passiert: Es haben wie erwähnt sehr viele Veranstaltungen zum Thema stattgefunden, die zum Teil sehr gut besucht waren. Es wurde auf Kreisebene eine Stabsstelle eingerichtet, die viele Veranstaltungen und Fortbildungen anbietet, Menschen aus verschiedenen Teilen des Kreises miteinander in Verbindung brachte. Kirmesburschenschaften wurden über Jugendschutz und Rechtsextremismus informiert, genauso wie Sozialarbeiter/innen und andere Multiplikatoren. Die Polizei konnte viele Straftaten aufklären und hat darüber hinaus bekannte Rechtsextremisten äußerst eng überwacht.
Die lokale Presse hat umfassend über das Thema und die Aktivitäten dagegen berichtet. Die Regionalanalyse des beratungsNetzwerks hessen wurde in verschiedenen Veranstaltungen der Öffentlichkeit vorgestellt. Weiterhin hat das beratungsNetzwerk hessen in Kooperation mit der Stabsstelle angeboten, für jede Gemeinde, in der Interviews geführt wurden und aussagekräftige Ergebnisse vorliegen, eine eigene Analyse zu erstellen und diese vor Ort zu präsentieren.
Die Studie zeigt, dass die meisten der rechtsextremen Akteure im Schwalm-Eder-Kreis zum Teil gut in die Dorfgemeinschaft integriert sind – Rechtsextremismus stammt aus der „Mitte“ der Gesellschaft, auch im Schwalm-Eder-Kreis. Nichtsdestotrotz zeigt die Regionalanalyse, dass es im Kreis schon viele Erfahrungen mit gelingenden Ansätzen zum Umgang mit Rechtsextremismus und viele engagierte Bürger/innen gibt, auf die man bauen kann.
Der Kreis entwickelt in den nächsten Jahren mit Mitteln des neuen Bundesprogramms Programm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" einen so genannten „Lokalen Aktionsplan“. Dadurch kann das bisher gezeigte Engagement nachhaltig weitergeführt werden.

Die Erkenntnisse der Regionalanalyse „Das ist Vielen gar nicht bewusst“ können aus Sicht des beratungsNetzwerks hessen ein wichtiger Beitrag in der weiteren Beschäftigung mit dem Thema Demokratie im Landkreis Schwalm-Eder sein, denn sie spiegeln das Wissen um Strukturen und Lebensbereiche der befragten Menschen aus dem Kreis wieder. Ein Wissen, das auf andere Weise kaum zu erheben und als Instrument bei der Beschäftigung mit den Themenkomplexen Rechtsextremismus bzw. Aktivitäten zur Förderung demokratischer Kultur sehr geeignet ist.

Christopher Vogel ist Mitarbeiter des MBT Hessen

Literatur:

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (unter Mitarbeit von Norman Geißler): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2006.

Decker, Oliver / Weißmann, Marliese / Kiess, Johannes /Brähler, Elmar: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2010.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1-8. Frankfurt/Main 2002-2010

Held u.a.: Rechtsextremismus und sein Umfeld – Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis. Hamburg 2008.

Weitere Studien sind einsehbar unter:

http://www.gemeinwesenberatung-demos.de
http://www.kulturbuero-sachsen.de
http://www.mbr-berlin.de

Informationsveranstaltungen zu rechtsextremer Jugendkultur, Symboliken und Codes

In der Schule einer hessischen Kleinstadt haben sich am Nachmittag zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern zu einem Vortrag zusammengefunden. Das Thema: Rechtsextremistische Symboliken, Codes und Kleidungsmarken. Angeregt wurde die Veranstaltung auf Initiative des Elternbeirates. Einige Schüler hatten den Eltern von rechtsextremistischen Erscheinungsformen in der Schule berichtet. So seien Mitschüler in bestimmten Gruppen aktiv, andere würden durch Kleidung und immer wieder vorgetragene rassistische Sprüche auffallen, die Schulhof-CD der NPD sei aufgetaucht.
Die Lehrerschaft zeigt sich interessiert. Man ist überrascht über die Vielfalt der verwandten Symbolik, über die Unscheinbarkeit von bestimmten Modemarken oder dem gewandelten Dresscode der Szene. Die Schulhof-CD habe man wegen ihrer unscheinbaren Aufmachung gar nicht als rechtsextrem eingestuft. Doch nun erinnern sich einige Lehrerinnern und Lehrer an weitere Vorfälle: Sie berichten von T-Shirts, die aufgefallen waren oder von Aufklebern, die auf der Schultoilette klebten.
Am Ende bedankt sich der Schulleiter und verkündet, es sei erschreckend, wie sich die Szene entwickeln würde und gut, dass man jetzt endlich etwas dagegen getan habe. Im Raum steht unausgesprochen der Beschluss, dass man nun ausreichend das Thema Rechtsextremismus erörtert habe. Für die Schulleitung ist das Thema erledigt, man hat ja etwas getan.

Dies ist zweifellos ein herber Rückschlag für die Organisatoren und auch eine vertane Chance in dem Bemühen, einen Prozess, der sich mit dem Problem Rechtsextremismus grundlegend und langfristig auseinandersetzt, in Gang zu setzen. Aber ein solcher Ablauf von Informationsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus ist nicht selten.

Dabei sind Veranstaltungen, die sich mit rechtsextremen Symboliken, Codes und Kleidungsmarken, kurz, mit einer sich etablierten rechtsextremen Jugendkultur befassen, aus mehreren Gründen wichtig für den Umgang mit rechtsextremistischen Erscheinungsformen.
Das Outfit von Mitgliedern der rechtsextremistischen Szene hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Es war eine gezielte Strategie, von den damaligen verwendeten eindeutigen Symboliken wie beispielsweise der Reichskriegsflagge abzurücken und auf unbekanntere Symbole zu setzen. Gleiches spielte sich bei den Kleidungsstilen ab. Martialisches und schnell stigmatisierendes Auftreten wurde seltener, die neuen Modemarken bieten teilweise mainstream-kompatible Kleidung an. Die vielleicht vorhandene eindeutige Erkennbarkeit ließ immer mehr zugunsten eines wahren „Versteckspiels“ nach. Ziel war es, unauffälliger zu werden und damit für die breite Bevölkerung auf den ersten Blick weniger abschreckend zu wirken. Gleichzeitig wurde es potentiellen Anhängern erleichtert, in die Szene einzusteigen: Sanktionen wegen eines erkennbar rechtsextremen Outfits waren nicht zu erwarten und man konnte seinem eigenen Modegeschmack weiter folgen.

Das ganze fand relativ unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit statt. So ist es beispielsweise immer noch der Normalfall, dass auf Veranstaltungen zu rechtsextremer Jugendkultur nach dem Outfit eines „typischen“ Rechtsextremisten gefragt, Bomberjacke, Springerstiefel und die Spiegelglatze vor allem vom älteren Teil des Publikums genannt werden. War dies schon vor Jahren nicht für die ganze Szene zutreffend, so konnte man damit zumindest einen durchaus relevanten Teil des rechtsextremistischen Outfits beschreiben. In den neunziger Jahren fielen Jugendliche vor allem wegen dieses Outfits als potentiell rechtsextremistisch auf. Insbesondere die Medien boten durch die Verknüpfung von Berichten zu Rechtsextremismus mit Bildern, wie das von Springerstiefeln mit weißen Schnürsenkeln ein Symbol für Rechtsextremismus an; eine Symbolik, die sich bis heute konserviert hat.

Auch daher sind Lösungsansätze für die Bewältigung von Rechtsextremismus, die häufig präsentiert werden, immer noch an diesen Vorstellungen orientiert. So ist ein immer noch häufig gemachter Vorschlag, wie mit dem Auftreten rechtextremistischer Erscheinungsformen umgegangen werden soll, dass Springerstiefel und bestimmte Kleidungsmarken verboten werden sollten. Hier wird dann meist die Marke LONSDALE genannt, die zwar oben genanntem Klischee entspricht, aber sich selbst sehr eindringlich von dieser Szene distanziert und kein eindeutiger Hinweis auf eine rechtsextremistische Gesinnung des Trägers ist. Neben den hier berechtigterweise bestehenden Zweifeln an der Wirksamkeit solcher Verbote, greifen sie inzwischen auch materiell ins Leere.
Aktuell getragene Modemarken, mit eindeutig rechtsextremem Hintergrund, sind dagegen weitgehend unbekannt. Spätestens wenn der Einwand erhoben wird, es gäbe hier kein Problem mit rechtsextremistischen Eistellungen, denn schließlich wäre schon seit Jahren kein Skinhead mehr im Ort oder in einer Institution wie der Schule aufgetreten, wird die Wirksamkeit dieser neuen Versteckspiel-Strategie und die damit verbundene Dringlichkeit der Informationsvermittlung bewusst.

Gleiches gilt für die in der Szene aktuell verwendeten Symbole. Auch hier hat sich der Symbolsatz in den letzten Jahren immer mehr von bekannten und der Szene eindeutig zurechenbaren Symbolen entfernt und hin zu einer Symbolsprache entwickelt, die aus der germanischen Mythologie stammt oder dem Nationalsozialismus entlehnt, aber nicht so bekannt sind.
Dazu kamen neue „versteckte“ Zeichen, wie beispielsweise die Buchstaben oder Zahlencodes. Dabei ist die Bedeutung von Zahlen „18“ (A und H für den jeweils 1. und 8. Buchstaben des Alphabets = die Initialen von Adolf Hitler) und „88“ (H + H = „Heil Hitler)“ inzwischen vielen – längst jedoch noch nicht allen, die damit konfrontiert werden – bekannt.
Doch damit ist auch schon bald die Grenze des Wissens erreicht. Die „28“ (B + H = „Blood and Honour“, ein rechtsextremistisches Musiknetzwerk, dass im Jahr 2000 in der Bundesrepublik verboten worden ist) oder „14“. Die sogenannten 14 Words: „We must secure the existance of our people und a future for white children“ – „Wir müssen die Existenz unseres Volkes und eine Zukunft für weiße Kinder sichern“, ein Zitat des amerikanischen Rechtsterroristen David Lane und eine Art rechtsextremistisches Glaubensbekenntnis der Szene. Gesichert werden soll die Existenz eine „reinen weißen Rasse“, also eine erzwungene Abgrenzung zwischen „den Weißen“ und anderen.

Ähnliches gilt für die verwendeten Symbole, seien es nun die germanischen Runen oder Symbole mit eindeutig nationalsozialistischem Bezug, wie das Gaufeldzeichen der Hitlerjugend (gekreuzter Hammer und Schwert). Auch hier geht die ausgegebene Strategie der Rechtsextremisten, auf allzu Bekanntes zu verzichten, auf. So ist die Reichskriegsflagge, für viele eines der „typischen“ Symbole der Szene, und dies bis vor einigen Jahren auch mit gewisser Berechtigung, kaum mehr öffentlich zu sehen. Bei der Verwendung von Triskele und Thorshammer (Symboliken keltischen bzw. germanischen Ursprungs, die auch außerhalb der rechtsextremen Szene als Schmucksymbole beliebt sind) kann man sich immer noch auf „ein ganz normales Schmuckstück“ herausreden und viele Runen oder runenähnliche Zeichen sind der Öffentlichkeit weitestgehend unbekannt.

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass bei manchen Symbolen, die von der rechtsextremen Szene erdachten Bedeutungen einen teilweise weit über die Szene hinaus reichenden Bekanntheitsgrad haben. So wird die so genannte „Schwarzen Sonne“, wenn sie erkannt wird, häufig als Sonnenrad oder Zentralgestirn bezeichnet. Dies geschieht analog zu rechtsextremistischen Deutungen, die in ihr ein „uraltes Symbol“, das den „Mittelpunkt des Universums“ darstellen soll, sehen. Die tatsächliche Entstehungsgeschichte, als reines Schmucksymbol in einer geplanten Kultstätte für die SS in der Wewelsburg bei Paderborn, ist dagegen kaum jemandem geläufig. Die Deutung als „Schwarze Sonne“ wurde erst nach dem Nationalsozialismus von Autoren, die der SS – in positiver Bezugnahme – mystische Elemente angedichtet haben, entwickelt.

Aufklärung über diese Erscheinungsformen und ihre ideologische Bedeutung für die rechtsextremistische Szene ist deswegen nötig, um konkret Problemlagen vollständig erkennen und einschätzen zu können. Es macht einen Unterschied im Umgang mit dem Phänomen, ob in der Wahrnehmung der Lehrer ein oder zwei Schüler mit einschlägiger Kleidung herumlaufen oder ob es eine feste Clique von fünf oder mehr Personen gibt, die eventuell schon eine eigenständige Organisationsstruktur aufweist, aber möglicherweise nur weniger bekannte Symbole benutzt.

Eine zweite wichtige Funktion von Veranstaltungen zu rechtsextremer Jugendkultur, Symboliken und Codes ist eine damit verbundene „Entmystifizierung“ der Szene. Zwar wird auch medial häufig über Rechtsextremismus berichtet, welche Strukturen und Organisationsformen ein „moderner Rechtsextremismus“ aufweist, bleibt jedoch oft nebulös, wie die bereits angesprochene neue Symbolik. Von beidem wird in der medialen Öffentlichkeit fragmentarisch berichtet, was die Aura des Geheimnisvollen, welche die Szene umgibt, noch weiter steigert. Aber genau diese selbstgeschaffene Aura ist es, mit der versucht wird, besonders Jugendliche für

diese Szene zu ködern: Ein bisschen der Ruch des Verbotenen, Geheimnisvollen und nicht immer Legalen. Eine verschworene Gemeinschaft von modernen Rebellen - so versucht sich die Szene, vor allem die Gruppen der sogenannten „Autonomen Nationalisten", darzustellen. Mit diesem Bild werden Jugendliche angesprochen und für die Szene begeistert.
Bei Lehrern, Betreuern und Eltern scheinen jedoch die Strategien des Versteckspiels aufzugehen. Man hat zwar über diese Szene etwas gehört, aber was sich dort hinter genau verbirgt, wie Kameradschaften oder andere Gruppierungen aufgebaut, mit welchen Themen sie befasst sind, welche Aktivitäten es dort gibt, darüber ist nur wenig bekannt. Oft ist als Folge einer Veranstaltung zu rechtsextremer Jugendkultur, Symboliken und Codes eine große Verunsicherung zu spüren. Ein zumindest rudimentäres Wissen darüber, wie die Lebenswelt von aktiven Rechtsextremisten aussieht, die Entzauberung dieser „Aura des Mystischen" mit der sie sich gern umgeben, kann Zugänge zu Handlungsstrategien deutlich erleichtern. Es ist eben nicht so geheim und verschworen, wie es scheint. Einblicke in diese Szene sind möglich, auch neue Erscheinungsformen sind erkennbar, die Propaganda der Szene gar nicht so tiefgründig und argumentativ geschlossen, wie meist vermutet. Dies ist wichtig zu vermitteln.

Eine Folge dieser Entzauberung und Entmystifizierung kann manchmal sein, dass die Betroffenen im Umgang mit dem Phänomen Rechtsextremismus Selbstsicherheit gewinnen und eine höhere Motivation zeigen, jetzt auch dagegen etwas tun zu wollen.

Für all diese diskutierten Facetten kann eine Veranstaltung zu rechtsextremer Jugendkultur, Symbolik und Codes hilfreich für die Einschätzung und Bearbeitung konkreter Problemlagen sein. Was ist aber in dem eingangs genannten Beispiel schief gelaufen? In den meisten Fällen findet sich schlicht eine falsche Erwartungshaltung an diese Art von Informationsveranstaltungen. Denn sie soll helfen, rechtsextremistische Erscheinungsformen zu erkennen, das Problem plastischer und damit greifbarer darzustellen. Sie dient also vor allem dazu, für das Problem zu sensibilisieren oder, sollte es bereits Vorfälle gegeben haben, diese besser einschätzen zu können. Informationsveranstaltungen fördern darüber hinaus die Bereitschaft, sich zu engagieren und sind somit ein Ausgangspunkt, für die Planung weiterer konkreter Handlungsschritte. Allerdings ersetzt die Planung und Durchführung von solchen Informationsveranstaltungen nicht den aktiven Schritt auf dem Weg zur Lösung des Problems. Dieser beginnt erst, wenn aus den hier gewonnenen Erkenntnissen auch praktisches Handeln folgt und hier kann dann die weitere Beratung anknüpfen.

Helge von Horn ist freier Berater und Soziologe. Sein besonderes Interesse gilt den Strategien und Erscheinungsformen der rechtsextremen Szene, wozu er in den letzten Jahren bei zahlreichen Veranstaltungen oben genannter Art referiert hat.

Literatur:

Agentur für soziale Perspektiven e.V. (Hrsg.): Das Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codesvon neonazistischen und extrem rechten Gruppen. Berlin 2009.

Die Bedeutung der Opferperspektive für die Beratungsarbeit

„Das hatten wir gar nicht im Blick. Uns ging es nur darum, die rechte Szene da irgendwie weg zu kriegen. An die davon betroffenen Opfer hatten wir gar nicht gedacht", bewertet ein Bürgermeister selbstkritisch den Prozess der Auseinandersetzung einer kleinen Gemeinde mit dem Auftreten rechtsextremer Akteure.

Besonders an dieser Feststellung ist nicht die Erkenntnis selbst – sie beschreibt vielmehr den Regelfall. Bemerkenswert ist vielmehr die Offenheit und Sensibilität, die hier in der Reflektion eines in einer Kommune verantwortlichen Schlüsselakteurs deutlich wird. Denn gerade ein Perspektivwechsel, der die Bedürfnisse potentieller Opfer wahr- und ernst nimmt, die von dem die Menschenrechte verletzenden Dominanzgebaren der extremen Rechten, betroffen sind, fällt vielerorts schwer. [1]

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus[2] bleibt in der Regel auf die Auseinandersetzung mit den Handlungen der Akteure der extremen Rechten reduziert. Bei der Entwicklung von Strategien zum Umgang mit Rechtsextremismus wird vor allem von den Beobachtungen, Analysen und Bewertungen bezüglich der rechten Täter ausgegangen. Selten steht die Frage im Raum, was diejenigen brauchen, die sich von rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Anfeindungen bedroht fühlen.
Gelingt es, die Akteure der extrem rechten Szene von prominenten Plätzen zu prominenten (Fest-) Zeiten zu vertreiben, besteht die Gefahr, dass sich die Schlüsselfiguren der Zivilgesellschaft erleichtert zurücklehnen. Die Gefahr des Imageschadens scheint gebannt. Übersehen wird dabei häufig, dass es den rechten Akteuren zwischenzeitlich möglich war, Räume zu besetzen und den Aktionsradius einiger in der Gemeinde lebender Menschen dauerhaft einzuschränken, da diese ganz konkret unter der rechten Dominanzkultur leiden.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung von Handlungsoptionen in Kommunen und Institutionen, die von rechtsextremen Erscheinungsformen betroffen sind, scheint die Rahmung zu sein, die die Schlüsselakteure[3] vornehmen. Begreifen sie das Geschehen als einen grundsätzlichen Angriff auf das Demokratie und Menschenrechte bejahende Zusammenleben der Gemeinde, werden sie schnell erkennen können, wie wichtig es ist, sich eindeutig zu der Vielfalt in der Kommune zu bekennen und Wege zu finden, damit sich alle vor Ort lebenden Menschen sicher fühlen können bzw. wahrzunehmen, welche Bedürfnisse die potentiell Betroffenen haben.

Ganz anders wird sich die Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus darstellen, wenn Schlüsselakteure die Auseinandersetzung mit dem Verhalten der rechtsextremen Akteure in den Mittelpunkt ihrer Beschäftigung stellen. Die Bewertung der Handlungen – die ganz im Sinne der rechtsextremen Strategie entsprechend doppelbödig und „nachbarschaftsfreundlich" anmuten können – kann viel Aufmerksamkeit binden und im schlimmsten (leider immer wieder zu bemerkenden) Fall[4] zu einer zusätzlichen Schwächung, Gefährdung und Vertreibung der Opfer führen.

Nämlich beispielsweise dann, wenn die rechtsextremen „Feldmarkierungen" (durch Graffitis und „Spuckis") von vielen übersehen, die Übergriffe gegen einzelne, die sich kritisch mit dem Auftreten rechter Symbolik auseinandersetzen, bagatellisiert und damit toleriert werden und zunehmend die von den rechtsextremen Verhaltensweisen konkret geschädigten Menschen als „Problem(anzeiger)" und damit nicht selten als „Nestbeschmutzer" wahrgenommen und entsprechend allein gelassen werden. Nicht selten bleibt den Betroffenen in diesen Fällen nur der Wegzug aus der Gemeinde.

Eine täterfixierte Herangehensweise verengt den Blick, schadet den von den Ausschlusskriterien der extremen Rechten Betroffenen und lähmt zivilcouragiertes Handeln. Den einzigen Nutzen haben die rechtsextremen Akteure. Denn sie behalten die Deutungsmacht über das Geschehen und seine öffentliche Wahrnehmung. Es scheint daher sehr wichtig, dass externe Berater, die Beratungsnehmer entsprechend bei der Rahmung des Geschehens unterstützen und sie dafür sensibilisieren, inklusiv und die Bedürfnisse aller in der Kommune lebenden oder die Institution besuchenden/nutzenden Menschen wahrnehmend vorzugehen.

1 Siehe hierzu bspw. Frank Jansen: Löschen, bevor es brennt. Zum Umgang mit rechtsextremen Gewalttaten in der Kommune. In: Molthagen/Korgel (Hrsg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin 2009, S. 47-59, download: www.fes.de/rechtsextremismus/inhalt/mat/htm
2 Es erscheint uns an dieser Stelle wichtig, aus die wissenschaftliche Diskussion des Rechts-Extremismusbegriffs zu verweisen. Ein Effekt dieser Begriffsverwendung ist nach Liebscher und Schmidt die Nicht-Thematisierung der nationalsozialistischen Ideologeme und die Reduktion von Rechtsextremismus auf ein Jugend- und Gewaltproblem, woraus Folgen für die Entwicklung von zivilgesellschaftlichem Engagement resultieren. Vgl. dazu Liebscher/Schmidt, Grenzen lokaler Demokratie. Leipzig 2007
3 vgl. in diesem Zusammenhang: Klemm/Strobl/Würtz: Die Aktivierung einer demokratischen Stadtkultur – Erfahrungen von zwei Kleinstädten im lokalen Umgang mit Rechtsextremismus. In: Klärner/Kohlstruck, Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn 2006, S. 116-140,

Im Folgenden werden wir versuchen, diesen Prozess beispielhaft an der Beratung von Schulen zu verdeutlichen.

Was bedeutet Opferperspektive für die Beratungsarbeit?

Vorrangiges Ziel bei der Beratungsarbeit ist der Opferschutz, d.h. der Schutz derer, die von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit betroffen sind.
Häufig stehen die Opfer bei Beratungsanfragen jedoch nicht im Vordergrund des Interesses. Vielmehr sind die Anfragen durch die beschriebene Täterfixierung gekennzeichnet. In der Beratungsarbeit an Schulen zeigt sich dies beispielsweise darin, dass durch Friedhofschändung straffällig gewordene Schüler, die rechtsextremen[5] Strukturen vor Ort, oder durch rechte Sprüche auffällig gewordene Jugendliche im Mittelpunkt stehen.

Die meisten Schulen, die wir in unserer Beratungsarbeit beraten haben, reagieren betroffen und schockiert darüber, dass an ihrer Schule solche Entwicklungen vorhanden sind. Zuvor wenig beachtete kleine Hinweise, die zeigen, dass manche Schüler/innen der Schule rechtsextremes Gedankengut attraktiv finden, werden nun mit anderen Augen betrachtet. Verständlicherweise will die Schulgemeinde solche Entwicklungen so schnell wie möglich stoppen, verliert dabei jedoch aus dem Blick, dass rechtsextreme, rassistische, antisemitische und menschenfeindliche Entwicklungen immer auch Opfer hervorbringen. Bestimmte Strukturen an der Schule sind für manche Schüler/innen nichts Neues und die Begegnungen mit Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit gehören für sie zum Schulalltag.

Es gibt Orte, an welchen Schüler/innen täglich Situationen erleben, in welchen sie rassistischen Bedrohungen ausgesetzt sind. Für diese Jugendlichen gibt es Orte bzw. Angsträume, an denen sie sich bedroht fühlen, ob auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, in bestimmten Kneipen, auf Festen usw. – Angsträume sind dadurch gekennzeichnet, dass sie beweglich sind und sich verändern können, sie können große Areale sein oder begrenzte Orte wie in einer Straßenbahn und sie sind nicht an zeitliche Abschnitte gebunden.[6]

Vor allem aber sind sie für Menschen, die nicht durch Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit akut bedroht sind, nicht sichtbar. Es ist daher wichtig, dass die vor Ort aktiven aber ratsuchenden Akteure durch das begleitende Beratungsteam darin unterstützt werden, ihre Täterfixierungen wahrzunehmen, diese zu überdenken und sich vor allem auch der Perspektive der potentiell Betroffenen zuzuwenden. „Ich brauche einfach einen Berater, der mir hilft, diesen blinden Fleck zu erkennen und mich ermuntert, ein Ohr für die Opfer zu entwickeln und entsprechend auf sie zuzugehen", erklärt der (oben erwähnte) Bürgermeister.

Wie also kann hier Opferschutz aussehen?

Aus dieser Perspektive halten wir es für zentral, in der Beratungsarbeit den Blick (der Beratungsnehmer) auf die Opfer zu lenken und eine Auseinandersetzung mit Opferrealitäten anzuregen. Wird von den Beratungsnehmern festgestellt, dass es vor Ort rechtsextreme, rassistische, antisemitische und menschenfeindliche Entwicklungen gibt, wird häufig gefragt, welche Schüler/innen das genau betrifft, ob man dem sanktionierend begegnen sollte oder wie man die Jugendlichen bekehren könnte.

Viel zentraler ist jedoch die Frage danach, ob es Menschen gibt, die sich durch diese Entwicklungen bedroht fühlen. Gibt es Opfer und wie können diese geschützt werden? Um aktiven Opferschutz zu betreiben, müssen Opfer jedoch nicht für alle sichtbar werden. Opferschutz muss vor allem die Gewährleistung von Anonymität bedeuten.

Wird beispielsweise Antisemitismus an einer Schule festgestellt, kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass es keine Betroffenen gibt, auch dann nicht, wenn nicht bekannt ist, ob jüdische Jugendliche die Schule besuchen. Einerseits muss die Wahrnehmung, dass es keine Schüler/innen mit jüdischem Hintergrund gibt, nicht unbedingt der Realität entsprechen. Andererseits betreffen Diskriminierungen jeglicher Art die gesamte Schule und nicht nur einzelne Opfergruppen. Es sollte daher also nach Wegen gesucht werden, Verletzungen und Bedrohungen sichtbar zu machen und diese Verletzungen und Bedrohungen zu stoppen. Dabei können sich auch Lehrer/innen bedroht fühlen und Schutz benötigen.

Im konkreten Beratungszusammenhang kann die Frage danach, ob es Ansprechpartner für betroffene Personen in der Schulgemeinde gibt, ein erster Schritt sein, Opferrealitäten wahrzunehmen. Gibt es Menschen, an die sich Betroffene wenden können? Wichtig dabei ist, dass den

4 siehe beispielsweise die Reportage von Cigdem Akoyl: Tief im Westen„In: tageszeitung 21.1.2010, und auch Jansens (siehe Fußnote 1) Beschreibung des „Fall Zerbst", S. 48-50
5 Begrich und Weber gemäß ist gefährdet, „wer von den Normvorstellungen rechtsextrem motivierter Akteure abweicht, unabhängig vom Aufenthaltsort. Dabei ist es sekundär, ob vor Ort eine organisierte rechtsextreme Szene tatsächlich existiert. Rechtsextreme und fremdenfeindliche Straftaten können auch von Personen ausgehen, die nicht den subkulturellen oder organisierten Strukturen des Rechtsextremismus angehören, aber sehr wohl die rassistischen Ressentiments teilen.", zitiert nach Begrich/Weber: Warum Angsträume mehr sind als `No-Go-Areas ´. In: Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt 2007, S. 264-271, S.265

Betroffenen der Subjektstatus nicht aberkannt werden darf. Opfer dürfen nicht dazu gezwungen oder gedrängt werden, über ihre Erfahrungen zu sprechen. Nötig ist eine Struktur, die es ihnen ermöglicht, über ihre Erfahrungen zu sprechen wenn sie es wünschen und in der Rahmung, die sie brauchen. Darüber hinaus erscheint es wichtig, das Auftreten von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierungsgeschehen zum Anlass zu nehmen, sich als (Schul-) Gemeinde aktiv eines inklusiven, Vielfalt und Demokratie schätzenden Miteinanders zu versichern und gemeinsam Wege für einen aktiven Menschenrechtsschutz zu entwickeln. Auch um darüber sicher zu stellen, wer die Deutungshoheit über die Normen des Zusammenlebens vor Ort hat.[7]

Dies kann – unter dem Eindruck rechtsextremen Hegemonialstreben und der Entwicklung von Dominanzräumen – umso wichtiger sein: Vielerorts stellen sich rechtsextreme Akteure als hilfsbereite Nachbarn dar, werden akzeptiert und führen dabei für manchen Beobachter sicher zunächst kaum wahrnehmbar ein, wem sie ein hilfsbereiter Nachbar sein werden und wessen Positionen, wessen Sein und Lebenskonzept sie die Existenzberechtigung absprechen und durch entsprechende Einschüchterungen zu vertreiben suchen.
Gelingt es bei der Auseinandersetzung nicht, die Täterfixierung zu überwinden und die Analyse aus einem konsequent die Opferperspektive beachtenden Fokus zu betreiben, besteht die Gefahr, dass diskriminierende, menschenverachtende Positionen reproduziert und Gewöhnungseffekte bewusst oder auch unbewusst ausgeblendet werden. Wichtig ist dabei, aus welcher/wessen Perspektive ein gewaltförmiges (=die Würde eines Menschen verletzendes) Geschehen zu bewerten ist. In diesem Kontext kann es hilfreich sein, sich folgenden Fragen kritisch zu stellen:

Wie sinnvoll ist es, den „Sprücheklopfer" (sei er nun ein Jugendleiter im Sportverein oder ein bildungspolitischer Sprecher einer demokratischen Partei) definieren zu lassen, ab wann seine rassistischen Bemerkungen ernst gemeint sind oder nur im Spaß gesagt worden sind?

Wem nutzt es, wenn die Zuschauenden (Vereinsmitglieder, Vorstände, Lehrkräfte, Parteifreunde oder Medienöffentlichkeit) genau diese Frage: *„wie hat er/sie es denn genau gemeint"* diskutieren?

Welche Wirkung werden all diese sehr bekannten Rituale für die von dieser ausgrenzenden, die Menschenrechte verletzenden Handlung Betroffenen haben?
Und – letzte Frage – welchen Schaden nimmt die Zivilgesellschaft währenddessen?

Konsequenter Opferschutz meint daher auch, diskurssensibel bei der Bewertung von menschenverachtenden Aussagen und Verhaltensweisen zu sein.

Im Kontext von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit leiden Betroffene häufig unter Relativierung, Verharmlosung oder Nivellierung ihrer Erfahrungen. Im Blick auf Erfahrungen, die Betroffene schildern, gehen wir davon aus, dass sie diejenigen sind, die die Definitionsmacht über das Geschehene haben. Das bedeutet, dass sie entscheiden, wann für sie eine Verletzung beginnt und wie sie diese empfinden.

Macht sich eine Schulgemeinde oder eine Gruppe von engagierten Lehrkräften auf den Weg, rechtsextremen Entwicklungen nachzugehen und diese entsprechend zu bekämpfen, kann im Rahmen des Beratungsprozesses durch Workshops und Trainings der Blick dafür erweitert werden, Opferperspektiven bzw. ihr Fehlen wahrzunehmen. Durch bestimmte Methoden kann die Opferperspektive eingebracht und ein Perspektivwechsel erzeugt werden, der innere Dilemmata erzeugt und dadurch vermitteln kann, vor welchen Entscheidungen Betroffene stehen können und auf welche Art Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit ihr Leben bestimmen. [8]

Beratungsarbeit gegen rechtsextreme, rassistische, antisemitische und menschenfeindliche begründete Diskriminierung ist in dem hier beschriebenen Sinne demnach parteilich. Und zwar in der Hinsicht, dass sie die Interessen und Bedürfnisse von potentiell Betroffenen immer im Blick behält und sich darum bemüht, Opferperspektiven sichtbar zu machen. Insbesondere dann, wenn diese nicht mit am Tisch sitzen oder deren Bedürfnisse von den Beratungsnehmern nicht wahrgenommen werden. Dies bedeutet auch, im Beratungsprozess danach zu fragen, wo eigene Anschlüsse der Beratungsnehmer an rechtsextreme Normalisierungstendenzen zu finden sind und inwieweit an der Schule oder in anderen Institutionen oder Kommunen solche Tendenzen reproduziert werden.

Für die Definition von gelungener Beratung bedeutet dies, dass Beratung gelungen ist, wenn sich für die Opfer von Rechtsextremismus, Ras-

6 siehe in diesem Zusammenhang auch die Empfehlungen von Jansen (Fußnote 1), S.56, sowie Lorenz Korgel: Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken: Gemeinwesenentwicklung und (Re-)Demokratisierung des öffentlichen Raums. In: Molthagen/Korgel 2009, S. 251-266
7 Eckmann, Monique: Rassismus und Antisemitismus als pädagogische Handlungsfelder. In: Fritz Bauer Institut/Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.): Neue Judenfeindschaft? Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus. Frankfurt 2006, S. 210-232

sismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit etwas ändert. Für die Dauer eines Beratungsprozesses bedeutet dies, dass dieser keine kurzfristige Intervention sein kann, sondern genügend Zeit in Anspruch nehmen darf und nachhaltig sein sollte.

Tami Ensinger und Christa Kaletsch sind Mitarbeiterinnen des Beratungsteams der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank e.V. in Frankfurt

Literatur:

Begrich, David /Weber, Thomas: Warum Angsträume mehr sind als `No-Go-Areas´. In: Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt 2007, S. 264-271

Eckmann, Monique: Rassismus und Antisemitismus als pädagogische Handlungsfelder. In: Fritz Bauer Institut/Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.): Neue Judenfeindschaft? Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus. Frankfurt 2006, S. 210-232

Jansen, Frank: Löschen, bevor es brennt. Zum Umgang mit rechtsextremen Gewalttaten in der Kommune. In: Molthagen, Dietmar/Korgel, Christian (Hrsg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin 2009, S. 47-59

Klemm, Jana/ Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie: Die Aktivierung einer demokratischen Stadtkultur – Erfahrungen von zwei Kleinstädten im lokalen Umgang mit Rechtsextremismus. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn 2006, S. 116-140,

Korgel, Lorenz: Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken: Gemeinwesenentwicklung und (Re-)Demokratisierung des öffentlichen Raums. In: Molthagen/Korgel 2009, S. 251-266

Liebscher, Doris/Schmidt, Christian: Grenzen lokaler Demokratie. Leipzig 2007

Beratung und Unterstützung von Sportvereinen im Umgang mit Rechtsextremismus

1. Erscheinungsformen von Rechtsextremismus im hessischen Sport

Eine Mutter mit türkischem Migrationshintergrund ruft beim Hessischen Fußball-Verband (HFV) an und fragt, ob dem HFV bekannt sei, dass in dem Verein X, indem ihr Sohn Fußball spiele, ein hoher NPD-Funktionär als Jugendtrainer tätig ist. Sie sorge sich um das Wohl ihres Kindes und auch andere Eltern seien verunsichert. Der HFV meldet sich darauf beim Projekt „Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus im Sport“ (MITS) der Sportjugend Hessen. Von Projektseite erfolgt eine Kontaktaufnahme mit dem Verein und der Beratungsprozess beginnt.

Ein anderer Fall: In einer Gemeinde lebt ein rechtsextremer, gewalttätiger junger Mann, der mit seinen Freunden zu „Gaskammerpartys“ einlädt. Der Einladung folgen zahlreiche junge Menschen aus der Gemeinde und der Umgebung – die Gäste kommen auch aus den ansässigen Sportvereinen. Die Gemeinde – und speziell die dortige Bürgerinitiative - wird durch ein Mobiles Beratungsteam des Beratungsnetzwerks Hessen über einen längeren Zeitraum begleitet. Die Sportjugend Hessen unterstützt den Beratungsprozess über die Einbeziehung der Sportvereine sowie die gemeinsame Planung und Durchführung von Sport- und Musikfestivals.

Weitere Beratungsanlässe: Zwei Spieler kommen mit Trikotnummern „88“ und „28“ ins Training bzw. zu den Spielen. Die beiden Vereine wissen nicht, dass beide aus der rechtsextremen regionalen Szene kommen. Mit welchen Zielen, Inhalten und Methoden kann hier eine Beratung erfolgen?

Im Folgenden wird zum einen beschrieben, wie Beratungsprozesse bei „Fällen“ von Rechtsextremismus in Sportvereinen ablaufen. Zum anderen werden sportspezifische Hintergründe beleuchtet – inklusive der Chancen und Barrieren, die es bei der Beratung von Sportvereinen zu beachten gilt.
Um die Beratungsarbeit zu erläutern, wird in einem ersten Schritt das Projekt „MITS“ vorgestellt.

2. Das Projekt „Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus im Sport“ (MITS)[1] der Sportjugend Hessen

Das Projekt MITS wurde 2007 im Rahmen des Programms „kompetent. Für Demokratie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gestartet. Die Sportjugend Hessen ist im „beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“[3] organisiert – das Projekt versteht sich als Teil des Beratungsnetzwerks.

<u>Es wurden folgende Projektziele formuliert:</u>

- Stärkung der Demokratie und einer Kultur der Anerkennung und Gleichwertigkeit in den Vereinen
- Stärkung der Werte des Sports (Fair Play auf allen Ebenen)
- Unterstützung bei der interkulturellen Öffnung der Vereine (Umsetzung „Sport für alle“ – auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund)
- Lokale Nachverfolgung von rechtsextremistischer De-Eskalation und Nachbereitung von Konflikten mit rassistischem, antisemitischem und/oder rechtsextremistischem Hintergrund im Kontext kritischer Fußballspiele
- Beratung von Vereinen, Sportkreisen und Verbänden zu den Themen Diskriminierung/ Rechtsextremismus/Rassismus/Antisemitismus (Prävention).

<u>Die Umsetzung der Ziele erfolgt durch:</u>

- Beratung von hessischen Vereinen nach Vorfällen, d.h. zum Beispiel Einsatz von Instrumenten wie Satzungsergänzung, gemeinsame Erklärung gegen Rechtsextremismus, Trainer-Kodex, Demokratische Hallen- und Sportplatzordnung, Mustermietvertrag für Vereinsgaststätten (…)
- Durchführung von Schulungen, z.B. für Trainer/innen und Vereinsbetreuer/innen
- Durchführung von Sportveranstaltungen mit entsprechendem Rahmenprogramm (z.B. Mitternachtssport gegen Rechtsextremismus, Sport- und Kulturfestivals)
- Durchführung von diversen Präventionsmaßnahmen bei Vereinen, Verbänden

1 Vgl. http://www.sportjugend-hessen.de/Gegen-Rechtsextremismus.194.0.html
2 Vgl. http://www.kompetent-fuer-demokratie.de
3 Vgl. http://www.beratungsnetzwerk-hessen.de

- Vorträge bei Veranstaltungen (z.B. beim Deutschen Präventionstag)
- Qualifikation und Fortbildung der Sportjugend-Berater/innen und regelmäßige Projekt-Teamtreffen mit Super- und Intervision
- Qualitätssicherung durch Erstellung von Falldokumentationen, Situations- und Ressourcen analysen, (Selbst)Evaluationen, Klientenbewertungen
- Teilnahme an der wissenschaftlichen Begleitung der Bundesprogramme.

Finanzierung

Das Projekt MITS wurde von 2007-2010 durch das Programm „kompetent. Für Demokratie" des BMFSFJ und ab 2011 über das Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken" des BMFSFJ gefördert.

3. Beratung von Sportvereinen und Sportverbänden

3.1 Unterscheidung in Prävention, Früherkennung und Beratung bei Vorfällen

Für die Begleitung von Sportvereinen und Sportverbänden im Umgang mit Rechtsextremismus bietet sich die Unterscheidung in die Bereiche (Primär-)Prävention, Früherkennung und Intervention/Beratung an. Welcher Fokus bei einer Maßnahme eingenommen wird, hängt im Wesentlichen von der regionalen „Belastung" mit Rechtsextremismus und der bisherigen Betroffenheit des Vereins von rechtsextremen Vorkommnissen ab.

(Primär-)Prävention

Liegt ein Verein in einer nicht oder wenig „belasteten" Region und besteht kein eigener Vorfall, kann von einer reinen Präventionsmaßnahme gesprochen werden. In diesem Bereich wird das Projekt MITS in der Regel von einem engagierten Vereins-(führungs) Mitglied gebeten, z.B. eine Info-Veranstaltung zu den aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu halten. Hierbei steht die reine Information und Sensibilisierung der Vereinsmitarbeiter/innen und Mitglieder im Vordergrund.
Eine wesentliche Barriere, einen präventiven Info-Abend o.ä. durchzuführen, besteht in der Befürchtung viele Vereinsführungskräfte, Mitglieder oder Außenstehende könnten annehmen, der Verein habe es „besonders nötig". Hier bieten thematische landes- oder bundesweite Aktionstage oder –Wochen sowie andere, öffentliche Anlässe eine gute Möglichkeit für Vereine, sich „präventiv" anzuschließen.

Früherkennung

Im Bereich der Früherkennung geht es bei der Zusammenarbeit mit Vereinen hingegen bereits um das Erkennen von regionalen rechtsextremen Erscheinungen sowie die Vermittlung von Hintergründen. Es handelt sich hierbei um Vereine, die nicht direkt von einem internen Vorfall (wie z.B. ein rechtsextremer Trainer) betroffen sind, wohl aber zum Beispiel in einem „Einzugsgebiet" einer rechtsextremen Clique liegen. Neben der Vermittlung von Informationen zu der betreffenden Szene und deren meist vorhandenen Vernetzungen geht es darum, den Verein darin zu bestärken, ein klares Votum für Demokratie und Gleichwertigkeit aller Menschen abzugeben.
Die Trainer/innen sollten in Kontakt zu ihren Jugendlichen treten und sie fragen, ob sie bereits angesprochen wurden, ob sie Kontakt zu rechtsextremen Gruppen haben etc. Ziel muss es hierbei sein, dass sich alle Jugendlichen an die – ggf. erst nach einer eingeleiteten Vereinbarung explizierten - Regeln halten. In einigen Fällen ist es auch notwendig, attraktive Beteiligungsmöglichkeiten und Sportangebote für junge Leute im Verein einzurichten sowie jugendgerechte Veranstaltungen durchzuführen. Sie bieten dann eine Alternative zu den Angeboten der rechtsextremen Szene.

Beratung bei konkreten Vorfällen

Wenn es einen konkreten vereinsinternen rechtsextremen Vorfall oder Anlass gibt, wird mit dem Verein eine Beratung vereinbart. Hier steht zunächst der Umgang mit der u.U. brisanten Situation im Vordergrund, insbesondere wenn die Medien bereits auf den Fall aufmerksam geworden sind. Alle Beteiligten stehen unter Umständen aufgrund der eingetretenen Situation unter Stress. Dies gilt auch, wenn „das Problem" vereinsintern noch nicht als solches wahrgenommen wurde und der Berater/die Beraterin das Problem an den Verein heranträgt. Es besteht im Verein eine hohe Handlungsunsicherheit, der begegnet werden muss.

Im Verlauf der Beratung können alle Instrumente wie Satzungsergänzungen und Erklärungen des Vorstands, Elternbriefe etc. zum Einsatz kommen. Es können Sportangebote konzipiert werden, die markieren, wofür der Verein steht und wofür nicht. Zudem steht im Zentrum häufig die Frage „rausschmeißen – ja oder nein?" Hier müssen Berater/innen und Verein belastbare Wege finden. In der Regel sollte versucht werden, junge Leute mit noch ungefestigtem rechtsextremen Hintergrund und noch keiner festen Einbindung in die Szene im Verein zu halten. Hierzu bedarf es jedoch der Kooperation mit Jugendhilfe oder anderen Projekten bzw. Fachstellen[4]. Die Berater/innen können den Prozess begleiten, Anregungen geben, Kontakte herstellen, Fachpersonal ansprechen etc., jedoch nicht dauerhaft die (Beziehungs-)Arbeit vor Ort leisten. In vielen Fällen geht es um Anerkennung und Beziehungsaufbau, um Vertrauen und Zuhören. Hier können die Trainer wichtige Partner sein, stoßen aber auch an ihre Grenzen und müssen von professioneller Seite unterstützt werden.

Wenn ein Funktionsträger (Trainer, Vereinsvorsitzender,…) einen gefestigten rechtsextremen Hintergrund hat, sollte er seiner Funktion im Verein enthoben werden. Gibt es hier Widerstände von Vereinsseite, kann auf Beispiele aus dem Sport verwiesen werden, in denen die Vereine massive Image- und Mitgliederprobleme bekamen und die Medien bundesweit berichteten. Der Druck kann zudem durch die Drohung der Dachverbände (LSB, DOSB, DFB etc.) bzgl. Ausschluss des betreffenden Vereins erhöht werden.

Es sollte jedoch versucht werden, derlei hohe Eskalationen zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es wichtig, den Vereinsvertretern nicht als Gegner gegenüber zu stehen, sondern um Vertrauen zu werben und zu zeigen, dass man die Arbeit des Vereins sehr schätzt (Empowerment) und dass einem nicht daran gelegen ist, dem Verein zu schaden – im Gegenteil. Dieses Anliegen muss authentisch kommuniziert werden!

3.2 Grundsätze der Beratung

Die Beratung von Sportvereinen und Sportverbänden im Umgang mit Rechtsextremismus ist voraussetzungsvoll und kann nicht mit einfachen Forderungen wie beispielsweise dem Ausschluss eines rechtsextrem orientierten Trainers erfolgen. Im Folgenden werden einige Grundsätze von Beratung vorgestellt.

Berater/innen in diesem Feld befinden sich in einem Dilemma. Einerseits steht „der Kunde" (die Vereine) mit ihren Anliegen im Mittelpunkt der Beratung. Doch nicht immer teilen die Vereine die Anliegen der Berater/innen, die im Auftrag von Institutionen und (Bundes-) Programmen agieren und das Ziel verfolgen, Rechtsextremismus zu bekämpfen. Vereinsvertreter/innen haben zum Beispiel Angst vor Image- und Mitgliederverlust, wenn das Thema im Verein publik wird. Oft ist ihnen die Beratung - zumindest zunächst - unangenehm und es bestehen diverse Widerstände, es zu bearbeiten.

Die Zielvereinbarung

Um das beschriebene Dilemma zu lösen, versuchen die Berater/innen mit den Vereinen Zielvereinbarungen zu erarbeiten, in denen die Interessen aller Beteiligten zusammengeführt werden. Zielvereinbarungen helfen zudem, sich während des Beratungsprozesses immer wieder rück zu versichern, ob man noch die richtigen Maßnahmen durchführt und schließlich kann man am Ende der Beratung den Erfolg daran messen, ob die gemeinsamen Ziele erreicht wurden. Ob eine Beratung erfolgreich war, bestimmt letztlich nur der Verein!

Voraussetzungen für einen Beratungsauftrag

Externe Berater/innen werden von den ehrenamtlichen Vereinsmitarbeiter/innen zunächst oft als Bedrohung erlebt. Um einen Beratungsauftrag zu erhalten, ist es daher wichtig, dass die Berater/innen in einem offen-moderierenden Prozess die Beweggründe der Beteiligten kennen und verstehen lernen. Wie voraussetzungsvoll Beratung in Sportvereinen ist, wird auch durch die Tatsache deutlich, dass Sportvereine in der Regel nicht selbst auf Berater/innen oder Projekte zugehen, um sich Hilfe im Umgang mit Rechtsextremismus zu holen. Im Gegenteil, die Fälle werden von außen – z.B. über die im beratungs-Netzwerk hessen organisierten Institutionen dem Projekt MITS der Sportjugend Hessen zugeleitet.

Vereine als zivilgesellschaftliche Akteure stärken

Ein wichtiger Ansatzpunkt für die Beratungsarbeit ist die positive Umformulierung der Ziele, die man gemeinsam erreichen will. Hierbei reichen Allgemeinplätze wie „eine gute Vereinsjugendarbeit fördern", „die Gemeinschaft im Verein stärken" oder „das ehrenamtliche Engagement unterstützen" nicht aus, denn diese Ziele verfolgen auch rechtsextrem agierende Personen. Zur Stärkung der Vereine gehören ebenfalls die Frage nach der im Verein gelebten Demokratie sowie die Stärkung der aktiven und gewollten Beteiligung von jungen Leuten am Vereinsleben sowie an Entscheidungsprozessen (Teilhabe).

Wenn ein Verein im Beratungsprozess z.B. seine Satzung ergänzt oder eine gemeinsame Erklärung gegen Extremismus[5] beschließt, sollte auf keinen Fall der Aspekt fehlen, dass der Verein einen „Sport für alle", insbesondere auch für Personen mit Migrationshintergrund anbietet. Jede Form von

Rassismus und Diskriminierungen – sei es auf dem Platz, in der Halle, im Vereinsheim oder in den Umkleidekabinen sind daher zu untersagen. Auch sollten verbindliche Regeln vereinbart werden, was bei Zuwiderhandlung zu unternehmen ist. Es muss nach Innen gegenüber den Mitgliedern und Außen gegenüber der (Wohn-)Bevölkerung deutlich gezeigt werden, wofür der Verein eintritt.

Opferperspektive einführen

Im Sinne eines Perspektivwechsels kann es in einer Beratung auch sinnvoll sein, die Opferseite zu betrachten. Kommen manche (jungen) Leute nicht in den Verein, weil sich herum gesprochen hat, dass sich dort Mitglieder einer rechten Clique aufhalten? Gibt es bereits Diskriminierungs- und/oder Gewalterfahrungen? Welche - oft verdeckten – Ausschlussmechanismen im Verein gibt es? Gibt es „Vertrauenspersonen", die angesprochen werden können oder gibt es Meckerkästen?

Werteklärung anleiten, Inhalte vermitteln, Regeln vereinbaren

Satzungsergänzungen oder gemeinsame Erklärungen sind nur zwei Beratungsinstrumente, die durch das Projekt MITS in den Vereinen Anwendung finden. Sie sind dann sinnvoll, wenn zunächst eine Werteklärung im Verein erfolgen soll. Da hier zu Beginn der Beratung oft die Führungskräfte des Vereins gefordert sind, werden diese Instrumente meist von den Vereinsvorständen erarbeitet und veröffentlicht.
Im Anschluss ist es oft sinnvoll, die Vereins-(jugend)betreuer/innen und Trainer/innen zu schulen. Nicht selten ist wenig Wissen über die Erscheinungsformen von Rechtsextremismus vorhanden. Jedoch reicht eine reine Wissensvermittlung über rechtsextreme Codes, Symbole und Kleidung nicht aus.
Die Vereinsmitarbeiter/innen sollten miteinander über das Thema ins Gespräch kommen und sich über den Umgang im Verein verständigen. Hierbei zeigt sich oft, dass unterschiedliche Meinungen bzgl. des Umgangs mit rechtsextremen Personen im Verein vorhanden sind. Viele Vereinsmitarbeiter/innen unterscheiden zwischen der Tätigkeit im Verein (als Trainer o.ä.) und der politischen Tätigkeit außerhalb des Vereins nach dem Motto: „Was die betreffende Person in seinem privaten oder beruflichen Leben tut, geht uns nichts an". Hier gilt es, als Berater/in eine Verständigung darüber herbeizuführen, wie sichergestellt werden kann, dass die Personen im Verein nicht ihre politische Gesinnung kundtun. Dies ist kein einfacher Aushandlungsprozess, der viel mediatives Einfühlungsvermögen von den Berater/innen erfordert.
Ein wichtiger Ansatzpunkt kann auch die Beratung der – meist besorgten – Eltern sein. Für sie ist entscheidend, dass ihr Kind im Verein gut aufgehoben ist und keiner rechtsextremen Propaganda bzw. Rekrutierungsversuchen ausgesetzt ist. Elternbriefe können manchmal dazu beitragen, die anstehende Auseinandersetzung im Verein zu fördern.

Auch größere Veranstaltungen, wie z.B. ein „Mitternachtssport gegen Rechtsextremismus" oder ein Sport- und Kulturfestival „Gemeinsam gegen Rechtsaußen" in Kooperation mit Bürgerinitiativen, Schulen, Jugendeinrichtungen, Kommunal- und Landespolitiker/innen sowie der Polizei können nicht nur Jugendliche, sondern auch Eltern und Vereinsmitarbeiter/innen stärken. Hier konnte das Projekt MITS in 2007 und 2010 mit insgesamt 2000 Teilnehmer/innen bereits große Erfolge verbuchen.

4. Chancen und Grenzen des organisierten Sports

Der organisierte Sport bietet durch seine vielen Sportvereine sowie seine vielen Mitglieder gute Möglichkeiten der Prävention und Beratung im Umgang mit Rechtsextremismus im Sport. Allerdings sollte stets darauf geachtet werden, dass ehrenamtliche Vereinsmitarbeiter/innen weder zeitlich noch inhaltlich überfordert werden.

Zu wenig Ehrenamtliche

Ein Hinderungsgrund einen – aus sportfachlicher Sicht - verdienten Jugendtrainer aus seinem Amt zu entfernen, kann auch darin begründet sein, dass Vereine stets zu wenig engagierte ehrenamtliche Mitarbeiter/innen haben und es größerer Anstrengungen bedarf, die Funktion neu zu besetzen. In der Beratung ist hier u.U. ein Vergleich mit einem Trainer, der Kindesmissbrauch begeht und aus dem Verein ausgeschlossen wird, angezeigt.

Kooperation mit professionellen Fachkräften und Initiativen

Wenn Probleme im Verein entstehen (oder von außen als solche identifiziert werden!), fühlen sich Vereinsmitarbeiter/innen nicht selten mit den daraus resultierenden Anforderungen überfordert. Es muss daher gut abgewogen werden, welche Ressourcen in dem jeweiligen Verein und außerhalb in der Gemeinde für die Bearbeitung des Falles zur Verfügung stehen. Hier ist eine Zusammenarbeit mit professionellen Kräften aus der Jugendarbeit und/oder mit Bürgerinitiativen etc. sinnvoll und notwendig, um eine Überforderung des Ehrenamtes zu vermeiden.

Vertraulichkeit und „Kümmerer"

Im Beratungsprozess ist es wichtig, im Verein Protagonisten für die Bearbeitung zu finden. Wenn es nicht die Führungskräfte selbst sind, sollten die Berater/innen mit dem Vorstand besprechen, welche Aufgaben der „vereinsinterne Kümmerer" hat und die Aktivitäten stets absprechen. Selbstverständlich muss auch hier zum einen die Vertraulichkeit gesichert sein und zum anderen eine größtmögliche Transparenz über die Ziele und Vorhaben im Verein hergestellt werden.

(Primär-)Prävention

Der organisierte Sport hat seine größten Stärken in der Primärprävention, d.h. viele Trainer und Betreuer vermitteln tagtäglich – ohne sich auf besondere Problemlagen zu beziehen – Werte wie Fair Play, Teamverständnis, Respekt, Umgang mit Niederlagen, soziale Kompetenz etc. Die Kinder und Jugendlichen verbringen mit ihrem Trainer/ihrer Trainerin teilweise mehr Zeit als mit ihren Eltern. Nichts desto trotz sind Sportvereine auch Spiegel der Gesellschaft und bieten damit die Möglichkeit der negativen Einflussnahme auf die Sozialisation der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Ein Verein tut also gut daran, von Zeit zu Zeit über sein „Leitbild" und seine Werte nachzudenken, über die Kommunikationskultur, die Abläufe, die Feste, das Ambiente des Vereinsheims etc. Hier können Berater/innen wesentliche Klärungs- und Unterstützungsleitungen erbringen.

5. Fazit

Die Beratung von Sportvereinen im Umgang mit Rechtsextremismus ist voraussetzungsvoll und bedarf qualifizierter Berater/innen, die sich sehr gut im organisierten Sport auskennen und ein großes Verständnis für die sportinternen Barrieren mitbringen (Verständnis heißt nicht Einverstanden sein!). Sie müssen versuchen, an das System Sportverein anschlussfähig zu sein und Schließungsprozesse, auch gegenüber der/dem Berater/in zu vermeiden.

Externen, sportfremden Berater/innen sind in der Regel diese speziellen Voraussetzungen nicht bewusst. Es ist daher dringend geboten, entweder eigene sportinterne Projekte wie MITS aufzubauen, wie dies beispielsweise zurzeit in den fünf „neuen" Bundesländern über das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe" des Bundesinnenministeriums (BMI) geschieht oder auf erfahrene Projekte zurück zu greifen, die es bereits außer in Hessen mit dem dargestellten Projekt „MITS" auch in Brandenburg, Thüringen und Niedersachsen gibt.

Die große Stärke der Sportvereine wird die Primärprävention im Kontext der Werte- und Demokratievermittlung bleiben. Hier gilt es, Vereinsmitarbeiter/innen über Aus- und Fortbildungen weiter zu qualifizieren und sie zu ermutigen, sich in den lokalen Netzwerken zu engagieren. Dies kann selbstverständlich nicht alles über Projektarbeit passieren, sondern bedarf einer Absicherung von Regelstrukturen – auch der örtlichen Jugendarbeit.

Angelika Ribler ist Referentin bei der Sportjugend Hessen und freiberuflicher Projektcoach im Institut für SportMediation und KonfliktManagement

Beratung von Eltern rechtsaffiner oder rechtsextremer Jugendlicher

1. Eltern mit Fragen – Eltern in der Krise

Im Zentrum der Elternschaft stehen die Beziehung der Eltern zu ihrem Kind und die Begleitung des Kindes durch Kindheit und Jugend ins eigenständige Erwachsenenleben. Zu den wohl unangenehmsten Seiten in der Begleitung des Kindes zählt die Vermutung oder Erkenntnis, dass sich der eigene Sohn oder die eigene Tochter rechtsextrem orientiert, in der rechten Szene bewegt oder in entsprechenden Gruppierungen aktiv ist. Wenn der Nachwuchs szenetypische Kleidung, Symbole oder Schriftzüge trägt, Musik mit einschlägigen Texten hört, Freunde aus dem rechtsextremen Umfeld hat, Demonstrationen der NPD besucht oder in Gesprächen eine menschenverachtende Meinung vertritt, gerät oft das Familiensystem ins Wanken. Manchmal dauert es, bis die rechtsextreme Orientierung auffällt, weil die Eltern sich nicht auskennen oder die Jugendlichen wissen, diese vorerst zu verheimlichen. Es kann auch sein, dass die Entwicklung ihnen zunächst nicht auffällt, weil die Eltern-Kind-Beziehung bereits durch andere Umstände belastet ist. Manchmal werden die Eltern durch Dritte darauf aufmerksam gemacht, „dass etwas nicht stimmt".
Ist dies jedoch als Sorge oder Problem erkannt, stellt sich zumeist die Suche nach den Ursachen ein. Da die Gründe rechtsextremer Orientierungen auch in der Familie vermutet werden, stellen sich viele Eltern Fragen nach der eigenen Verantwortung, nach Fehlern und Schuld. Mitunter befürchten sie solche Schuldzuweisungen durch Nachbarn, Lehrkräfte oder Verwandte. Häufig schämen sich die Väter und Mütter, haben Angst, reagieren dem Kind gegenüber mit Frust und Wut, sind gefangen im Spannungsfeld der Gefühle gegenüber einem vertrauten, geliebten und zugleich fremd werdenden Kind.
Eltern, die hier Verantwortung und Zuständigkeit übernehmen, versuchen diese Situation mit eigenen Mitteln zu verändern und eine Krise abzuwenden. Wenn eigene Bearbeitungs- und Lösungsversuche aber nicht fruchten, kann die Lage eskalieren und die Eltern können sich sowohl mit dem Kind, als auch untereinander langfristig zerstreiten. In solch ungünstigen Verläufen entwickelt sich ein Gefühl der Hilflosigkeit und die psychische Belastung wächst - z.T. sind die Erwachsenen nicht mehr arbeitsfähig. Hier drei Beispiele für entsprechende Situationsschilderungen:
„Ein Ehepaar teilt mit, dass ihre fünfzehnjährige Tochter sich seit über einem Jahr mit Skinheads trifft und seit mehreren Monaten bei einem rechtsextremen Skinhead wohnt. Ausländerfeindliche Äußerungen haben wiederholt zum Streit mit den Eltern geführt. Sie trage gechlorte Hosen, Springerstiefel und eine Harrington-Jacke, höre laute Musik mit derben deutschen Texten. Die Eltern sind verzweifelt."
„Der Sohn einer alleinerziehenden Mutter ist seit zwei Jahren Mitglied einer szenetypisch rechts gekleideten Gruppe und zuletzt auch öffentlich aufgefallen. Andere Mitglieder der Gruppe sind bereits wegen rechtsextremer Straftaten in Erscheinung getreten. Die Frau toleriert die Orientierung ihres Sohnes nicht und setzt sich seit zwei Jahren mit ihrem Sohn auseinander. Ihre Einflussmöglichkeiten und Kräfte sind erschöpft und sie sucht nach Unterstützung."
„Ein 16-jähriger Junge hat Kontakte zur rechten Szene und im letzten Jahr heimlich an einem Lager der „Jungen Nationaldemokraten" teilgenommen, seine Einstellung gegenüber der Mutter aber bis vor kurzem kaschiert. Nun hängt er NPD-Fahnen im Zimmer auf, beschäftigt sich mit rechtsextremer Literatur und tauscht sich in der Region und im Internet mit anderen Rechtsextremen aus. Seine Mutter ist ratlos, es gibt regelmäßige heftige Auseinandersetzungen. Sie hat Sorge, dass ihre Familie zerbricht."

1.1 Auf der Suche nach Rat

Die Erfahrung zeigt, dass es nicht leicht ist, vor Ort Informationen oder Gesprächspartner zu finden. Nicht immer gibt es vor Ort eine Initiative im Themenfeld Rechtsextremismus oder ein Mobiles Beratungsteam. Die Polizei interveniert bei konkreten Straftaten, führt gezielte Ansprachen gegenüber gefährdenden Personen durch und übernimmt z.T. auch kriminalitätspräventive Aufgaben, doch daraus resultierende familiäre Problemlagen zu bearbeiten, ist nicht ihr Auftrag. Das Jugendamt kann von der Erziehungsberatung bis hin zur Fremdunterbringung eine Vielzahl familiärer Unterstützungsformen vermitteln, bei denen aber Rechtsextremismus nicht im Fokus steht. Institutionen wie Schulen, Jugendarbeit tragen dazu bei, soziale und demokratische Kompetenzen zu entwickeln; Rechtsextremismus ist hier ein Thema der (politischen) Bildung. Fallen Jugendliche hier auf, kann relativ schnell ein Kontakt zu den Eltern hergestellt werden; als Ratgeber für die Eltern sehen sich die Lehr- und Fachkräfte aber eher selten. Gerade im Einstiegsprozess fühlen sich viele Institutionen oder Fachkräfte (noch) nicht zuständig (dafür müssen erst „andere Dinge" passieren oder es heißt: „das gibt sich wieder, das ist nur die Pubertät…"). Oft wissen sie nicht, wer hier unterstützen kann. Das Ergebnis: Die Eltern fühlen sich in ihren Fragen und Sorgen allein gelassen.
In Hessen können sich Eltern grundlegend an das „beratungsNetzwerk hessen" wenden, das dann kompetente Ansprechpartner vermittelt.[1]
Seit 2010 wird eine Elternberatung mit dem expliziten Themenfokus Rechtsextremismus durch den St. Elisabeth Verein e.V. Marburg (Sozialpädagogische Kinder- und Jugendhilfe) im Rahmen des Modellprojektes „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg" angeboten.[2]
Dieses Beratungsangebot steht allen Eltern offen, die bei ihren Kindern eine rechtsextreme Entwicklung bzw. Orientierung befürchten oder wahrnehmen. Die Beratung erfolgt landesweit, kostenfrei und unbürokratisch; ein Erstgespräch findet grundsätzlich innerhalb von zwei Wochen nach der Kontaktaufnahme statt. Beratungsgespräche sind tagsüber bis zum frühen Abend möglich. Es wird eine Beratung aufsuchend vor Ort oder in der Beratungsstelle angeboten. Die Beratung ist vertraulich und unterliegt dem gesetzlichen Datenschutz.

2. Elternberatung

Ziel der Elternberatung ist es, Eltern so zu unterstützen, dass sie ihre Elternfunktion (wieder) wahrnehmen, aktuelle Krisen und Gefährdungen bewältigen, Klarheit in der eigenen Position und Haltung entwickeln, die Beziehung tragfähig gestalten und ihre eigenen Ressourcen und Handlungsfähigkeit wiederherstellen und aufrecht erhalten. Die Beratung ist ein Angebot zur gemeinsamen Suche nach Strategien und Interventionen, welche z.B. dazu beitragen, die im Übertritt begriffenen Jugendlichen noch abzufangen, die Kontakte zur rechten Szene in ihrem Umfang und ihrer Bedeutung zu reduzieren, die Orientierungen zu irritieren und Gewalt zu vermeiden. Es gibt dabei keine Patentlösungen und der Einfluss auf Jugendliche hat Grenzen.
Manche Eltern suchen nur einmalig oder punktuell Rat, wünschen sich Informationen oder Materialien. Andere suchen einen intensiven Austausch, eine längerfristige Beratung und Begleitung. Eine begleitende Beratung folgt dabei entsprechend keinem festen Schema, die Entwicklungsverläufe sind prozesshaft und damit der jeweiligen Situationen angepasst. Dennoch gibt es Schwerpunkte und Typisches. In der Einstiegsphase steht die Klärung von Themen und des Beratungsauftrags im Vordergrund. Es erfolgt eine Situationseinordnung („Was bedeutet es, wenn…?", „Wie schlimm ist es?") und eine Perspektivenerweiterung durch die Einnahme unterschiedlicher Blickwinkel („Was hat XY davon?", „Was erhofft er/sie sich?). Im Rahmen der prozessbegleitenden Beratung werden die jeweils anstehenden Themen bearbeitet, Handlungsoptionen herausgearbeitet und der Verlauf reflektiert. Ist der Beratungsauftrag hinreichend bearbeitet, wird die Beratung abgeschlossen und der Beratungsverlauf evaluiert.
Grob lassen sich die Gesprächsschwerpunkte unterscheiden in:

- Sachberatung Informationen
- Beratung in Krisen- oder Konfliktsituationen
- Vermittlung weiterer Unterstützung.

2.1. Sachberatung und Informationen

Wohl eher selten legt der Sohn den Eltern seinen NPD-Parteiausweis auf den Tisch. Zumeist nehmen die Eltern vereinzelte Signale wahr, die sich nach und nach zu einem Mosaik verdichten. Ein Anliegen in der Beratung ist häufig die Einordung und Einschätzung der Situation. Hier geht es darum, sich für Gespräche oder die eigene Einschätzung fit zu machen, Wissenslücken zu füllen und über die rechtsextreme Szene zu informieren. Themen sind oft Einstellungen, Outfit, Kleidung, eine unbekannte Clique, Veranstaltungen oder Musik. Hierzu steht einiges Informationsmaterial zur Verfügung. Doch die Hoffnung, ihre Kinder mit vielen guten Argumenten vom „rechten Weg" abzubringen, ist oft trügerisch. Schließlich ist Rechtsextremismus als jugendkulturelles Phänomen eine emotionale Erlebniswelt und weniger ein rationaler Begründungszusammenhang. Ein anderes häufig geäußertes Anliegen ist der Wunsch nach Erfahrungsberichten z.B. anderer betroffener Mütter. Viele Eltern fühlen sich allein und würden sich gerne mit anderen betroffenen Eltern austauschen. Elternkreise finden sich eher selten, aber es gibt z.B. Online-Foren mit einem moderierten Austausch.[3]

2.2. Beratung in Krisen- oder Konfliktsituationen

In der Beratung geht es auch darum, die aktuelle Krise zu verstehen, Fragen, Vorstellungen und Erwartungen zu formulieren und bisherige Änderungsversuche zu überprüfen. Wie wurde mit welchen Ergebnissen interveniert? Eine weitere Aufgabe ist die Klärung eigener Standpunkte. Welche Haltung nehmen die Eltern gegenüber den Einstellungen des Kindes ein? Inwieweit ist diese z.B. ablehnend oder ambivalent? Inwieweit können sie ihr „Dagegen-Sein" in Worte fassen? Wie gelingt es den Eltern, sich von rechtsextremen Einstellungen abzugrenzen und dies im alltäglichen Kontakt mit

1 beratungsNetzwerk hessen (Landeskoordinierungsstelle, Hessen): www.beratungsnetzwerk-hessen.de
2 „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg" (Hessen): www.rote-linie.net; St. Elisabeth Verein e.V. Marburg: www.elisabeth-verein.de
3 Z.B. Kommunikationsplattform Rechtsextremismus" (Rheinland-Pfalz): www.komplex-rlp.de; EXIT-Familienhilfe von Exit-Deutschland (Berlin): http://www.exit-deutschland.de/EXIT/EXIT-Familienhilfe; Elterninitiative "Eltern gegen Rechts" (Berlin): www.elterngegenrechts.de

den Jugendlichen zu vermitteln? Es wird erarbeitet, welche Veränderungen die Eltern suchen und welche Ziele im Rahmen einer Beratung angestrebt werden. Hierfür werden konkrete Themen und Fragen herausgearbeitet.
Im weiteren Verlauf werden z.B. praktische Fragen zum Umgang mit dem Sohn oder der Tochter im Alltag erörtert sowie besprochen, wie die Eltern diese Situation emotional verarbeiten können und Unterstützung und Stärkung erfahren – wie die folgenden drei Beispiele zeigen:

2.2.1. In-Beziehung-Bleiben und Grenzen-Setzen

Ein zentrales Thema stellt oft die Beziehung zum Jugendlichen dar, denn die Eltern-Kind-Beziehung ist häufig belastet und soll erhalten werden. Sichere Bindungen und Beziehungen, die von Respekt, Vertrauen und liebevoller Zuwendung geprägt sind, können Kindern Halt geben – auch wenn sie oder die Familie in eine Krise geraten. Die Frage ist daher, wie die Beziehungen, Kommunikation und Interaktionsmuster in der Familie sich entwickelt haben, wo Störungen gesehen werden und wie sie verändert oder nutzbar gemacht werden können. Es geht dabei auch um die Klärung von Ängsten und Gefühlen (z.B. Hilflosigkeit, Sorge, Schock, Aggression, Wut, Trauer, Depression, Verlust, Vermissen von Vertrauen oder Geborgenheit) sich selbst, dem Kind oder dem Partner gegenüber. In-Beziehung-Bleiben bedeutet auch Im-Gespräch-Bleiben. Wie können Gesprächssituationen günstig „arrangiert" oder auch beendet werden und mit welcher Haltung können Eltern so kommunizieren, dass es nicht zu belastenden Eskalationen und massivem Streit kommt? Hierauf können sich Eltern in der Beratung vorbereiten.
Um zu vermeiden, dass die rechtsextreme Orientierung das familiäre Zusammenleben dominiert, ist es wichtig, dass die Jugendlichen - bei allen Problemen, die sie bereiten - auch in ihren positiven Eigenschaften und ihrem gelingenden Tun wahrgenommen und bestärkt werden. Wie können Situationen geschaffen und ausgehalten werden, in denen das Kind auch mal gelobt wird? Es gilt, das Kind in seinen vielfältigen und auch widersprüchlichen Facetten im Blick zu behalten. Eltern müssen nicht duldsam sein, sie sollen nicht „wegschauen", sondern sich im Gegenteil als Vorbild anbieten, indem sie sich klar von Ausgrenzung und Gewalt distanzieren und Grenzen setzen. So können einige wenige Regeln vermitteln, was die Eltern für wichtig erachten, was zu Hause „geht" oder „nicht geht". Regeln können sich z.B. auf Kleidungsstücke, Musik, Frisuren oder Fahnen beziehen. Auch Zeiten können vereinbart werden, die mit der Clique, vor dem Computer oder gemeinsam in der Familie verbracht werden und auch Zeiten für Konfliktthemen reserviert werden, um „Luft" für eine normale Kommunikation zu haben. Dies ist leichter, je frühzeitiger sie aufgestellt werden und wenn sie gemeinsam mit den Jugendlichen verhandelt sind. Es kann aber auch wichtig sein, Übereinkünfte zu treffen, die nicht unmittelbar mit der Szenezugehörigkeit zusammenhängen, sondern dazu dienen, die individuellen Kräfte zu schonen, z.B. indem Aufgaben und Verantwortlichkeiten im familiären Haushalt neu verteilt werden.
In-Beziehung-bleiben bedeutet auch, da sein zu können, wenn der Sohn oder die Tochter die elterliche Unterstützung und Hilfe braucht bzw. da zu sein, wenn die rechte Orientierung (z.B. durch gruppeninternen Streit, alternative Erfahrungen, Statusübergänge…) irritiert wird. Bis dahin brauchen Eltern mitunter einen „langen Atem", aber die Beziehung, der Kontakt und das Gespräch bergen die Chance, die „günstigen Zeitpunkte" für einen Ausstieg wahrzunehmen und zu unterstützen.

2.2.2. Verstehen bedeutet nicht, Verständnis zu haben

Oft fällt die Entwicklung rechtsextremer Orientierungen oder die Nähe zu solchen Cliquen auch zusammen mit Phasen des Übergangs (Schule, Berufsleben…), Statusunsicherheiten oder Ablösungsprozessen. Es kann hilfreich sein, die damit verbundenen Motive und Bedürfnislagen zu verstehen - was nicht bedeutet, mit der ideologischen Orientierung der Jugendlichen einverstanden zu sein. Das Wissen um die Grundzüge der individuellen Entwicklung zum Rechtsextremismus, der Wegmarken, Einflüsse und Motive hilft, das Problem zu verstehen. Was steckt hinter der Hinwendung zur rechtsextremen Ideologie oder Clique? Welche Rolle spielt die Suche nach Anerkennung, Zugehörigkeit und sozialer Identität?
Oft suchen Jugendliche Respekt und Anerkennung durch Gleichaltrige oder Erwachsene, die ihnen auch eine rechte Szene geben kann. In der Clique sind sie jemand und werden – auch in der Öffentlichkeit – beachtet und bisweilen gefürchtet. Eine solche Gruppe bietet mitunter sehr intensive Erlebnisse und vermittelt ein Gefühl von Stärke und Sicherheit. Es fällt den Eltern bisweilen schwer zu akzeptieren, dass die jungen Menschen hier etwas suchen und finden, und dass sie auf ihrem Weg zu ihrer Identität auch bewusste Entscheidungen fällen und „ihre Gründe" haben. Der Blick wendet sich entsprechend auf die Sozialkontakte: Welche Freundeskreise sind vorhanden, welche weiteren Kontakte oder Möglichkeitsräume können den Jugendlichen in ihrem biographischen Prozess erschlossen werden?
Eine Entwicklungsaufgabe junger Menschen ist die Ablösung vom Elternhaus. Wie findet dies in den Familien statt? Welche Freiräume, welcher Orientierungsrahmen, welche Grenzen werden den Heranwachsenden gegeben oder gesetzt? Gibt es Familienthemen, die von den Jugendlichen (bewusst oder unbewusst) zur eigenen Legitimation oder Abgrenzung genutzt werden (Gewalterfahrungen, Statusfragen, Bindungswünsche)? Die Bearbeitung dieser Themen ermöglicht es, die Entwicklung aus vielen unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten. Der Beratungskontext regt die Eltern an, ihre inhaltliche Position zu klären. Die Beratung ermöglicht es den Eltern, ihre Rolle und die Bedürfnisse des Kindes zu verstehen und die eigenen Reaktionen darauf abzustimmen.

2.2.3. Selbstsorge

Je nachdem „wie weit" die Orientierung und Einbindung bereits reicht: Die Einstiegsprozesse in die rechtsextreme Szene können nicht einfach „rückgängig" gemacht werden. Oft werden die Problemlagen in einem längeren Prozess „bearbeitet", bisweilen gibt es (noch) keine passende Lösung, z.B. solange der Sohn von den Angeboten der Gruppierung fasziniert und begeistert ist. So wichtig in der Beratung die Suche nach Ansätzen zur Irritation oder das Experimentieren mit Veränderungen ist, so bedeutsam ist auch die Selbstsorge. Was tut den Eltern gut, auch wenn die Kinder sich (noch) nicht aus der Szene lösen? Wie können sie sich mit dieser Situation arrangieren, wie ein „eigenes Leben" zurückgewinnen? Hier geht es z.B. um die eigene Freizeit, den häuslichen „Schutzraum", Arbeitsaufteilung, Bewegung, gemeinsame Zeit der Partner oder um die Anregung zum Aufbau neuer sozialer Kontakte.

2.3. Vermittlung weiterer Unterstützung

Vieles kann in einer Beratung angesprochen, sortiert und angeregt werden. Doch nicht alles soll und kann im Rahmen von Beratung umgesetzt werden. Für einzelne Aspekte gibt es hilfreiche „Spezialisten", klare Zuständigkeiten und Regelangebote vor Ort. In der Beratung wird bei entsprechenden Fragestellungen über Angebote und Verfahren von Beratungsstellen, Jugendarbeit, Jugendamt, Polizei bzw. Gerichten informiert oder eine ergänzende therapeutische Unterstützung erörtert. Wenn Eltern mitunter „das Amt" oder generell „Institutionen" mit Skepsis oder Ängsten gegenüberstehen, erfolgt im Einzelfall auch eine Vorbereitung von Gesprächen und eine Begleitung z.B. zu Gerichtsterminen.
Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Eltern die Beratung als eine wichtige Unterstützung wahrnehmen. Idealerweise können mithilfe der Beratung familiäre Irritationen oder Brüche in einem produktiv ausgetragenen Konflikt überwunden oder aufgearbeitet werden. Ein wichtiger Beitrag ist geleistet, wenn seitens der Eltern die eigene Position geklärt wurde, eine Erleichterung wahrgenommen wird und eine Handlungsstrategie entwickelt wurde.

Torsten Niebling ist Mitarbeiter der „Roten Linie"

Literatur:

Agentur für soziale Perspektiven e.V.: Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen. - Berlin, 2006.

Becker, Reiner: Ein ganz normales Familienleben. Interaktion und Kommunikation zwischen „rechten" Jugendlichen und ihren Eltern. - Schwalbach/Ts., 2008.

Borchert, Diana (u.a.): Rechtsextremismus erkennen! - Braunschweig, 2002.

beratungsNetzwerk hessen (u.a.): Elterninformation „Mein Kind (k)ein Nazi?(!)". Tipps für mehr Mut, Verständnis und Vertrauen. 3. Auflage. - Gießen, 2008.

Hempel, Claudia: Wenn Kinder rechtsextrem werden. Mütter erzählen. - Springe, 2008.

Kulturbüro Sachsen e.V., Modellprojekt Recall: Elternarbeit im Spannungsfeld Rechtsextremismus. Erfahrungen und Perspektiven. - Dresden, 2010.

Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils: Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge. Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. - Wiesbaden, 2007.

Peltz, Cornelius: Elternhandreichung: Handlungsfähig bleiben - handlungsfähig werden, Wege aus der rechten Szene, Bd. 1. - Braunschweig, 2006.

Rieker, Peter (Hg.): Der frühe Vogel fängt den Wurm!? Soziales Lernen und Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kindergarten und Grundschule. - München, 2004.

Rommelspacher, Birgit: „Der Hass hat uns geeint" - Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene. - Frankfurt am Main, 2006.

Wahl, Klaus (Hg.): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern. - Berlin, 2001.

Rechts raus – und dann? Das Aussteigerprogramm IKARus

Im Rahmen des Programms Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen existiert seit Dezember 2002 das Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus - IKARus im Hessischen Landeskriminalamt. Der Fokus von IKARus ist gerichtet auf Aktivisten (gemessen an ihrer Szenezugehörigkeit und einem hohen rechtsextremistischen Potenzial), Mitläufer sowie Sympathisanten mit noch ungefestigter rechtsextremistischer Gesinnung.

Die zentralen Ziele dieses Programms bestehen darin:

- individuelle und konkrete Hilfsangebote für Ausstiegswillige aus der rechtsextremistischen Szene zu unterbreiten
- die Beendigung rechtsextremistischer „Karrieren" zu fördern oder solche im Vorfeld zu verhindern
- ein weiteres Abgleiten Jugendlicher in das rechtsextremistische Spektrum und damit den Zuwachs der rechtsextremistischen Szene zu verhindern.

Ausstiegsbegleitung durch die Polizei – geht das?

Nicht selbstverständlich und schon gar nicht alternativlos ist die Anbindung eines Aussteigerprogramms an bzw. bei der Polizei. Die fachlich-organisatorische Anbindung der staatlichen Aussteigerprogramme in Deutschland im Phänomenbereich Rechtsextremismus reicht von Verfassungsschutzbehörden über Anbindungen bei der Justiz, bei Landeskriminalämtern bis hin zu einem Landesamt für Jugend und Soziales.

Diese Heterogenität lässt darauf schließen, dass die theoretischen Annahmen und Orientierungen, die zu Beginn des Jahrtausends zur Einrichtung und Verortung staatlicher Aussteigerprogramme führten, sehr different waren - und dies wohl auch weiterhin sind.

Die Anbindung von IKARus beim Hessischen Landeskriminalamt weist darauf hin, dass in Hessen der Fokus bei der Programmeinrichtung maßgeblich auf sicherheitsrelevante Aspekte gerichtet war, sei es im Hinblick auf potentielle Gefährdungsproblematiken in Ausstiegsprozessen oder aber im Hinblick auf die erforderliche Erkenntnisgewinnung und -abklärung der Szene- und Organisationsbezüge sowie der strafrechtlichen Vita ausstiegsrelevanter Personen im Vorfeld.

„Handicap Legalitätsprinzip"

Ein Alleinstellungsmerkmal von polizeilich verantworteten und praktizierten Ausstiegsprogrammen gegenüber allen anderen Ausstiegsprogrammen ergibt sich aus der gesetzlichen Verpflichtung des § 163 Strafprozessordnung (StPO), nach der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zur Erforschung der ihnen zur Kenntnis gelangten Straftaten und Verfolgung von Straftätern verpflichtet sind, ohne hierbei über einen Ermessens- bzw. Entscheidungsspielraum zu verfügen (das so genannte Legalitätsprinzip).

Dieser besondere Status hat eine gravierende Bedeutung für die praktische Arbeit mit den Klienten. Allem voran erfordert er seitens der Mitarbeiter ein hohes Maß an Reflektiertheit, Transparenz und nicht zuletzt sozialer Verantwortung in der konkreten Fallarbeit, die nur über den Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung funktioniert. Dies beginnt beim Erstkontakt zu potentiellen Klienten und setzt sich nach Programmaufnahme fort, von intensiven Beratungsgesprächen, bis hin zu vielfältigen Kontakten in institutionellen und sozialen Kontexten, die in der Begleitung eines Ausstiegsklienten relevant werden.

Ein potentieller Ausstiegsklient muss sich nach einem Erstgespräch mit IKARus immer darüber im Klaren sein, dass bekannt werdende Straftaten zwangsläufig zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens führen.

Trotz dieses Umstands und im Bewusstsein der damit verknüpften Konsequenzen und Risiken aus Sicht der Klienten, nehmen Personen mit rechtsextremistischem Hintergrund die Ausstiegsbegleitung von IKARus in Anspruch. Es bleibt aber festzuhalten, dass die Anbindung an die Polizei für potentielle Klienten eine hohe Hürde, oder im Verständnis sozialer Hilfen formuliert, kein niedrigschwelliges Angebot darstellt, so dass mögliche Inanspruchnahmen verhindert werden können.
An dieser Stelle scheint der Hinweis angebracht, dass die Inanspruchnahme eines Ausstiegsprogramms keine Voraussetzung für eine erfolgreiche Abkehr und Distanzierung vom Rechtsextremismus sein muss, sondern dass insbesondere „erlebnisorientierte" Formen rechtsextremer Orientierungen, vergleichbar zu anderen subkulturellen Ausprägungen von Devianz und Delinquenz im Jugendalter, häufig auch episodenhafte Verläufe nehmen, die sich zum Ende der Adoleszenz ohne fremde Hilfe „auswachsen".

Insofern scheint auch die Frage „Was ist überhaupt ein Ausstieg?" oder anders formuliert „Was kennzeichnet einen erfolgreichen Ausstieg?" im hohen Maße bedeutsam für die strukturelle Anbindung derartiger Programme und deren praktisch-inhaltliche Ausgestaltung zu sein.

Vom Ausstiegsmotiv zum nachhaltigen Ausstieg

Die Absicht, sich aus rechtsextremen Karrieren und Szenen lösen und hierfür die Hilfe eines Ausstiegsprogramms in Anspruch nehmen zu wollen, erfolgt meistens aufgrund konkret auslösender Ereignisse (Gefährdungsmomente, Beziehungsprobleme, schulische/berufliche Hürden, polizeilich-/justizieller Druck oder familiäre Konflikte).

So bedeutsam und hilfreich derartige Faktoren als initialisierende Ausstiegsmotive auch sind, muss sich nach der Initialisierung eines Ausstiegsprozesses bei den Klienten möglichst frühzeitig ein Bewusstsein dahingehend einstellen, dass sie sich mit sich selbst, das heißt mit ihrer Persönlichkeit und ihren bisher praktizierten Lebensentwürfen offen, reflektiert und selbstkritisch auseinandersetzen müssen, um den Ausstieg bewältigen zu können.
Wenn sich dieses Bewusstsein nicht einstellt, sondern der Klient, ohne sich selbst zu hinterfragen, alle denkbaren Hilfeleistungen und Unterstützungen, sei es durch die Familie, die sozialen Hilfesysteme oder auch durch das Aussteigerprogramm selbst, erwartet und einfordert, ist die Erfolgsaussicht für einen gelingenden, das heißt nachhaltigen Ausstieg nicht gegeben.

Es bedarf bei den Ausstiegswilligen frühzeitig der Einsicht, dass nicht die äußeren Bedingungen oder die Intensität des Drucks aus dem sozialen oder gesellschaftlichen Umfeld verantwortlich - und somit schicksalhaft - für das Scheitern oder Gelingen des eigenen Ausstiegsprozesses sind, sondern sie selbst mit ihrer Haltung und ihrem Willen zur Veränderung.
Der Vergleich von Biografien ausstiegswilliger Personen aus der Bearbeitungssystematik von IKARus heraus lässt gewisse Merkmale und Belastungsfaktoren erkennen, ungeachtet der objektiv feststellbaren Indikatoren im Hinblick auf eine rechtsextreme Orientierung, die sich in relativer Häufigkeit darin finden. Diese Merkmale scheinen aber, bei vorsichtiger Bewertung, in hohem Maße bedeutsam für den Einstieg und Verbleib in rechtsextremen Orientierungen der Klienten gewesen zu sein; dementsprechend ist ihre Berücksichtigung in der Aufarbeitung bedeutsam für das Gelingen oder Scheitern der Ausstiegsprozesse.

Markante Merkmale bzw. Indikatoren im oben genannten Sinne sind, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Gewichtung:

- Trennung bzw. Scheidung der Eltern in der frühen Kindheit
- Familiäre Gewalterfahrungen in Kindheit und Jugend (körperlich, seelisch, sexuell)
- Negative Anerkennungsbilanzen
- Fehlende bzw. abwesende Väter (männliche Vorbilder)
- Negative Schlüsselerlebnisse mit Gleichaltrigen (Mobbing, Desintegration, Gewalterfahrungen)
- Negative Schulbiografien (Überforderung, Versetzungsprobleme; Stigmatisierungen)
- Gesundheitliche Beeinträchtigungen/Handicaps (psychisch, physisch)
- Ausgeprägte Aggressivitätsmuster
- Wenig stimulierende, abwechslungsarme, vor allen Dingen orientierungsarme äußere Lebens kontexte.

Das Vorhandensein und Konstatieren der aufgezählten Indikatoren bedeutet selbstverständlich nicht, dass die Aufarbeitung der dahinter liegenden Problematiken und Wirkungszusammenhänge – im Sinne von (psycho)therapeutischen- oder sozialen Hilfs- und Beratungsangeboten – durch IKARus selbst geleistet und verantwortet werden kann. Es ist aber in der Konsequenz eine Aufgabe im Rahmen eines begleiteten Ausstiegsprozesses, sich für einen gelingenden Ausstieg als potentiell störend bzw. blockierend erweisende Problematiken und Risiken im Ansatz frühzeitig zu erkennen und dem Klienten niedrigschwellig adäquate Hilfs- und Beratungsangebote zugänglich zu machen. Dies umfasst insbesondere die notwendigen Schritte, die den Transfer des Klienten in die für die jeweilige Thematik/Problematik zuständig bzw. fachlich verantwortlich zeichnenden Systeme gewährleisten.

Durch IKARus werden ausstiegswillige Personen nach formeller Programmaufnahme in einem standardisierten Verfahren (durch spezifische Regularien, Bearbeitungssystematik und Dokumentation) bis zum Ende des Ausstiegsprozesses begleitet. Die individuelle Begleitung erfolgt

bedarfs- und verlaufsorientiert durch eine fachbezogene Einbindung der Sicherheitsbehörden, der Justiz, der Sozial- und Jugendämter, der Schulen, der Beratungseinrichtungen und weiteren relevanten Stellen. Dabei gilt der Grundsatz der Subsidiarität. Der Klient erhält Hilfe und Begleitung in dem Maße und an den Stellen, wo seine eigenen Möglichkeiten und Ressourcen ausgeschöpft bzw. noch nicht hinreichend entwickelt sind. Die Ausstiegsbegleitung erfolgt nach dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe!

Die Erkenntnisse aus der mehrjährigen Praxis in der Aussteigerarbeit ließen die Notwendigkeit zur Entwicklung eines Verfahrens bzw. eines integralen Instruments im IKARus-Programm erkennen, mit dem ein konkretes, klientenzentriertes Angebot zum Erkennen und Bewältigen von Aggressivitäts- und Gewaltfaktoren (AAT) geschaffen werden kann. Die Berücksichtigung der spezifischen Einflüsse von rechtsextremistischen, respektive menschenfeindlichen Einstellungs- und Verhaltensmustern stellte hierbei eine Notwendigkeit, aber auch zusätzliche Herausforderung dar.

Ende des Jahres 2009 führten diese Erkenntnisse zur Entwicklung eines Konzepts für ein spezifisches Persönlichkeitstraining, „im-puls“ genannt.

Persönlichkeitstraining „im-puls“

„im-puls“ folgt primär dem Ziel, den in der Regel langfristig angelegten Ausstiegsprozess aus rechtsextremen Karrieren möglichst frühzeitig nach formeller Prozessaufnahme zu stabilisieren. Der Fokus richtet sich daher im Wesentlichen auf eine ganzheitliche, persönliche Weiterentwicklung der Ausstiegsklienten. Dabei wird sowohl ressourcen-, als auch delinquenzorientiert mit den Klienten gearbeitet.

Eine erfolgreiche Teilnahme, das heißt eine konsequente und proaktive Beteiligung an dem Training, soll den Teilnehmern im Anschluss Hilfestellung dabei leisten,

- den Ausstieg als Chance für ein „besseres“ Leben zu begreifen
- sich mit selbst begangenem, aber auch mit selbst erlebtem Unrecht (Taten) offen und konstruktiv auseinander zu setzen
- Verantwortung für sich und das eigene Verhalten übernehmen zu können und zu wollen
- den weiteren Ausstiegsprozess bewusst und selbstwirksam zu gestalten
- klare und realistische Perspektiven für eine sozialadäquate Zukunft zu entwickeln und konkret zu verfolgen
- Enttäuschungen und Konflikte auszuhalten und positiv kanalisieren zu können
- positive Persönlichkeitsanteile zu fördern, negative zu entdecken und ihnen selbststän dig begegnen zu lernen
- Faktoren und Kompetenzen emotionaler Intelligenz (Soft Skills) zu entwickeln sowie
- ein humanistisches Menschenbild, als positiven Gegenentwurf zu in der Vergangenheit verinnerlichten und gelebten rechtsextremen /menschenfeindlichen Einstellungsmustern, aufzubauen.

Die Namensgebung des Trainings weist darauf hin, dass den Trainingsteilnehmern Impulse im Hinblick auf eine nachhaltige Einstellungs- und Verhaltensänderung gegeben werden sollen, die auf der Grundlage von Selbstreflexion und Kompetenzbildung erfolgen.
Die „im-puls“-Trainingsreihe wurde auf der Grundlage der wissenschaftlich fundierten Erfahrungen des Anti-Aggressivitäts-Training/Coolness-Training (AAT*/CT*), des Psychodramas sowie weiterer nachweislich nachhaltiger Trainingsformen, unter besonderer Berücksichtigung aktueller Forschungsergebnisse aus interdisziplinären Perspektiven (Psychologie, Kriminologie, Neurowissenschaften, Pädagogik und Soziologie) konzipiert.

Das mit Fachkräften aus der Sozialarbeit entwickelte Training setzt sich aus Elementen der konfrontativen Pädagogik, des Kommunikationstrainings, der Körpersprache, der Teamentwicklung, des Sozialtrainings, des AAT*/CT® und des Psychodramas zusammen. In seiner Gesamtheit stellt es somit ein symbiotisches Lernmodul zur Stärkung der eigenen Souveränität dar.
In einer Erprobungsphase mit mehreren Trainingsreihen „im-puls“ soll zunächst geprüft werden, ob „im-puls“ als integraler Verfahrensbestandteil zur Stabilisierung von begleiteten Ausstiegsprozessen bei IKARus etabliert werden kann.

Die gewonnenen Eindrücke aus der inzwischen abgeschlossenen sechsteiligen Pilotreihe „impuls“ bestätigen bisher die Annahmen und Begründungen, die für die Entwicklung des Trainings Ausschlag gaben. Um eine angemessene und belastbare Bewertung hinsichtlich der Effektivität vornehmen zu können, bedarf es aber der Erkenntnisse und Erfahrungen aus weiteren Trainingsreihen.

IKARus im „beratungsNetzwerk hessen“

Die Einbindung von IKARus in das „beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ in der Rolle eines Mobilen Interventionsteams (MIT) hat erkennbar einen wechselseitigen Nutzen. Dass IKARus aktives und akzeptiertes Mitglied im Beratungsnetzwerk ist, erscheint aber keinesfalls selbstverständlich und ist im Hinblick auf die abweichenden Zielgruppen und Aufgabenstellungen des Aussteigerprogramms einerseits und die des Beratungsnetzwerks andererseits zunächst auch nicht logisch. Während sich das „beratungsNetzwerk hessen“, vereinfacht dargestellt, mit seinen Angeboten an „Betroffene“ (z. B. Eltern von rechtsorientierten Jugendlichen) und im Gemeinwesen “Verantwortliche“ (z. B. Bürgermeister, Vereinsvorstände, Jugendpfleger, Schulleiter) richtet, die mit rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Bestrebungen und Gewalt konfrontiert sind, bietet IKARus ausstiegswilligen Personen aus rechtsextremen Spektren Beratung und Unterstützung an. In begrifflicher Analogie zur Zielgruppe des Beratungsnetzwerks richtet sich IKARus somit an die „Täter“.

Doch gerade aus diesem scheinbaren Widerspruch heraus lässt sich der wechselseitige Nutzen herleiten. Denn die Mitarbeiter von IKARus können ihr Wissen und die Erkenntnisse, die sich aus den Aussteigerbiografien und aus der Selbstreflexion von Ausstiegsklienten generieren lassen, abstrahiert in die Beratungsfälle des Beratungsnetzwerks einbringen. Diese Erkenntnisse aus der „Binnenperspektive“ über Entstehungszusammenhänge rechtsextremer Orientierungen, begünstigende Milieus und Stabilisierungsmechanismen in lokalen/regionalen Räumen lassen sich ggf. unmittelbar in Handlungsempfehlungen umsetzen, insbesondere bei Fällen von:

- Übernahmestrategien rechter Jugendcliquen bzw. Gruppen in der kommunalen-, kirchlichen- oder vereinsgebundenen Jugendarbeit,
- Bildung von „Angsträumen“ durch rechte Gruppierungen in Form von Aufmärschen, Propagandaaktionen, Einschüchterungen und Gewalttaten,
- Werbestrategien rechter Organisationen und Parteien zur Rekrutierung von „Nachwuchs“ mittels erlebnisorientierter Angebote in lokalen/regionalen Räumen (Bsp. Rechtsrockkonzerte, Jugendlager).

Daneben besteht in allen Beratungskontexten die Möglichkeit, aus den im Rahmen von Interventionen möglicherweise zustande kommenden „Irritationen“ innerhalb der agierenden rechten Gruppierungen oder bei Einzelpersonen, seitens IKARus Ansprachen vorzunehmen bzw. Ausstiegsangebote zu unterbreiten. Diese Option kann nach unseren konkreten Erfahrungen aus der Beratungsarbeit seit Implementierung des Beratungsnetzwerks die Akzeptanz und die Nachhaltigkeit von Interventionen - gerade in kleinräumlichen Kontexten - entscheidend erhöhen. Dies lässt sich unter anderem dadurch erklären, dass es sich bei „den Rechten“, die durch ihr Agieren in lokalen Räumen Interventionen durch das Beratungsnetzwerk auslösen, eben in der Mehrzahl auch um zumeist sehr junge, angestammte Einwohner dieser Orte handelt.

Die Beratung suchenden Verantwortungsträger, gesellschaftlichen Gruppen oder Vereine haben insofern zumeist ein vitales Interesse daran, die rechtsextremistischen Entwicklungen zu beenden, aber gleichzeitig den sozialen Frieden in der Kommune nicht nachhaltig zu beschädigen. Und diese Orientierung bedingt eben auch den Willen zur Integration bzw. Reintegration dieser, hier kontextlich als – Täter – bezeichneten Personen.

Ein zusätzlicher und sehr praktischer Nutzen für IKARus im Sinne der Aussteigerarbeit liegt in der Möglichkeit, Ausstiegsklienten in qualitativ verfestigten Begleitprozessen innerhalb der Netzwerkstrukturen in „passgenaue“ pädagogische Angebote zur Aufarbeitung ihrer rechtsextremistisch- bzw. menschenfeindlichen Einstellungs- und Verhaltensmuster vermitteln zu können.

Peter Korstian, Kriminalhauptkommissar, ist seit 2006 Mitarbeiter der Geschäftsstelle IKARus im Hessischen Landeskriminalamt

Demokratie lernen, Rechtsextremismus und Rassismus bekämpfen -

Eine Bürgerinitiative im Beratungsfeld Schule

Die „Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße" hat sich im Jahr 2001 infolge einer wachsenden Anzahl von Übergriffen rechtsextremer Täter gegründet. Der Initiative gehören Bürgerinnen und Bürger aus vielen gesellschaftlichen Bereichen, wie Schule, Kirchen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, Gewerkschaften oder Politik an. Das gemeinsame Ziel ist, auf ein menschenwürdiges Zusammenleben, auf ein friedliches Miteinander und eine gegenseitige Wertschätzung im Landkreis Bergstraße hinzuwirken.

Neben den für Bürgerinitiativen üblichen Gegenmaßnahmen wie Blockaden, Konfrontationen und alternativen Veranstaltungen bei Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen und Aufmärschen von Nazis suchte die „Initiative" schon seit dem Jahr 2002 nach Handlungsmöglichkeiten, rechtsextremen Akteuren bereits im Vorfeld zu verdeutlichen, dass hier Menschen bereit sind, sich ernsthaft mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinanderzusetzen und nachhaltig und einfallsreich Widerstand zu leisten oder rechtsextremistischen Aktivitäten vorzubeugen. Für die Entwicklung verschiedener Modelle von präventiven und demokratischen Maßnahmen bildete sich ein Arbeitskreis für konkrete Zielgruppen, der entsprechende Aufgaben und Zielsetzungen definierte.

Von Anfang an hat die „Initiative" großes Interesse an Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, aber auch an Austausch und Kooperation mit staatlichen Stellen wie Polizei, Ordnungsämtern und dem Schulamt.
Darüber hinaus ist die „Initiative" seit 2007 Mitglied im „beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus" und stellt hier ein mobiles Interventionsteam zur Verfügung.
Der vorliegende Beitrag stellt in einem ersten Schritt die Arbeit der Initiative in Netzwerken vor, in einem zweiten Schritt die bisherigen Aktivitäten an südhessischen Schulen und abschließend in einem dritten Schritt die Arbeit der Initiative im beratungsNetzwerk hessen.

1. Arbeiten in kommunalen Netzwerken

Von Beginn an stellte sich die „Initiative" die Aufgabe, sich mit Menschen und Gruppen, die die gleichen Interessen verfolgen, besser zu vernetzen. Auf diese Weise kann ein schneller Austausch von Informationen in bestimmten Situationen, z. B. bei ungeplanten oder kurzzeitig angesagten Aktionen von Rechtsextremen, zu einer spontanen Gegendemonstration genutzt werden. Eine Email an alle Interessierten informiert und mobilisiert gleichzeitig zu Gegenaktionen. Das gut funktionierende Netzwerk pflegt auch Beziehungen zu anderen Anti-Nazi-Demokratie-Bündnissen im näheren und weiteren Umkreis: nach Mittel- und Nordhessen, sogar über die südhessische Landesgrenze hinaus reichen die Kontakte. Dies ist insofern wichtig, da die Region zum Einflussbereich des rechten Aktionsbüros Rhein-Neckar gehört, das seine Aktivitäten von Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz) aus steuert und in Nordbaden, Südhessen und der Pfalz durchführt. Seit drei Jahren veröffentlicht die „Initiative" unter www.fremdenfreundlich.de monatlich eine Aufstellung der rechten Aktionen in der Region und berichtet über das Presseecho zu unseren Themen und Aktivitäten.

Die Beziehungen zu anderen Bürgerinitiativen entstanden oft auf Einladung von Menschen und Gruppen, die, resultierend aus lokalen Vorkommnissen mit rechten Aktivisten, eine Initiative gründen wollen. Die „Initiative" nahm diese Gelegenheiten gern wahr, stellte ihre Arbeitsweisen vor und unterstützte durch Seminartage und Workshops die Gründung und Begleitung dieser Gruppen. Mit allen diesen Gruppen besteht ein ausgedehnter Austausch an Informationen und Erfahrungen. In jedem Jahr führt die „Initiative" als Mitveranstalter einen Workshop für Multiplikatoren in unserer Region durch. Die Themen sind weit gefächert von „Demokratie" über „Integration" zum „besseren Miteinander". Klaus-Peter Hufer stellte im Rahmen dieses Workshops seine „Argumente gegen Stammtischparolen" vor, ein Seminar, das mittlerweile fest zum Angebot des „Mobilen Interventionsteams Bergstraße" bei „Schulaktionstagen" gehört.

Ein weiteres Vorhaben der „Initiative" war, eine Strategie zu finden, um die kommunale, politische Ebene für Vorkommnisse mit rechtsextremem, antisemitischem und fremdenfeindlichem Hintergrund zu sensibilisieren. Kommunen sollten in die Lage versetzt werden, mit angekündigten Aufmärschen rechter Gruppierungen besser umgehen zu können. Im kommunalen Umfeld war es wichtig, das persönliche Gespräch mit den Bürgermeistern der 22 Städte und Gemeinden im Kreis Bergstraße zu suchen. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist, dass von den 22 Kommunen im Kreis Bergstraße 16 eine „Resolution gegen rechte Aktivitäten" beschlossen haben. Von großer Bedeutung war in diesem Zusammenhang, dass die Bürgermeister das Thema „Rechtsextremismus" in ihre politischen Gremien einbrachten, diskutierten und dass das Bekenntnis, gegen Rechts vorzugehen, von einer breiten politischen Basis unterstützt und getragen wird. Ein effizientes Handeln gegen rechte Gruppen vor Ort setzt informierte Ordnungsämter voraus. Deshalb war es ein Anliegen der „Initiative", dass die Ordnungsämter sensibilisiert werden für die Anträge von rechter Seite: was ist zu tun, wenn eine rechte Demonstration, Mahnwache oder Feier angemeldet wird, welche Auflagen sind sinnvoll oder wie lässt sich gegen Gaststätten, die als rechte Szenetreffpunkte bekannt sind oder vermutet werden, vorgehen?

2. Arbeiten in schulischen und außerschulischen Projekten

Schon im Jahr 2002 beschäftigten sich aktive Mitglieder in einem Arbeitskreis der „Initiative" mit der Frage, wie ein Zugang zu Schulen gefunden werden kann, um wirksam und nachhaltig gegen Rassismus und für ein konstruktives Miteinander in der heterogenen Schülerschaft hinzuwirken. Im Kreis Bergstraße gibt es 75 Schulen. Es war von Beginn an klar, dass aufgrund von mangelnden Ressourcen in der „Initiative" nur in einzelnen Schulen aktiv vorgegangen werden konnte. Trotzdem konnten in den zurückliegenden Jahren unterschiedliche schulische Projekte zu Interkulturellem Lernen einerseits und zu Demokratieentwicklung andererseits initiiert werden. Anhand von drei Beispielen werden diese Projekte näher erläutert.

Projekt" Afghanistan-Werkstatt"

Im Bereich des Interkulturellem Lernen arbeiteten im schulübergreifenden Projekt *Afghanistan-Werkstatt* 21 Schülerinnen und Schüler aus Afghanistan, Pakistan, dem Irak, dem Iran, der Türkei, Indien, Nepal, Sri Lanka und Eritrea im Jahr 2005 an einer sehr umfangreichen Präsentation (rund 200 Folien) über Afghanistan.
Afghanische Schülerinnen und Schüler äußerten den Wunsch, ihr Land den Menschen im Landkreis Bergstraße näher zu bringen. Als Begründung nannten sie, dass bedingt durch den aktuellen Irakkrieg Afghanistan in Vergessenheit geraten sei. Außerdem seien die Lebensverhältnisse in ihrem Land bei ihren Mitschülerinnen und Mitschülern völlig unbekannt. Die Schulleitung unterstützte dieses Projekt und so konnte an einzelnen Tagen in den Sprach- und Orientierungsklassen für dieses Projekt recherchiert und am PC Folien erstellt werden. Schwerpunkte der Präsentation waren allgemeine Informationen über das Land, Bildung, das heutige Schulwesen, Kultur, Geschichte, die Rechte von Frauen – das war der ausdrückliche Wunsch der afghanischen Schülerinnen – und die Schönheiten des Landes darzustellen.

Zum Abschluss der Afghanistan-Werkstatt organisierte die Schule einen „afghanischen Abend" und viele Interessierte waren zu Gast. Die Presse lobte das Engagement der Jugendlichen in einem ausführlichen Bericht. Durch diesen wurde der Landrat des Kreises Bergstraße auf die Gruppe aufmerksam und lud sie ein, ihre Materialien für zwei Wochen im Foyer des Landratsamtes auszustellen, um einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, sich genauer über Afghanistan zu informieren.

Im Bereich Demokratieentwicklung wurden Projekte zu Zivilcourage und zu Partizipation von Jugendlichen durchgeführt.

Projekt „Zivilcourage"

Ein Mitglied des Beratungsteams der Initiative Bergstraße setzte in seiner Funktion als Lehrkraft ein Projekt mit seiner Schulklasse zum Thema Zivilcourage um. Die Parabel „Brauner Morgen" von Frank Pavloff diente als Vorlage für die Behandlung des Themas im Unterricht. Als ergänzendes Unterrichtsmaterial wurde ein Kurzfilm, basierend auf der Parabel, eingesetzt.
Die Ergebnisse der Projektarbeit wurden in einer öffentlichen Veranstaltung in einer Stadtbücherei präsentiert. Für den in sechs Sprachen vorgetragenen Text, die Musik und die Plakate gab es viele lobenswerte Worte und Applaus. Durch die Moderation des Abends, die Gestaltung des Werbeflyers und Gespräche mit den Pressevertretern wurde den Schülerinnen und Schülern bewusst, dass politisch mutiges Handeln immer auch eine öffentlichkeitswirksame Seite hat. Deshalb arbeiteten sie auch in der Projektgruppe mit, die wenige Monate später den Titel "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" für ihre Schule erreichte.

Die Veranstaltung wurde auch von rechtsextremen Akteuren besucht, die versuchten, die Veranstaltung zu stören. Ungewollt wurde somit die wichtigste Erfahrung des Abends für die Schülerinnen und Schüler, die so genannte „Wortergrei-

fungsstrategie“ eines NPD-Aktivisten „live“ miterlebt zu haben. Er konnte sich aber nicht wie gewünscht im Plenum durchsetzen, weil ausreichend überzeugte Demokraten anwesend waren, die die plakativen Parolen entlarven konnten.

Projekt „Jugend – stark für Demokratie! Deine Meinung zählt!“

Im Frühjahr 2007 suchte die „Initiative“ nach neuen Partnern für ein Vorhaben, in dessen Mittelpunkt Jugendliche in Verbindung mit dem Thema Demokratie stehen sollten. Im Arbeitskreis Demokratie fanden sich Kooperationspartner aus den Bereichen der kirchlichen und politischen Jugendbildung für eine nachhaltige und längerfristige Zusammenarbeit. Der Arbeitskreis setzt sich zudem für eine intensive Vernetzung und einen Wissenstransfer an weitere Multiplikatoren ein, um präventiv noch wirkungsvoller gegen Rassismus im gesamten Kreis Bergstraße arbeiten zu können. Die Idee war, ein Workshop-Forum für Jugendliche zu entwickeln, welches in leicht veränderter Form, an lokale Bedingungen angepasst, in den Kommunen des Kreises Bergstraße durchgeführt werden kann. Unter dem Titel: „Jugend – stark für Demokratie! Deine Meinung zählt!“ stehen im Mittelpunkt der Veranstaltung die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen.

Jugendliche aus dem Ort (z. B. aus Jugendgruppen, Schulen, Verbände und Vereine) werden im Vorfeld und während der Veranstaltung aktiv eingebunden. Für den musikalischen Rahmen wird eine Schülerband oder andere lokale Musikgruppe eingeladen. Die Kooperation mit einer Schule und anderen lokalen Partnern spielt dabei eine zentrale Rolle und die Kommunen werden im Vorfeld informiert und um Unterstützung gebeten. Ziel des Workshop-Forums ist, junge Menschen in ihrem Bewusstsein und Handeln für Demokratie zu stärken und dadurch präventiv gegen die Verbreitung rechtsextremistischer Anschauungen zu wirken.
Bei der Kontaktaufnahme zu Schulen gab es in den meisten Fällen Zustimmung zu dem Demokratie-Forum. Einige Schulen, Schulleitungen und Lehrerkollegien, machten den Besuch sogar zu einer Pflichtveranstaltung für bestimmte Klassen. Zudem luden sie Mitglieder des Arbeitskreises ein, um die Inhalte des Workshop-Forums den Schülerinnen und Schülern persönlich vorzustellen. In den öffentlichen Veranstaltungen beteiligten sich diese Schülerinnen und Schüler besonders aktiv.

3. Arbeiten im „beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“

Seit 2007 ist die „Initiative“ Mitglied im beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus und stellt ein mobiles Interventionsteam (MIT). Mitglied im Beratungsnetzwerk ist auch das Schulamt Bergstraße/Odenwaldkreis. Durch diese neue Konstellation bieten sich weitere Zugänge zu Schulen an. So wurde das Mobile Interventionsteam eingeladen, bei einer Schulamtskonferenz und einer Schulleiterdienstversammlung die Arbeit der „Initiative“, des MITs und des Beratungsnetzwerks vorzustellen. Auch Fälle nach aktuellen Vorkommnissen mit rechtsextremem Hintergrund wurden vom Schulamt an das MIT vermittelt.

In den letzten Jahren hat die „Initiative“ Kontakte zu rund 25 Schulen (Gymnasien, Haupt- und Realschulen, Berufliche Schulen) im Kreis Bergstraße und im Odenwaldkreis aufgenommen und gepflegt. Zu den meisten Schulen wurde der Kontakt aufgrund rechtsextremer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Vorkommnisse aufgenommen. In den folgenden Beratungsgesprächen mit der Schulleitung und weiteren Lehrkräften stellte das MIT nach den Wünschen der Beratungsnehmer ein maßgeschneidertes Konzept für eine Intervention vor. In vielen Fällen folgte das Schulkollegium den Empfehlungen des MITs und es wurden Projekttage durchgeführt, die von den Schulen auf breiter Basis unterstützt wurden. Immer wieder wurde bei den Nachbereitungsbesprechungen von der Schulleitung und den beteiligten Lehrern angeregt, solche Projekttage nicht nur als Intervention bei aktuellen Vorkommnissen sondern auch zur Prävention durchzuführen.

Bei den Schuleinsätzen des MITs zeigte sich häufig, dass der größte Informationsbedarf auf Seiten der Lehrkräfte besteht. In Fach- und Gesamtkonferenzen finden daher häufig Informationsveranstaltungen als Teil der Beratung statt. Gleichzeitig trifft das MIT auf Schülerinnen und Schüler, die sich oft bestens informiert zeigen über rechtsextreme Symbole, Zahlen- und Kleidercodes. Im Gespräch mit Schülerinnen und Schüler zeigt sich, dass rechte Musik ab dem 8. Jahrgang zum festen Repertoire vieler Jugendlicher gehört. Wobei klargestellt werden muss, dass dies nicht vorrangig auf die Hauptschulen zutrifft, im Gegenteil, es gab immer wieder Vorfälle mit Oberstufenschülern. Aus diesem Grund sprachen sich gerade Gymnasien und Berufliche Schulen dafür aus, Projekttage gegen Rassismus als Baustein des sozialen und kulturellen Lernens in ihr Schulprogramm aufzunehmen.

Den beschriebenen positiven Erfahrungen mit Schulleitungen und Lehrkräften stehen Erlebnisse mit Schulen gegenüber, in denen nach wie vor nach dem Motto „dass nicht sein kann, was nicht sein darf“ verfahren wird. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind in diesen Schulen Tabuthemen, die nicht angesprochen werden dürfen, obwohl häufig dieselben Schulen jedes Jahr mit den Abschlussklassen Gedenkstätten besuchen, Zeitzeugengespräche oder eine Gedenkfeier zur Pogromnacht anbieten. Solche Schulen lehnen auch nach Vorkommnissen Interventionen ab, weil es sich „um einen Einzelfall handelt“ und „das Ganze sowieso nur ein dummer Jungenstreich“ war, außerdem „wollen wir das nicht an die große Glocke hängen“, denn, man „will keine schlafenden Hunde wecken“. Die Angst vieler Schulleitungen sitzt tief, dass man mit negativ belasteten Themen am positiven Image der Schule kratzt. Statt sich offensiv diesen Themen zu stellen, Demokratie- und Menschenrechtserziehung zu leisten, will man niemanden erschrecken und schielt ängstlich auf Anmeldezahlen eines neuen Schuljahrs.

In diesem Spannungsfeld bewegen sich die Beratungen des Teams an südhessischen Schulen. Schule als ein eigenes und komplexes System benötigt sehr individuell geplante Schritte in der Beratung, um hier langfristig etwas Positives bewirken zu können.

Margarete Bauer engagiert sich seit 2001 in der Initiative und wurde 2004 in das Sprecherteam gewählt.

Manfred Forell ist Lehrer und Integrationsbeauftragter in Bensheim. Er arbeitet seit 2004 in der Initiative mit und wurde 2009 ins Sprecherteam gewählt.

Unser Angebot

Das Angebot des beratungsNetzwerks hessen ist grundsätzlich aufsuchend, kostenlos und orientiert sich an Ihrem Bedarf. Gemeinsam mit Ihnen arbeiten wir einen individuellen Beratungsplan aus. Auf ihren Wunsch suchen wir auch nach geeigneten räumlichen Möglichkeiten für die Beratungsgespräche vor Ort.

Zu unseren Angeboten zählen:

1. Sensibilisierung und Informationsvermittlung

- Fallspezifische Situations- und Ressourcenanalysen
- Vermittlung von Kontakten zu anderen Institutionen, Trägern und Einzelpersonen
- Klärung von rechtlichen Fragen (z.B. Vereinsrecht, Satzungsrecht etc.)
- Fortbildungen und Workshops zu spezifischen Aspekten des Rechtsextremismus bzw. zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens
- Informationsmaterialien zu verschiedenen Aspekten von Rechtsextremismus
- Aufbereitung von Fachinformationen zu Rechtsextremismus

2. Erweiterung von Handlungskompetenzen:

- Einzelfallberatung
- Elternberatung
- Beratung von Kommunen und Initiativen/Netzwerke in der Öffentlichkeitsarbeit
- Konzeptentwicklung; z. B. für Jugendarbeit, Netzwerke, kommunale Aktionspläne
- Vermittlung von Handlungsoptionen zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aktivitäten (Gewalt, Konzerte, Demonstrationen)
- Vermittlung von spezifischer und weiterführender Beratung (z.B. Opferberatung)

3. Vernetzung

- Coaching und Begleitung von regionaler und überregionaler Vernetzung
- Moderation in kommunalen Netzwerken
- Krisen- und Konfliktmanagement
- Unterstützung bei der Erstellung kommunaler Interventionskonzepte
- Unterstützung bei der Erstellung kommunaler Präventionskonzepte

Unsere Beratungsangebote verstehen wir als „**Hilfe zur Selbsthilfe**“, d.h. die Beratungsnehmer/-innen sollen nachhaltig befähigt werden, Probleme vor Ort eigenmächtig, selbstverantwortlich und selbstbestimmt bearbeiten zu können.

Im Pool unserer Beraterinnen und Berater finden sich folgende Qualifikationen:

Sie haben einen Fach-/Hochschulabschluss oder vergleichbare Qualifikationen, Themenkenntnisse zu Rechtsextremismus, Demokratie und Menschenrechte, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung. Sie verfügen über spezifische Beratungskompetenzen wie systemische Beratung, Coaching oder Mediation. Unsere Beraterinnen und Berater haben pädagogische Kompetenzen in der Bildungs- und Seminararbeit und in der Moderation von Gruppen. Sie bilden sich regelmäßig zu themenrelevanten Aspekten fort.

beratungs
Netzwerk hessen

Mobile Intervention
gegen Rechtsextremismus

Kontakt:

„beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“

Wilhelm-Röpke-Str. 6
35031 Marburg (Lahn)

Telefon 06421/2821110
E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
Internet: www.beratungsnetzwerk-hessen.de

HESSEN

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

beratungs
Netzwerk hessen

Mobile Intervention
gegen Rechtsextremismus

www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms kompetent. für Demokratie Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus